

VERANTWORTUNG

Zeitschrift des
Dietrich-Bonhoeffer-Vereins
14. Jahrgang / Nr. 25
Juli 2000
ISSN 0936-7454



THEOLOGIE
UND
VERSUS
ÖKONOMIE

25

Personalia	
Zum Tod von Eberhard Bethge	3
Leserecho	
W. Lauer zur Kirchensteuer	6
Tagung Erlassjahr 2000	
Erhard S. Gerstenberger über den biblischen Ursprung der Erlassjahr-Idee	10
Johannes Bickel über die bisherigen Ergebnisse	17
Tagung Theologie und Ökonomie	
Günter Brakelmann über das Lutherverständnis Gerhard Ritters	
	23
Karl Martin über Dietrich Bonhoeffer und die Freiburger Denkschrift	27
Norbert Friedrich zur Struktur der Freiburger Denkschrift	40
Traugott Roser über Theologie und Ökonomie bei den Freiburgern	43
Rüdiger von Voss über Glanz und Elend der sozialen Marktwirtschaft	51
“Was ist der Mensch?” -Predigt	58
dbv intern	60
Kirche und Geld	
Renate Börger im Gespräch mit Eugen Drewermann	61
Buchbesprechung	
Martin Stöhr über Fritz A. Rothschild (Hrsg.), Christentum aus jüdischer Sicht	63
Der vergessene Widerstand - Deutsche Akademie im Exil	64
Impressum	67

Mit der Zeitschrift "Verantwortung" Heft 25 werden Ihnen die Referate von zwei wirtschaftsethischen Tagungen vorgelegt. Die Tagung vom 8. -10. Oktober 1999 in Wiesbaden befaßte sich mit dem Thema: "Erlassjahr 2000 - Gibt es Wege aus der Überschuldungskrise?" Das veranstaltende Offene Forum Wiesbaden gehört zu den 1500 Gruppen, Organisationen und Kirchengemeinden in Deutschland, die sich der Erlassjahr-Kampagne angeschlossen haben.

Bei der Tagung vom 29. bis 31. Oktober 1999 in Arnoldshain stand die Freiburger Denkschrift von 1943 im Mittelpunkt. Bereits 1997 hatte der dbv das Thema entdeckt. Christine Blumenberg-Lampe, Tochter des zum Freiburger Bonhoeffer-Kreis gehörenden Adolf Lampe, bestätigte damals dem dbv, dass der Verein als erster nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die "Freiburger Kreise" zu einem öffentlichen Tagungsthema gemacht habe. Die Beschäftigung mit deren marktwirtschaftlichen Konzepten konnte in Arnolds-hain vertieft werden.

In der inhaltlichen Arbeit des dbv drängen sich in den letzten Jahren immer stärker Fragen aus dem Bereich der Ökonomie in den Vordergrund. Die gegenwärtigen Weltwirtschaftsstrukturen verletzen nicht nur das Gebot der Gerechtigkeit, sie sind auch Ursache für vielfältige Friedensgefährdungen und Umweltzerstörungen. In seinem Gespräch mit Renate Börger setzt sich Eugen Drewermann mit dem "Herzstück" des Wirtschaftssystems, nämlich dem "Zinssystem und seiner selbstverstärkenden Dynamik" auseinander. Das Gespräch, ursprünglich für den Rundfunk aufgenommen, bisher jedoch nicht gesendet, wird in dieser Zeitschrift das erste Mal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Der dbv gedenkt in Trauer und Dankbarkeit Eberhard Bethges, der am 18 März 2000 verstorbenen ist. Die Arbeit des dbv hat Eberhard Bethge mit Freundschaft und Interesse begleitet. Mit seiner Frau Renate gehörte er zu den Unterstützern der Idee einer "Kultur- und Sozialsteuer". Christian Gremmels, Vorsitzender der Bonhoeffer-Gesellschaft, zitiert in seiner Ansprache beim Trauergottesdienst Eberhard Bethge mit seiner Antwort auf die Frage nach dem Wichtigsten: "Dass ich ihm treu gewesen bin." Ihm, dem toten Freund. Und Ihm, dem Gott des ersten Gebotes.

Dass das Wort Dietrich Bonhoeffers, das die Familie über die Traueranzeige gestellt hat:

"Das Leben ist Gottes Ziel mit uns"

sich uns immer umfassender erschließen möge, wünscht allen Leserinnen und Lesern, auch im Namen der Redaktion,

Ihr Karl Martin

*Das Leben ist Gottes Ziel mit uns.
Dietrich Bonhoeffer*

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Eberhard Bethge

Pfarrer, Prof. Drs. h.c.

Träger des großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern

der heute im gesegneten Alter von 90 Jahren sein Leben vollendet hat.

Renate Bethge, geb. Schleicher
Dietrich Bethge und Sara, geb. Paccy
mit Christopher und David
Gabriele Bode, geb. Bethge
Katharina, Philip mit Milena, Sebastian

Sabine Moffett, geb. Bethge und George
Jessica
Maria Bethge, geb. Grimm
Margret Grude, geb. Bethge, verw. Onnasch
Christoph und Tabca Bethge, geb. Kwast

53343 Wachtberg-Villiprott, den 18. März 2000, Flachsgraben 9

Der Trauergottesdienst wird gehalten am Samstag, den 25. März 2000, um 13.00 Uhr in der Marienforster Kirche in Bad Godesberg, Am Draitschbusch. Anschließend findet die Beerdigung auf dem Burgfriedhof in Bad Godesberg statt.

Eventuelle Spenden an die "Internationale Bonhoeffer-Gesellschaft, Sektion BRD", Bank für Kirche und Diakonie Duisburg (BLZ 350 601 90), Konto-Nr. 10 10059018, Stichwort: E. Bethge.

Nach der Beerdigung bitten wir zu einem Beisammensein in die Redoute.

“Er war ein Ermutiger und Förderer”

Zum Tode von Eberhard Bethge

*Ansprache von Christian Gremmels beim
Trauergottesdienst am 25. März 2000
in der Marienforster Kirche in Bad Godesberg*

Liebe Renate Bethge,
liebe Angehörige, liebe Schwestern und Brüder,

die sich hier versammelt haben, um von Eberhard Bethge sich zu verabschieden, wissen, von wem sie Abschied nehmen - ich gedenke an erster Stelle des Mannes, der, mit Freundlichkeit begabt, in uneingeschränkter Bereitschaft jede Anfrage beantwortet hat, die in der Sache Dietrich Bonhoeffers über Jahrzehnte hinweg aus aller Welt im Hause Bethge eintraf. Es gibt kaum eine Bonhoeffer-Veröffentlichung ohne den einleitenden Dank an Bethge für die Hilfe, mit der er beim Zustandekommen des Buches beigetragen hat. Und wenn in den einschlägigen Veröffentlichungen heute immer öfter zu lesen ist, die

Bonhoeffer-Literatur sei kaum noch zu übersehen, dann mag erkennbar werden, wieviel Lebenszeit, wieviel Lebensgeduld und wieviel Lebenskraft Eberhard Bethge aufgebracht hat, den anderen zugute, damit ihnen ihr Werk gelinge.

Aus diesem Grund wird hier für die deutsche Sektion der "Internationalen Bonhoeffer Gesellschaft" das Wort genommen, um - stellvertretend für die vielen - geschuldeten Dank noch einmal öffentlich abzustatten, zum letzten Mal.

Leicht hätte Eberhard Bethge werden können, was er doch niemals werden wollte - ein "Schulhaupt"; ganz fremd war ihm die Versuchung, die Texte des Freundes zu kanonisieren oder gar eine bestimmte Interpretation derselben durchzusetzen; er hat die, die zu ihm kamen, zuerst und vor allem auf ihre Stärken angesprochen - nicht auf das noch unzureichend Ausgebildete, nicht auf das, worin sie noch schwach waren. Er war ein Ermutiger und Förderer, und vielleicht ist es ja wirklich so gewesen, dass er gerade darin weitergegeben hat, was ihm zuvor zuteil wurde.

Ehrungen gegenüber war er keineswegs unempfindlich; und als er nach dem Erscheinen der großen Biographie mit Ehrendoktoraten amerikanischer und europäischer Universitäten bedacht wurde, da genoss er dies ebenso wie die Privilegien, die ihm nach seinen

eigenen Worten durch den Titel eines Honorarprofessors der Theologischen Fakultät der Universität Bonn zuwachsen. Doch der ihm zuteil gewordene Erfolg änderte nichts an dem Verständnis, das Eberhard Bethge von sich selbst hatte. Man kann es nachlesen in allen von der eigenen Hand auszufüllenden Teilnahmeformularen von Tagungen. Sie werden dort in der Rubrik "Berufe" - Eberhard Bethge betreffend - stets nur einen Eintrag finden: ‚Pastor‘ steht da; nichts anderes, nur dies: ‚Pastor‘; immer wieder, ausnahmslos: ‚Pastor‘. "Dear Pastor Bethge" schreibt ihm am 22. Mai 1953 der Bischof von Chichester zu einem Zeitpunkt, da "Widerstand und Ergebung" zum ersten Mal in englischer Übersetzung verbreitet wurde: "Ist meine Vermutung zutreffend, dass Sie es sind, an den die meisten der Briefe an einen Freund gerichtet sind?" Dear Pastor Bethge.

Unüberhörbar war seine Stimme in den theologischen Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte: Gegen Rassismus, gegen Apartheid, gegen das Vergessen, die ungeschriebene siebente These von Barmen, der Rheinische Synodenbeschluss zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden, Theologie nach dem Holocaust - so lauteten die Themen, bei denen die Stimme Bethges vernehmbar bleiben wird, wann immer von der Theologie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Rede sein wird.

Zurückhaltend war er in den Dingen, die seine eigene Person angingen. Seine Rolle im Widerstand hat er selbst kaum je zum Thema gemacht, obgleich er doch im sogenannten "Kaltenbrunner-Bericht" namentlich erwähnt war: "Bethge, Angehöriger der Bekenntnisfront, (...) lehnt (...) den nationalsozialistischen Staat ab. Auch bei seinem letzten Urlaub ist wieder über die Umsturzpläne gesprochen worden." Wurde er auf sein Beteiligtsein am Widerstand angesprochen, so verhielt er sich abwehrend, herunterspielend, ja scheu: Unablässig hat er als Zeuge seiner Zeit Auskunft gegeben, doch das Geheimnis der Person hat er geachtet und gewahrt - bei anderen und bei sich. Als jemand insistierte und unbedingt wissen wollte: "Warum sind Sie und Ihre Frau nach dem Krieg nicht auf Dauer in Berlin geblieben?" (- dieser Stadt, deren Geschichte in diesem Jahrhundert er in einer kurzen Passage der Biographie so gültig beschrieben hatte; dieser Stadt, deren Straßennamen - Seidelstraße, Lehrter Straße, Prinz-Albrecht-Straße - für die Familien Bonhoeffer, Schleicher und von Dohnanyi mit soviel erlittenem Schmerz und Leid verknüpft sind); also: als er gefragt wurde: "Warum sind Sie nicht in Berlin geblieben?", da antwortete Bethge nach einem kurzen Blickwechsel mit seiner Frau: Ja, daran hätten Renate und er durchaus manchmal gedacht - und überhaupt: "Die Luft ist so gut in Berlin."

Immer wieder geschah es, dass er in den Aussprachen nach seinen Vorträgen gefragt wurde, was

denn - jenseits seiner Beschäftigung mit Bonhoeffers Leben und Werk - für ihn persönlich das Wichtigste sei? Dann sprach er von der Kirche Jesu Christi, von den Akten der Reue und Buße, ohne die es Vergebung von Schuld nicht gibt; er sprach von einem neuen Credo, in dem Israel, Gottes erste Liebe, in seiner bleibenden Bedeutung Ausdruck erhält. So ist es gewesen; aber bei einem seiner letzten Vorträge ist es nicht so gewesen; die Antwort auf die Frage nach dem Wichtigsten lautete anders: "Dass ich ihm treu gewesen bin."

Dieses "ihm" galt dem Gedenken des toten Freundes, aber ebenso gewiss darf auch gelten, dass es Ihm galt, dessen Name gepriesen sei, dem Gott des ersten Gebotes.

Julius-Rumpf-Preis für Pfarrerin Beatrix Spreng

Martin-Niemöller-Stiftung zeichnet Brandenburger
Projekt gegen Fremdenfeindlichkeit aus

Am 13. Mai 2000 verlieh die Martin-Niemöller-Stiftung im Festsaal des Wiesbadener Rathauses erstmalig den Julius-Rumpf-Preis. Der Stifter des Preises, Dr. Günther Rumpf, ist der einzige noch lebende Sohn von Pfarrer Julius Rumpf (1874 - 1948), Weggefährte von Martin Niemöller, Mitglied der Bekennenden Kirche und lange Jahre Gemeindepfarrer an der Wiesbadener Marktkirche. Mit der Stiftung will das Ehepaar Dr. Günther und Ingrid Rumpf an das Wirken von Julius Rumpf erinnern.

Mit dem Preis in Höhe von 10.000 DM sollen einzelne und Gruppen ausgezeichnet werden, die "innerhalb oder außerhalb kirchlicher Strukturen in sinnvollen Projekten Strukturen der Toleranz und der gewaltfreien Konfliktlösung, der Mitmenschlichkeit und der Versöhnung" aufbauen.

Mit dem Preis wurde die evangelische Kirchengemeinde in Joachimsthal/Brandenburg und ihre Pfarrerin Beatrix Spreng für ihr Jugendmusik-Projekt BAFF ("Bands auf festen Füßen") ausgezeichnet. Das Musikprojekt entstand 1994 nach gewaltsamen Übergriffen auf türkische Jugendliche. Die Gemeinde reagierte, indem sie zusammen mit Musikern eine Jugendarbeit initiierte, die das Selbstwertgefühl der Jugendlichen so stärkt, dass sie lernen, den Parolen rechter Gruppen zu widerstehen und zu widersprechen.

In ihrer Laudatio plädierte die in Ankara geborene Schriftstellerin und Autorin Renan Demirkan für eine "wissende und kultivierte Gesellschaft" und mahnte zu einem sorgfältigen Umgang mit Sprache. Martin Stöhr, Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung, nannte die Auszeichnung einen "Stachel im Fleisch der Gleichgültigkeit sowie aller wirtschaftlichen, nationalen, kirchlichen oder kommunalen Selbstgefälligkeiten."

Unfrieden bei Pax Christi

Friedensorganisation streitet über Militärinterventionen

Von Ursula Rüssmann (Frankfurt a. M.)

Der Kosovo-Krieg sorgt für Krach bei Pax Christi: An der Spitze der deutschen katholischen Friedensorganisation wird derzeit mit wenig christlicher Sanftmut um das Ob humanitärer Militäreinsätze gerungen. Generalsekretär Joachim Garstecki bekam einen Maulkorb verpasst. Gemäßigte Pazifisten warnen nun, ein Durchmarsch der Antimilitaristen treibe Pax Christi ins friedenspolitische Abseits.

Erst bei einem Delegiertentreffen im November erfuhr die breitere Pax-Christi-Basis von „Eckpunkten für die Öffentlichkeitsarbeit des Generalsekretärs“, die der dreiköpfige Geschäftsführende Pax-Christi-Vorstand (GV) schon im Sommer beschlossen hatte. Danach darf sich der leitende Angestellte Garstecki zu Fragen gewaltfreier Friedenspolitik nur noch „in Absprache mit dem GV“ äußern und muss sich strikt an den „Wortlaut entsprechender Beschlüsse“ halten. In der Pax-Christi-Zeitschrift waren Entlassungsforderungen von Friedensaktivisten zu lesen, weil Garstecki der Bewegung „großen Schaden“ zugefügt habe. Er selbst äußert sich seitdem nur selten öffentlich.

Hinter dem Gezerre stehen Meinungsverschiedenheiten über humanitäre Militäreinsätze. Garstecki folgert aus der Kosovokrise, dass zivile Konfliktlösungsansätze in bestimmten „eskalierten Gewaltsituationen nicht (mehr) funktionieren“. Pax Christi als „politische Bewegung“ müsse zwar weiter an gewaltfreien Lösungen arbeiten, ohne aber „das Militärische als einen auf absehbare Zeit notwendigen Beitrag zur Friedenskonsolidierung nach gewaltsamen Konflikten zu dämonisieren“. Dagegen stehen interventionskritische Beschlüsse der Friedensorganisation — so die GV-Position vom Frühjahr, in der die Nato zum „sofortigen Stopp aller Kriegshandlungen“ in Jugoslawien aufgefordert wurde, oder das 1996 beschlossene Nein zu Militärinterventionen.

Inzwischen, so berichten Garstecki-Unterstützer, habe das Bekanntwerden des

Maulkorbes für den Generalsekretär in der Mitgliedschaft „teils entsetzte“ Reaktionen ausgelöst. Ferdinand Kerstiens, Geistlicher Beirat der Pax-Christi-Bistumsstelle Münster, appellierte schriftlich an den GV, die Eckpunkte zu revidieren, denn sie hingen „wie eine Schlinge bereit, die man zuziehen kann, wenn es einem gefällt“. Der Münsteraner Pax-Christi-Aktivist Heinz-Günther Stobbe, Professor für theologische Friedensforschung in Siegen, prangert „inquisitorischen Ungeist“ und „konzeptionelle Verkrustung“ an.

Der Geschäftsführende Vorstand hat sich inzwischen mit den Beschwerden befasst, bleibt aber bei seiner Position. GV-Mitglied Thomas Wagner, prominenter Streiter für radikalpazifistische Haltungen, erkennt in den Eckpunkten „keine Gängelung“. Sie seien Ausdruck der „Personalfürsorge“ des Vorstands.

Wagner, Leiter der Arbeitsstelle für Zivildienstleistende im Bistum Limburg, steht mit seiner entschiedenen Militärkritik nicht allein bei Pax Christi, er sieht sich durch den Nato-Krieg gegen Belgrad bestätigt. Für ihn ist klar: Das vom gemäßigten Pazifismus („der eigentlich einen Bellizismus darstellt“) und auch von Rot-Grün beklagte Dilemma zwischen Völker- und Menschenrecht sei willkürlich konstruiert und münde „notwendig in eine bellizistische Auflösung“. Wagner verweist auf die Entmachtung der UN durch die Nato und sieht keinen Grund, vom pauschalen Nein zu Militäreinsätzen abzugehen. Pazifisten setzten auf Prävention und langfristige Konfliktregelungen.

Bei einem Seminar ab 11. Februar in Worms könnte eine Vorentscheidung fallen, wer im Richtungsstreit bei Pax Christi die Oberhand behält. Dort sollen Konsequenzen aus Kosovo gezogen werden. Vertreter aus dem Garstecki-Lager wittern Unbill: Die „Antibellizisten“ seien dabei, „ihre Truppen zu formieren“, während „die Gemäßigten an der Basis den Kopf schütteln, sich aber nicht engagieren“. Stobbe warnt, die führende Rolle Pax Christis in der Friedensbewegung nicht „zu verspielen“.

Pfarrer Wolfgang Lauer

Friedens-Kirchengemeinde Arnum
Bockstraße 33A
30966 Hemmingen-Arnum

Datum: 19. Jan. 2000

An die
Redaktion der Verantwortung
zu Händen Franz Meyer

Betreff: Artikel zum Thema Kirchensteuer in der Zeitschrift "Verantwortung"

Hallo Herr Meyer,

in der letzten Ausgabe von VERANTWORTUNG berichten Sie auf Seite 763/4 über die Resolution Nr. 30 des dbv "Bemessung der Kirchensteuer ...". Am Schluß des Textes wird angeboten, daß man Informationen und Literatur zu dem Modell einer Kultur- und Sozialsteuer anfordern kann. Das möchte ich hiermit tun.

Als Gemeindepfarrer interessiert mich an dem Modell, oder auch an anderen Modellen:

- a. Wie finanziert sich die Gemeinde? also z.B. geht die von mir individuell bestimmte Steuer, sofern sie an Kirchen geht, an ein zentrales Kirchensystem oder direkt an die Gemeinde? Entscheide ich mich jeden Monat neu? Welche Planungsmasse steht der Gemeinde/Kirche verlässlich über einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung?
- b. Welche Rechte und Pflichten haben Menschen, die ihre staatlich verordneten Steuern z.B. an die Kirche zahlen, gegenüber der Kirche bzw. in den Gemeinden? Z.B. in dem Fall, daß sich jemand für Kirchensteuern entscheidet, aber selbst nicht getauft ist oder auch mit den christlichen Glaubensinhalten wenig anzufangen weiß? Wie würde - oder sollte - das System einer Kultursteuer die innere und äußere Dynamik der Kirchengemeinde als auch der Institution Kirche beeinflussen?

Ich weiß nicht, ob man Menschen zu einer staatlich verordneten Steuer zwingen soll, egal für welchen guten Zweck. Wird die individuelle Wahlmöglichkeit des Steuerzahlers über den Zwang des Staates ,hinwegmotivieren' können? Manche Menschen, die in der Kirche sind, empfinden das gegenwärtige System des automatischen Abzugs der Kirchensteuer von der Lohnsteuer als Zwangsmaßnahme der Kirche. Das betrifft nicht nur die Methode der Einziehung, sondern auch die Festsetzung der Höhe des Beitrages. Sollten nicht Freiwilligkeit und persönliche Motivation bei der Entscheidung über Vergabe von "eigenen" Ressourcen eine größere Rolle spielen? Was z.B. bedeutet es dann eigentlich theologisch, mit staatlich erzwungenem ,Dank' leben zu müssen? Als Geber und als Empfänger?

Müsste sich die Kirche nicht gerade von staatlicher "Nähe" bzw. von Verfremdungseffekten, die durch die Nähe zum Staat entstehen, befreien? Ich würde mir wünschen, daß man alle praktischen und erforderlichen neuen Modelle angeht von der Frage: "Welche Rolle soll meiner Ansicht nach die Kirche in der Gesellschaft spielen?" Ich hoffe, diese Fragestellung in Ihrem Vorschlag "Kultur- und Sozialsteuer" wiederzufinden. Ich habe ernsthafte Fragen an das gegenwärtige Finanzierungssystem der Landeskirchen und die damit verbundenen Aussagen "Was ist Kirche?". Insofern begrüße ich Ihre Stellungnahme und Ihren Beitrag zur Debatte. (...)

Mit freundlichem Gruß,

Wolfgang Lauer

e-mail wolf.lauer@t-online.de / www.friedenskirche-arnum.de / Tel.: Germany (049) 05101-925364

"Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein"

Erlassjahr 2000 - Gibt es Wege aus der Überschuldungskrise?

Herbstseminar 8.-10. Oktober 1999 in Wiesbaden

Tagungsprogramm:

Freitag, 8. Oktober 1999

Räume des Offenen Forums Wiesbaden

ab 18.00 Begrüßung der Gäste

ab 19.30 Geselliger Abend

Samstag, 9. Oktober 1999

Stephanusgemeinde Wiesbaden

- 10.00 Begrüßung Pfarrer Michael Arndt,
Hans-Jörg von Löw, Vorsitzender des
Offenen Forums Wiesbaden
- 10.15 Der biblische Ursprung der Erlassjahr- Idee
Prof. Dr. Erhard S. Gerstenberger, Gießen
- 11.45 Die Aktion "Erlassjahr 2000" - Motive, Ziele und
Handlungsvorschläge einer weltweiten
Bürgerinitiative
Dr. Johannes Bickel, Oberursel -
Vertreter der Aktion "Erlassjahr 2000"
- 14.30 Gruppenarbeit
- 15.30 Gibt es Wege aus der Überschuldungskrise?
Podiumsdiskussion mit:
Dr. Johannes Bickel, Oberursel -
"Entwicklung braucht Entschuldung"
Pater Gregor Böckermann, Afrika-Missionare
Weisse Väter, Frankfurt/Main - Initiative
Ordensleute für den Frieden (IOF)
Prof. Dr. Erhard S. Gerstenberger, Gießen
Heidmarie Wiczorek-Zeul,
Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung
Moderation: Karl Martin
- 18.00 Fahrt in den Rheingau
Gemütliches Zusammensein
-

Sonntag, 10. Oktober 1999

Stephanusgemeinde Wiesbaden,

- 10.00 Gottesdienst mit Abendmahl
Pfarrer Michael Arndt, Stephanusgemeinde
Pfarrer Dr. Karl Martin, Off und dbv
Predigt: Pfarrer Harald Bartl, Halle/Saale
- 12.30 Mittagessen, danach Ende der Tagung
-

Die Idee eines Erlassjahres stammt aus dem Judentum. Nach den Vorschriften der Thora soll in jedem siebten Jahr ein allgemeiner Schuldenerlass praktiziert werden (5. Mose 15, 1-11; vgl. auch 2. Mose 23, 10 f.; 3. Mose 25). Dahinter steht die Auffassung, dass Armut, die das Leben der Menschen bedroht, ein Problem der ganzen Gemeinschaft ist. Jeder Mensch hat Anspruch auf ein Mindestmaß an mitmenschlicher Solidarität, in der sich Gottes Lebenszusage realisiert. "Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein" (5. Mose 15,4).

An diese biblischen Vorstellungen knüpft die Kampagne "Erlassjahr 2000" an. Ziel der Kampagne ist ein weitreichender Schuldenerlass für die armen Länder der Welt im Jahr 2000 und eine Neugestaltung der internationalen Finanzbeziehungen. Seit dem Start im September 1997 haben sich in Deutschland rund 1500 Gruppen, Organisationen und Kirchengemeinden der Kampagne angeschlossen. International ist "Jubilee 2000" (so die englischsprachige Bezeichnung) in rund 50 Staaten aktiv - eine der größten Bürgerinitiativen, die es momentan gibt.

Auf dem Kölner Wirtschaftsgipfel am 19. Juni 1999 haben die sieben wichtigsten Industriestaaten (G-7) einen Schuldenerlass von bis zu 70 Milliarden US-Dollar (rund 130 Milliarden Mark) für die ärmsten Länder beschlossen. Die Kampagne "Erlassjahr 2000" sowie andere Entwicklungsorganisationen werten die Entscheidung als "einen wichtigen, aber nicht ausreichenden Schritt". Es werden Nachbesserungen gefordert. Der Aufbau eines internationalen Insolvenzrechtes steht zur Diskussion.

Auf dem Seminar soll das biblische Entschuldungsdenken dargestellt und über die Entschuldungsinitiative "Erlassjahr 2000" informiert werden. Eine Podiumsdiskussion wird den gegenwärtigen Diskussionsstand sichtbar werden lassen. Zu dem Seminar laden herzlich ein:

Hans-Jörg von Löw, Offenes Forum Wiesbaden
Pfarrer Dr. Karl Martin, Dietrich-Bonhoeffer-Verein
Pfarrer Harald Bartl, Marktgemeinde Halle/Saale
Pfarrer Michael Arndt, Stephanusgemeinde Wiesbaden
Pfr. Michael-Max Stichling, Stephanusgemeinde Wiesbaden



Podiumsdiskussion zum "Erlassjahr 2000" in der Wiesbadener Stephanusgemeinde
v.l.n.r.: Johannes Bickel, Karl Martin, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Eberhard S. Gerstenberger

Geht unser Wirtschaftssystem über Leichen?

Das "Offene Forum Wiesbaden" diskutierte die Überschuldungskrise in den Armutsregionen der Welt.

Pressemitteilung

Pater Gregor Böckermann, der einige Jahre als Afrikamissionar in Algerien gewirkt hat und als Kritiker unseres Wirtschaftssystems zurückgekehrt ist, vertritt die provozierende These: "Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen." Als Teilnehmer des Seminars des "Offenen Forums Wiesbaden" zur Überschuldungskrise berichtete er von dem Engagement der "Initiative Ordensleute für den Frieden". Die Initiative führt jeden ersten Donnerstag im Monat eine Mahnwache vor der Deutschen Bank in Frankfurt am Main durch, um auf die Schattenseiten unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems aufmerksam zu machen.

Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul beurteilte die Möglichkeiten, einen grundsätzlichen Systemwechsel in der Weltwirtschaft herbeizuführen, eher skeptisch. Innerhalb des Systems der bestehenden weltwirtschaftlichen Institutionen gebe es Möglichkeiten der Einflußnahme, die noch längst nicht ausgeschöpft seien. Die Bundesregierung ist maßgeblich mit daran beteiligt, dass Weltbank und IWF auf die

Armutsbekämpfung als neues politisches Ziel verpflichtet worden sind. Es wurde auf den Gipfeltreffen in Köln und Washington ein Schuldenerlass von 70 Milliarden US-Dollar für die armen Länder vereinbart.

Frau Wieczorek-Zeul legte Wert auf die Feststellung, dass es sich bei den jüngsten Entscheidungen nicht um einen "unkonditionierten Schuldenerlass" handelt. Die freiwerdenden Gelder sollen nicht für Rüstungsgeschäfte oder persönliche Bereicherung der herrschenden Eliten mißbraucht werden können. Die armen Länder, die von dem Schuldenerlass profitieren wollen, sollen vertraglich dazu verpflichtet werden, die Gelder, die sie bei der Schuldenrückzahlung einsparen, in spezielle Entwicklungsfonds einzuzahlen. Aus diesen Entwicklungsfonds dürfen nur Projekte für Bildung, Gesundheit, Familienplanung und wirtschaftlichen Aufbau gefördert und finanziert werden.

Dr. Johannes Bickel, der Sprecher der Kampagne "Erlassjahr 2000" würdigte das Engagement der Bundesministerin als einen Schritt in die richtige Richtung. Die Kampagne wird von Nicht-Regierungsorganisationen und kirchlichen Institutionen in 160 Ländern weltweit unterstützt. In der Vergangenheit wurden internationale Entschuldungsansätze nicht immer realisiert. Angekündigt ist jetzt, dass in den nächsten 15 Monaten 24 Länder von der Entschuldung profitieren sollen. Die Kampagne wird kritisch beobachten, ob die Beschlüsse dieses Mal tatsächlich umgesetzt werden. Außerdem fordert sie ein internationales Insolvenzrecht (Verfahren bei Zahlungsunfähigkeit) für überschuldete Länder.

Prof. Dr. Erhard Gerstenberger von der Universität Marburg zeigte den biblischen Hintergrund in der Thora für das Erlassjahr 2000 und die Entschuldungsinitiative auf. Die Probleme von Egoismus und Ver-

armung im Wirtschaftsleben habe es bereits vor Jahrtausenden gegeben. Heute seien als neue Dimensionen die Technisierung und die Globalisierung hinzugekommen. Als Geschöpfe Gottes haben alle Menschen den gleichen Anspruch auf Lebenswürde und die Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse. Gott verpflichtet die Menschen zu unbedingter Solidarität mit den Armen. Die Geschichte zeige, dass die biblische Motivation immer wieder positive Kräfte zur Überwindung von Armut und Elend freigesetzt habe. Es habe deshalb einen tiefen Sinn, dass sich die Kampagne "Erlassjahr 2000" auf das biblische Gebot des Schuldenerlasses beruft.

Dr. Martin berichtete, dass es ihm trotz intensiver Bemühungen nicht gelungen sei, einen Vertreter der Banken für das Podiumsgespräch zu gewinnen. Sowohl die Deutsche Bank als auch die Commerzbank als auch der Bundesverband Deutscher Banken seien angefragt worden, hätten jedoch mit der Begründung von Termenschwierigkeiten abgesagt. Die Tagungsteilnehmer empfanden es als Mangel, dass ihnen das Denken der Banken und ihre Einstellung zur Entschuldungsproblematik nicht vorgestellt wurde.

Veranstalter der Tagung "Erlassjahr 2000 Gibt es Wege aus der Überschuldungskrise?" waren das "Offene Forum Wiesbaden" in Zusammenarbeit mit dem Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv), der Evangelischen Marktgemeinde Halle/Saale und der Stephanusgemeinde Wiesbaden. Aus der Partnergemeinde in Halle waren elf Personen angereist, die in Privatquartieren des Offenen Forums untergebracht waren. Die Partnerschaft zwischen Halle und Wiesbaden ist eine der wenigen, die die Wende überlebt haben. In jedem Jahr wird im Rahmen dieser Partnerschaft eine Tagung durchgeführt. Das nächste Seminar findet im Herbst 2000 in Halle statt.

Ingrid Schwind



“Erlassjahr 2000” Die Kampagne geht weiter

Termine für weitere Aktionen im Jahr 2000:

21. Juli

Mahnaktion in Berlin anlässlich des G/-Treffens in Okinawa

21. - 25. September

Mahnwache im Vorfeld der IWF/Weltbank-Jahrestagung in Prag

3. Oktober

Aktionen zum Anlass 10 Jahre Wiedervereinigung

31. Oktober

Weltspartag

10. Dezember

Tag der Menschenrechte

31. Dezember

Ende des Jahres 2000

Mehr dazu ist zu erfahren im Kampagnenbüro:
Lindenstraße 58-60, 53721 Siegburg
Tel. 02241-591 226 Fax - 591 227
e-mail: buero@erlassjahr 2000.de

Der biblische Ursprung der Erlassjahr-Idee

von Eberhard S. Gerstenberger

Meine Damen und Herren,

vielleicht meinen Sie, ich sei betriebsblind oder zu sehr vernarrt in das eigene, lebensnahe Forschungsgebiet, wenn ich sage: Sehr viele unserer heutigen Wertvorstellungen, Anschauungen, Konflikte, Hoffnungen haben mindestens teilweise biblische Ursprünge. Aber ich bleibe dabei, und kann mich auch auf unverdächtige Zeugen berufen, wie zum Beispiel Rudolf Augstein, kein natürlicher Freund des Christentums, der vor vielen Jahren in einem Interview sinngemäß sagte: "Die biblischen Überlieferungen von Gut und Böse, Konzeptionen von Gott, Welt und Mensch, Einordnungen von Geschlechterrollen und Sexualität, von Freiheit und Verantwortung und tausend Dinge mehr sind in unser kulturelles Bewußtsein eingegangen. Kaum jemand gibt sich Rechenschaft über diese Hintergründe. Aber die biblischen Grundeinstellungen sind in unserem System vorhanden. Darum müssen wir uns damit auseinandersetzen. Denn ungeprüfte Übernahme von altherwürdigen Urteilen kann großen Schaden anrichten."

Die Bibel steht also nicht nur im Bücherschrank oder liegt auf dem Altar, sie ist buchstäblich in uns allen drin, ob Christinnen/Christen oder Agnostiker und Atheisten. Selbst in der muslimischen Tradition ist viel Alttestamentliches enthalten. Und alle Menschen anderer religiöser Prägung, die sich in westlichen Ländern niederlassen, werden sich alsbald den besonderen mentalen und ethischen Strukturen der abendländisch-biblischen Kulturen stellen müssen. Die starke Durchtränkung unserer eigenen Lebenswelt mit biblischen Gestalten ist mir bei der Arbeit mit dem Alten Testament vielfach begegnet, u.a. in Einführungskursen mit jungen Studierenden, die wir unter dem Oberthema: "Nachwirkungen des Alten Testaments heute" (in Literatur, Rechtsprechung, Kunst, Sexualethik, Sozialgesetzgebung, Kirche, Essensgewohnheiten und wo immer sonst) abhielten, besonders aber bei Beschäftigung mit dem Dritten Buch Mose, Leviticus.¹ Es ist sicherlich das unbekannteste, und scheinbar sprödeste Stück biblischer Überlieferung. Wenn man es aber sozialgeschichtlich liest, unter der ständigen Fragestellung: Was haben die seltsamen Vorschriften über Opfer, Reinheit, Feste, Sozialverhalten für eine praktische Bedeutung im Alltagsleben

gehabt? – dann erschließen sich plötzlich interessante Zusammenhänge, denn unsere eigenen Lebensverordnungen weisen z.T. frappierende Ähnlichkeiten auf.

Vor einigen Monaten erschien in einer großen Tageszeitung ein Artikel, der sich mit den menschlichen Ekelreaktionen in verschiedenen Kulturen auseinandersetzte. Mancherorts ist der Hund das schändlichste Tier, und Menschen, die aus jenen Weltgegenden kommen und unsere Schoßhündchenpraxis erleben, wollen vor Abscheu schier in Ohnmacht fallen, wenn ein Hundefreund seinen Liebling auf den Arm nimmt, herzt und küsst. Und warum gibt es bei uns einen solchen Horror vor Spinnen, Maden (die anderswo Leckerbissen sein können), Kleingetier? Nun, weil es in der Bibel, und zwar im Buch Leviticus (3.Mose) steht:

Was auf der Erde kriecht, das soll euch ein Greuel sein, und man soll es nicht essen. Alles, was auf dem Bauch kriecht und alles, was auf vier oder mehr Füßen geht, unter allem was auf der Erde kriecht, dürft ihr nicht essen; denn es soll euch ein Greuel sein. (3.Mose 11, 42)

Damit ist das Kleintiergewimmel, obwohl es in der Schöpfungsgeschichte auch mit "gut" benotet ist, für Mensch und Gott disqualifiziert, Träger von unsauberen Mächten, ansteckend gräulich, absolut zu meiden. "Iiiii" – eine Spinne! Eine britische Anthropologin, Mary Douglas, hat diese und andere "Iiiii" – Reaktionen untersucht und ganz klar mit den biblischen Vorstellungen in Verbindung gebracht.² – Ein weiteres Beispiel: Wir kennen allerlei Sündenbockmechanismen, und ein französischer Gelehrter hat sie auf Funktionen und Abläufe hin studiert. Eine Gruppe von Menschen sucht in ihrer eigenen Mitte Personen, auf die man Schuldgefühle abwälzen kann. Ein ganz ähnliches Ritual – nur wird hier ein Ziegen- zum Sündenbock – finden wir in der Bibel. Und wo? Im 3. Buch Mose Kapitel 16. Es gibt auch vergleichbare hethitische Rituale. Auch der Opfertod des Knechtes Gottes in Jesaja 52/53 und der Jesu hat Stellvertreterfunktion. Wir sehen, wie sich von ganz alten Vorstellungen her Linien bis in unsere Gegenwart ergeben.

1.

In der nun schon 15 Jahre andauernden Kampagne für einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder der Erde spielt der biblische Rückbezug wis-

sentlich und willentlich eine bedeutsame Rolle. Manche Kritiker haben daran Anstoß genommen: Die biblischen Vorstellungen von der regelmäßigen Befreiung von Schuldklaven und der Rückgabe verpfändeten Eigentums an bankrotte Familien, könnten überhaupt nicht mit unserer heutigen Situation und dem volkswirtschaftlichen Dimensionen des Problems in Einklang gebracht werden. Außerdem sei die Ausrichtung der Kampagne auf das Jahr 2000 an den Haaren herbeigezogen und durch die Bibel nicht zu stützen.

Ganz unrecht haben diese Stimmen nicht, wenn sie nämlich auf die großen geschichtlichen, sozialen, kulturellen Entfernungen hinweisen, die zwischen uns und den biblischen Texten liegen. Angesichts dieses "garstigen Grabens" (Lessing), ist es uns schlechterdings verboten, die Bibel – und zwar in allen ihren Teilen und Aussagen – einfach als das Rezeptbuch für unsere heutige Zeit zu lesen und zu gebrauchen. Wollten wir das tun, dann wären wir die schlimmsten Fundamentalisten, die man sich denken kann. Denn

"Von den biblischen Texten her gehen wesentliche Impulse aus, die uns auf dem heiklen Gebiet der Wirtschafts- und Sozialethik unserer Tage leiten sollten."

eine wortwörtliche Umsetzung biblischer Vorschriften heute, ohne Rücksicht auf die gegenwärtigen Umstände unseres Lebens, wäre ein Verrat an dem lebendigen Gott, der diese wunderbare Welt in die Zeitlichkeit hinein geschaffen hat, d.h. in die sich stetig verändernden Zustände und Strukturen alles menschlichen und irdischen Daseins. Und der in den jeweils neuen Situationen und Zeitumständen sich neu als der lebendige Gott erweist, der die Menschheit auf ihrem Weg begleitet. Also: Vom Stillstand der Zeit, von der Ewigkeit der herrschenden Verhältnisse dürfen wir nicht ausgehen, und das tun auch die überzeugtesten Fundamentalisten in Wirklichkeit nicht.

Dennoch meine ich mit aller Entschiedenheit, dass der Rückbezug der Kampagne Erlassjahr 2000 mit vollem Recht geschieht, und dass von den biblischen Texten her wesentliche Impulse ausgehen, die uns auf dem heiklen Gebiet der Wirtschafts- und Sozialethik unserer Tage leiten sollten. Wir müssen allerdings die biblischen Texte in ihrem ursprünglichen Kontext im vorderen Orient etwa des 10. bis 6.

Jahrhunderts v. Chr. sehen. Wir müssen weiter unsere eigenen Verhältnisse, so weit wir das als Nicht-Fachleute können, politisch und wirtschaftlich einschätzen und dann in einem dritten Schritt die Konsequenzen aus biblischen Problemlösungen für unsere andersartige Welt heute ziehen. Bibelinterpretation ist also in diesem Dreitakt immer ein recht mühsames Geschäft, das überhaupt nicht durch eine Einzelperson, sondern nur durch intensive Gruppenarbeit, unter Einbeziehung möglichst vieler Berufe, beider Geschlechter, unterschiedlicher Volksgruppen, geschehen kann. Das Wiesbadener "Offene Forum" scheint genau die richtige Adresse für eine derartige Diskussionsarbeit zu sein.

2.

Wenden wir uns also den biblischen Schuldenerlassen zu, vor allem dem sogenannten "Jubeljahr" in 3.Mose 25. Wir fragen im Blick auf die damaligen Vorschriften: Welche sozialen Verhältnisse sind vorausgesetzt? Wie wollten die biblischen Vorfahren mit den aufgetretenen Problemen fertig werden? Was sind die treibenden ethischen und religiösen Kräfte in den Erlassvorschriften?

2.1. Sozialverhältnisse, besonders im 6. Jahrhundert (Perserzeit)

In Ägypten und im alten Vorderen Orient sind spätestens seit dem Ende des 4. Jahrtausend v. Chr. die typischen Probleme einer arbeitsteiligen, auf Austausch, Handel, bald auch Geldwirtschaft angewiesenen Gesellschaft nachweisbar. In den Städten sammelt sich Kapital, politische und militärische Macht, die Landbevölkerung bleibt bildungsmäßig, finanziell, politisch hinter den Städten zurück. Soziologen bezeichnen das Wohlstands-, Ansehens- und Machtgefälle mit dem geometrischen Bild von Zentrum und Peripherie. Die Bevölkerung "draußen" wird unter allen möglichen Vorwänden (Schutz, Opfer für Gott, Erhaltung der Monarchie) von der städtischen Elite über niedrige Preise für landwirtschaftliche Produkte und Abgaben für das Zentrum geschröpft. Bauern arbeiten, damit die Herren der Stadt sich und ihren Göttern Paläste bauen können. (Vgl. auch die Fronarbeiten, die Salomo in Israel verhängt: 1 Kön 5, 27-32; 9, 15-23) Im zweiten Jahrtausend vor Christus ist die Geld- und Bankwirtschaft z.B. in Mesopotamien bereits voll ausgebildet. Altbabylonische Könige sehen sich gezwungen, durch Erlasse je und dann der drohenden Verelendung größerer Bevölkerungsteile vorzubeugen.

Israel tritt bekanntlich erst seit dem Beginn des ersten Jahrtausends voll in das Licht der Geschichte. Die anscheinend noch weniger kultivierten

Frühisraeliten holen die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Großreiche aber schnell nach, so dass schon für das 10. Jhdt. v. Chr. - wenn diese Nachricht authentisch ist - zahlreiche Wirtschaftsflüchtlinge gemeldet werden, die sich im Steppengebiet unter dem jungen *guerilleiro* David zu einer Räuberbande zuschließen:

Es sammelten sich bei ihm allerlei Männer, die in Not und Schulden und verbitterten Herzens waren, und er wurde ihr Oberster; und es waren bei ihm etwa 400 Mann. (1 Sam 22, 2)

Dieser eine Vers läßt uns einen tiefen Blick in die zerrütteten Sozialverhältnisse tun: Die Familien der Verschuldeten sind zerstört, wahrscheinlich sind Frau und Kinder von den Gläubigern in die Schuldknechtschaft genommen worden. Alte Gesetze, wie 2.Mose 21,1-11 und der noch ältere Codex Hammurapi, §117, verordnen Freilassung nach drei bzw. sechs Jahren Sklavenarbeit. Wahrscheinlich entzogen sich Familienchefs dieser Schuldnerpflicht oft durch Flucht.

Das System der Verschuldung und der Insolvenzerklärung scheint durch die Jahrtausende im wesentlichen gleich geblieben zu sein. Aus dem 5. Jhdt. v. Chr. berichtet der von der persischen Zentralregierung eingesetzte Gouverneur Nehemia:

Im Volk breitete sich Unzufriedenheit aus. Die Männer und ihre Frauen kamen zu mir und beschwerten sich über ihre jüdischen Stammesbrüder. Die einen klagten: "Wir haben viele Söhne und Töchter und wissen nicht, wie wir genug Getreide zum Leben beschaffen sollen." Andere beklagten sich: "Wir müssen unsere Felder, unsere Weinberge und unsere Häuser verpfänden, um in der Hungersnot Brot kaufen zu können." Wieder andere beschwerten sich: "Wir mußten unsere Felder und Weinberge verpfänden, um die Abgaben für den König zahlen zu können." Sie alle sagten: "Sind wir etwa nicht vom selben Fleisch und Blut wie unsere Stammesbrüder? Sind unsere Kinder nicht genausogut Israeliten wie ihre Kinder? Und doch müssen wir ihnen unsere Söhne und Töchter als Sklaven geben. Einige unserer Töchter sind schon mißbraucht worden, und wir können nichts dagegen tun. Unsere Felder und Weinberge gehören anderen." (Neh 5, 1-5)

Die Perser beherrschten zu jener Zeit die gesamte, im Orient bekannte zivilisierte Welt, von Ägypten bis nach Indien. Sie hatten besonders seit der großen Wirtschaftsreform unter Darius I (521-486 v. Chr.) dieses Riesenreich mit vielen Völkern, Satrapien und Provinzen durchorganisiert, vor allem mit dem Ziel, die Steuern lückenlos einzutreiben. Die Verwaltung, die imperiale Baupolitik und das gewaltige Heer kosteten viel Geld. Auf dem zivilen und religiösen Sektor ließen die Perser den Untertanen viel

Freiheit, förderten sogar Tempelbau und eigene Gesetzgebung der sich um Jerusalem scharenden Jaweh-Gemeinde. Aber in der Wirtschaft gaben sie kein Pardon. Steuern und Abgaben mußten geleistet werden, koste es was es wolle. Unter ungünstigen äußeren Bedingungen (Trockenheit; Epidemien; Heuschreckenplagen; Feindeinfälle) brachen die jüdischen Bauernfamilien zusammen. Sie versuchten, sich durch Verpfändung ihres Landes und durch Verkauf von Kindern in die Schuldknechtsgemeinschaft über Wasser zu halten. Sie nahmen bei jüdischen Geldverleihern Kredite auf, wurden aber zunehmend zahlungsunfähig. Vermutlich forderten die Gläubiger gegen das geltende Verbot (2.Mose 22, 24; 3.Mose 25, 36 f.; 5.Mose 23, 20) auch erhebliche Zinsen, was den Abstieg der Verschuldeten nur beschleunigte. Sechs Jahre Leibeigenschaft für die Kinder einer Familie war eine normale, im Orient übliche, Folge von Überschuldung. Oder aber der Schuldner verpfändete sein Land an den Gläubiger, blieb u.U. als dessen Tagelöhner darauf wohnen, bearbeitete die Äcker, und mußte mindestens 50% der Ernte an den Neu-Eigentümer abführen. Das konnte in schlechten Jahren die Überlebenschancen des Verschuldeten in Frage stellen. In jedem Fall sackte der insolvente Schuldner in lebensbedrohende, seine Familie zerstörende Situationen ab. Und da war niemand, der helfen konnte?

2.2. Maßnahmen gegen Verelendung

Die alttestamentlichen Schriften aus allen Epochen der 1000jährigen Geschichte Israel verraten eine überraschend breite soziale Bewegung zugunsten der Armen und Ausgeplünderten und gegen die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen von städtischen Eliten. Wir finden Texte, die den sozial Schwachen – immer wieder werden exemplarisch Witwen, Waisen, Fremde genannt – Hilfestellung zum Überleben leisten wollen, z.B. dadurch, dass den Armen Ernterückstände auf den Feldern zur Verfügung gestellt und den Wohlhabenderen solidarisches Verhalten anempfohlen wird. Alle Textgruppen des alten Testaments, die 5 Bücher Mose als die Torah, die Prophetenbücher, die Psalmen und Weisheitsschriften legen großen Nachdruck auf diese Solidarität (unser Begriff steht in geschichtlicher Verbindung mit dem alttestamentlichen: hebräisch = *hesed*, oft als "Erbarmen" mißverstanden) aller Jahwe - Gläubigen. Und aus dem generellen Verantwortungsbewußtsein für den "Nächsten", der Volks- und Religionszugehörigkeit mit einem teilt, folgen auch die speziellen Vorschriften, welche solche Familien betreffen, die ihr Land und ihre Eigenständigkeit verlieren.

Drei wohl zeitlich aufeinander folgende Textpassagen befassen sich in der Torah mit Frei- und

Erlassjahren. Die älteste Verordnung sagt lapidar:

Wenn du einen hebräischen Sklaven kaufst, so soll er dir sechs Jahre dienen; im siebten Jahr aber soll er freigelassen werden ohne Lösegeld. (2.Mose 21, 2).

Der Schuldenstand spielt keine Rolle. Höhe der Schuld und geleistete Arbeit werden nicht miteinander verrechnet. Die fristgerechte Entlassung aus der unwürdigen Sklavenarbeit ist der einzige fixierte Punkt. Auch das Verhältnis von Gläubiger (Sklavenhalter) und Schuldner (Leibeigener auf Zeit) kommt nicht zur Sprache. Allein die 6jährige Verpflichtung und ihre Beendigung interessiert.³

Das alles sieht in der viel ausführlicheren, zweitältesten Regelung schon anders aus. Hier Auszüge:

Alle sieben Jahre sollst du ein Erlassjahr halten. So aber soll's zugehen mit dem Erlassjahr: Wenn einer seinem Nächsten etwas geborgt hat, der soll's ihm erlassen und soll's nicht eintreiben von seinem Nächsten oder seinem Bruder... (5.Mose 15, 1-2)

Wenn sich dein Bruder, ein Hebräer oder eine Hebräerin, dir verkauft, so soll er dir sechs Jahre dienen; im siebenten Jahr sollst du ihn als frei entlassen. Und wenn du ihn freigibst, sollst du ihn nicht mit leeren Händen von dir gehen lassen, sondern du sollst ihm aufladen von deinen Schafen, von deiner Tenne, von deiner Kelter, so dass du gibst von dem, womit dich Jahwe, dein Gott, gesegnet hat. (5.Mose 15, 12-14)

Es geht nicht mehr nur um Entlassung von Schuldklaven, sondern zuerst einmal um den Verlust geliehenen Geldes (aus Sicht der Gläubiger). Die Schuld wird nach sechs Jahren einfach gestrichen, der

“Die ganze Bestimmung zielt auf Gleichwertigkeit von Schuldner und Gläubiger”.

Rückzahlungsanspruch erlischt. Was für eine Wirtschaftsordnung! Wer wird dann noch Geld ausleihen wollen? Die damaligen Verantwortlichen rechnen mit dieser menschlichen Reaktion. Sie dringen darauf, um des Segens Gottes willen andere (auch unter eigenem Verlust) am “Privat”besitz teilhaben lassen. Wer nicht auf den Verlust achtet, wird dafür von Gott mit weiteren Gütern gesegnet (5.Mose 15, 7-10). Der Bedürftige gehört doch zur Gemeinde, als Bruder, und unter Geschwistern dürfte es, wie auch in jeder Familie

erfahrbar, keinen Unterschied von reich und arm geben. – Die dann vorgeschriebene Entlassung von Schuldklaven sieht in etwa so aus, wie im älteren Text. Aber der zeitweise Leibeigene wird jetzt auch ganz betont “Bruder” genannt, und er darf nicht ohne beträchtliche Geschenke (als teilweise Entlohnung für seine Arbeit? Als Starthilfe für das Leben in Freiheit?) fortgeschickt werden. Die ganze Bestimmung zielt auf Gleichwertigkeit von Schuldner und Gläubiger.

Die jüngste, wohl aus dem 5. Jahrhundert. und damit aus der Perserzeit stammende Text ist das außerordentlich umfang- und inhaltsreiche 25. Kapitel des Buches Leviticus (3. Buch Mose). Überraschenderweise beginnt die Abhandlung an einer ganz anderen Stelle, als dies im 2. und 5. Buch Mose der Fall ist, nämlich weit jenseits aller menschlichen Schuldenprobleme. Der erste Abschnitt (3.Mose 25, 1-4) will sozusagen eine Schuld der Menschen gegenüber Gott einfordern. Der Mensch lebt nämlich vom Ackerboden, den Gott allein bereitgestellt hat. Alle sieben Jahre soll nun dieser Gott gehörige Boden nach dem Muster der wöchentlichen Sabbatruhe dem eigentlichen Besitzer Gott ein Dankfest feiern:

Sechs Jahre sollst du dein Feld besäen und sechs Jahre deinen Weinberg beschneiden und die Früchte einsammeln, aber im siebenten Jahr soll das Land Jahwe einen feierlichen Sabbat halten. (3.Mose 25, 3-4).

Das oberste Gebot für die damaligen Theologen (Priester? Gemeindelehrer? Schriftgelehrte?) war also der absolute Heiligkeits- und Besitzanspruch Gottes. Ihm mußte Rechnung getragen werden. Im folgenden Kapitel Leviticus bringen diese Theologen die babylonische Gefangenschaft sogar mit den Sabbatjahren auf eigentümliche Weise in Verbindung: Die Juden wurden nach Babylonien deportiert und müssen dort mindestens 70 Jahre bleiben, damit das nun menschenleere Land Israel die nichtgewährten Feiern für Jahwe nachholen kann. (3.Mose 25, 34-35) Hier scheint ein außerordentlich festes theologisches Konstrukt vorzuliegen, das wenig auf Realisierbarkeit Rücksicht nimmt. Die natürlichen Einwände: “Was sollen wir denn essen, wenn wir keine Saaten ausbringen?” werden im 3. Buch Mose 25, 18-22 aufgenommen und mit dem theologischen Argument “widerlegt”: Gott kann im sechsten. Jahr so reichliche Ernten geben, dass ihr bis ins achte Jahr davon leben könnt! Utopie? Theologischer Fanatismus? Provokation?

Es kommt noch schlimmer im Buche Leviticus. Alle 49 Jahre bzw. im 50. Jahr sollen die Sabbatjahre in einer Art Jubiläum gebündelt und mit verstärktem Aufwand gefeiert werden:

Und du sollst zählen sieben Sabbatjahre, sie-

benmal sieben Jahre, dass die Zeit der sieben Sabbatjahre neunundvierzig Jahre mache. Da sollst du die Posaune blasen lassen durch euer ganzes Land am zehnten Tag des siebten Monats, am Versöhnungstag. Und ihr sollt das fünfzigste Jahr heiligen und sollt eine Freilassung ausrufen im Lande für alle, die darin wohnen; es soll ein Erlassjahr für euch sein. Da soll ein jeder bei euch wieder zu seiner Habe und zu seiner Sippe kommen. (3.Mose 25, 8-10).

Erst nach den großen Sabbatjahren für das Land kommen die Leviticus-Verfasser auf die Schuldenproblematik in der Gesellschaft. In dieser Anordnung liegen theologische Wertungen verborgen. Jahwe und sein Land sind das übergeordnete Thema, innerhalb dessen sich das menschliche Leben abspielt, mit Politik, Wirtschaft und Gemeindesorgen. Und in diesem größeren Rahmen werden nun in ziemlicher Genauigkeit Grundlinien für die Rückgabe von verpfändetem Land niedergelegt.

Dessen Nutzwerk wird nach den Ernten bestimmt: In fünfzig Jahren müssen die Erträge eines Ackers alle Schuldforderungen eines Gläubigers erfüllen; die Schuld verringert sich also von Jahr zu Jahr und kann - im Regelfall? - vom Ersteigentümer und seiner Familie vorzeitig abgelöst werden. Ähnliches gilt mit leichten Ausnahmen (Stadthaus!) von verpfändetem Gebäudeeigentum, und dann eben auch von den Unglücklichen, die in die Schuldklaverei gegeben worden sind. Auch bei ihnen ist die Arbeitsfrist nicht mehr auf sieben sondern auf 49 Jahre berechnet, bei einer Lebenserwartung von kaum mehr als 40 Jahren erscheint diese Regelung absurd. Aber sie wird mit großem Ernst und in gewissenhafter Unterscheidung von vier möglichen Unterfällen über den längsten Teil des Kapitels hin ausgebreitet: 3. Mose 25, 25-55. Jeder Abschnitt beginnt mit der Wendung: "Wenn dein Bruder neben dir verarmt..." (vv. 25.35.39.47), der hebräische Ausdruck meint: "schlapp machen", "insolvent werden". Die Pflichten der Verwandtschaft und evtl. der Gemeinde gehen dahin, dem Bankrotteur entweder sogleich mit Darlehen unter die Arme zu greifen, oder, im Fall seiner Versklavung, ihn möglichst bald durch Zusammenlegung der Lösesumme aus der Schuldknechtschaft loszukaufen. Der erforderliche Geldbetrag wird von Jahr zu Jahr kleiner, genau wie beim verpfändeten Acker. Also steigt auch mit der Zeit die Chance der Auslösung. Hinzu kommt, dass der Schuldklave nach 3. Mose 25, 39-40 auch im Dienst seines Gläubigers nicht die Menschenwürde verlieren und auf den Sklavenstatus hinuntersinken darf. Vielmehr soll er "wie ein Tagelöhner, wie ein Beisasse" gehalten werden. Er verdient also auch Geld und kann sich evtl. selbst auslösen, indem er die Restsumme der Schuld aus seinen Ersparnissen erstattet (v.49) Wir sehen, die Entlassung von Schuldkla-

ven, in den beiden früheren Texten noch für jedes siebte Jahr vorgeschrieben, soll nun erst nach 49 Dienstjahren geschehen. Doch liegt der Hauptnachdruck auf den Loskaufmöglichkeiten, die von Jahr zu Jahr besser werden.

2.3. Antriebskräfte

Schauen wir uns die verschiedenen Texte zur Schuldenerlassthematik im Alten Testament an, müssen uns einige Grundlinien auffallen. Die wollen wir näher benennen, weil wir sie für die Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit brauchen. Weniger wichtig an den biblischen Zeugnissen ist ihre gesellschaftliche Realisierung unter den damaligen Umständen. Die Sklavenbefreiung ist z.B. im Alten Testament nur einmal direkt bezeugt, und zwar für eine Belagerungsperiode Jerusalems (Jer 34); sie wird aber sofort wieder rückgängig gemacht, als die Notlage aufhört. Ein Löser-Rückkauf wird in Jer 32 angedeutet. Ob praktisch umsetzbar oder nicht, die Vorschriften der Bibel interessieren uns zuerst als theologische Entwürfe, welche die Welt, die menschliche Existenz und Gott deuten wollen und sich als Grundmodelle für Handlungsanweisungen anbieten.

Ich zähle die mir wichtigsten Antriebskräfte in den alttestamentlichen Bemühungen um die "Armen" und "Ausgeschlossenen" der antiken Gesellschaft in Israel kurz auf:

* Hauptargument, für die Verschuldeten und sozial Deklassierten einzutreten, also für die "Unterschichten", ist die Verpflichtung, die Menschenwürde unter den Stammes- und Glaubensverwandten zu wahren. Jahwe, der väterliche und mütterliche Gott aller Judäer dringt auf die grundsätzliche Gleichwertigkeit aller seiner Anhänger, denn er ist betont ein Gott der Versklavten (Vgl. 3.Mose 25, 42,55). Eine Herrschaft über den Bruder ist unmenschlich. (vgl. Ideal der "herrschaftsfreien Gesellschaft" in der Moderne).

* Die bestehenden Sozial- und Wirtschaftsordnungen werden in den biblischen Texten meistens nicht grundsätzlich angefochten. Offiziell gibt es keine Sozialrevolutionen. Aber die Ordnungen verfallen einer scharfen Kritik, wo sie unmenschlich werden. Z.B. gab es in Israel/Juda offensichtlich eine Bank- und Kreditwirtschaft. Biblische Zeugen bestreiten aber deren selbstherrliche Autonomie. Die Erlassvorschriften heben in regelmäßigen Anständen die normalen Wirtschaftsprinzipien auf. (z.B. Verfall der Schuldforderungen etc.)

* Selbst wenn die Erlassregeln weithin utopisch sind, und keine Chance auf Verwirklichung hatten, sind sie doch ein Gegenentwurf zur damaligen bruta-

len Pfändungs- und Versklavungspolitik. Die utopische Dimension hätte demnach eine wichtige Aufgabe in der Gestaltung der Zustände. Als Vision einer gerechten Gesellschaft ist sie eigentlich auf die (kommende?) "Gottesherrschaft" ausgerichtet, von der es glühende Schilderungen gibt (z.B. Jes 9, 1-6; 11, 1-9; 60-62 usw.).

* Das Eigentum, besonders an Grund und Boden, hat im Alten Israel ganz andere Dimensionen als bei uns. Weil es Segensgabe Gottes ist, gehört es mindestens zum Teil Gott und dem notleidenden Bruder und der insolventen Schwester. Dieser theologische Blickwinkel macht es leichter, die Ansprüche auf alleinige, private Verfügungsgewalt über das Eigentum zu beschneiden. (vgl. Grundgesetz der BRD: "Eigentum verpflichtet".)

* Freilassungen und Schuldenerlasse sind im biblischen Altertum Notmaßnahmen, die eingetretene, unmenschliche Härten, verursacht durch Katastrophen und durch das geltende Wirtschaftssystem, korrigieren sollen. Den ökonomisch Gescheiterten soll die Chance eines neuen Anfangs gegeben werden. Dazu muß man zeitweise die geltenden Wirtschaftsregeln außer Kraft setzen.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Die alttestamentlichen Gemeinden, besonders in der persischen Zeit, lassen sich im Blick auf das grassierende Armutproblem vor allem von der Rücksicht auf die dem Elend verfallenden Menschen (Brüder und Schwestern) und auf Gott, den Erhalter der Welt und des menschenwürdigen Lebens leiten. Die Bewahrung der außermenschlichen Kreatur lag noch nicht im Bereich der Aufmerksamkeit. Aber "Nächstenliebe" und "Gottesentsprechung" zu wehren und den bankrotten Familien wieder auf die Beine zu helfen.

3.

Es muß jetzt Gegenstand unsere Diskussion sein, festzustellen, wo und inwiefern sich unsere soziale Lage von den biblischen Zuständen unterscheidet. Weiter heißt die zentrale Frage: Wie können wir die in den biblischen Texten sichtbaren Orientierungen in unserer andersartigen Situation beherzigen?

3.1. Unterschiede

Ich möchte die Unterschiede zwischen heutiger und damaliger Lage der Dinge auf zwei wichtige Punkte konzentrieren:

Einmal haben sich die Strukturen der Gesellschaft – so ähnlich sie in mancher Hinsicht auch sein können – an entscheidenden Stellen verändert.

Von unten nach oben benannt, hat das menschliche Einzelwesen eine in der Antike unbekannt Vorrangstellung (individuelle Menschen- und Freiheitsrechte), die Familien sind degradiert, Zwischengruppierungen (Vereine; Arbeitsgemeinschaften etc.) aufgewertet, landsmannschaftliche und staatliche Organisationen verlieren an Bedeutung, übernationale Zusammenschlüsse und globale Wirtschaftsstrukturen haben fast alle Macht in der Hand. Die Bedeutung der ethischen und religiösen Vereinigungen in dem globalen Konzert der Mächte schwankt; die Herausforderungen einer unter dem Banner der Marktwirtschaft geeinten Welt sind überall zu spüren.

Zweitens haben sich seit der biblischen Antike erhebliche weltanschauliche Veränderungen ergeben, die z.T. mit der Entwicklung von Wissenschaft und

“Die bisherige Bilanz von fünf Jahrzehnten freier Marktwirtschaft in der westlichen Welt heißt: Menschenunwürdiges Dahinvegetieren und Sterben von mindestens einem Drittel der Menschheit, das sind zwei Milliarden Menschen.”

Technik parallel laufen. Die selbstverständliche Annahme eines Schöpfer und Erhaltergottes ist passé, die Menschheit findet sich allein in einem unendlichen Kosmos wieder und muß die Schlüsselpositionen in der Welt selbst besetzen.⁴

Das führt zu schlimmen Verwicklungen (Richter nennt vor allem einen von der Wirklichkeitserkenntnis völlig abgeschnittenen "Autismus" der Gesellschaften) bei der sachgerechten Lösung der drängenden Menschheitsprobleme.

3.2. Theologische Kritik

Viele Kritiker rund um den Globus haben in den letzten Jahren davor gewarnt, den Kräften der sog. "freien Marktwirtschaft" allein das Feld zu überlassen. Zwar propagieren ihre Vordenker, dass - nach Zeiten der Entbehrungen und Opfer - die sich selbst überlassenen Märkte in einem gesunden Wettbewerb aller gegen alle einen Heilzustand für die Menschheit herbeiführen werden.⁵ Die bittere Erfahrung, nicht nur, aber vor allem, in den Entwicklungsländern, zeigt ein völlig anderes Bild. Immer schneller und weiter öffnet

sich die Schere zwischen Reich und Arm. Die Konzentration der Einkommen auf eine Elite von wenigen Prozent der Weltbevölkerung und das Absinken von großen Teilen der Menschheit in Arbeitslosigkeit, Unbildung, Hunger, Krankheit nimmt dramatische Formen an. Vielleicht kann man diese - an jährlichen Statistiken der UNO und einzelner Länder belegbare - Entwicklung nur dann richtig ermessen, wenn man einmal näher an die Elendszenen dieser Welt herangekommen ist. Das Beispiel Brasilien steht mir lebhaft vor Augen, weil wir etwa sieben Jahre lang dort gelebt haben. Wir sind den favelados, Slumbewohnern, begegnet und haben gesehen, wie hinter unserem Haus auf einer städtischen Müllkippe 20-30 Familien ihr Überleben organisierten. Die bisherige Bilanz von fünf Jahrzehnten freier Marktwirtschaft in der westlichen Welt, heißt menschenunwürdiges Dahinvegetieren und Sterben von mindestens einem Drittel der Menschheit, das sind zwei Milliarden Menschen.

Einer der schärfsten theologischen Analytiker der Weltsituation ist der Brasilianer mit dem koreanischen Namen Jung Mo Sung. Er hat, im Gefolge von Befreiungstheologen wie H. Assmann, L. Boff, P. Hinkelammert u.a. die pseudoreligiöse Grundlage der gegenwärtigen Varianten von Marktwirtschaft aufgedeckt.⁶ Die Vordenker und Verantwortlichen für die weltumgreifende Marktwirtschaft ignorieren die Begrenztheit der Ressourcen und des menschlichen Gewissens und gehen theoretisch von einem unendlichen Wachstum und einer fairen Kollektivvernunft aus, welche zu einem glücklichen Ende führen werden. (Zyniker der Bewegung reden allerdings offen davon, das mindestens ein Drittel der Menschheit überflüssig ist und verschwinden soll.) Jung Mo Sung weist nach, dass hinter diesem Vertrauen auf die Selbstregulierung des Marktes eine völlige Selbstüberschätzung und ein unkontrolliertes Macht- und Gewinnstreben steht. Die bedingungslosen Verteidiger der Marktwirtschaft kämpfen mit ihrer Lehre im Grunde für die Privilegien der Geld-Elite und sind bereit, den gefährlichen Anteil der Verelendeten zugrunde gehen zu lassen.

3.3 Biblische Impulse

Die Grundlinien einer von der Bibel inspirierten Wirtschaftsethik sind - unter Voraussetzung der geschichtlichen und religiösen Unterschiede zwischen damaligen und heutigen Strukturen - etwa folgendermaßen zu skizzieren⁷:

* Aus der Sicht der biblischen Schriften ist jede Vergötzung des Marktes abzulehnen. "Der Markt" kann und darf nicht unsere politischen und ethischen Entscheidungen diktieren. Wir können unsere Beur-

teilung der Welt nicht von den Fieberkurven der Börsen und den Geschäftsberichten der Konzerne abhängig machen (Typisch für die Unmenschlichkeit der Wirtschaft: Höhere Arbeitslosenziffern treiben die Aktiennotierungen in die Höhe). Maßstab für eine gerechtere Ordnung muß das Wohlergehen der Menschen, besonders der sozial Schwachen, sein. Die Mystik des Marktes, auf den alle Welt hypnotisiert blickt, ist von der Kirche her zu entmystifizieren. Der Markt hat allen Menschen zu dienen, nicht nur einigen erlesenen Kapitaleignern. Er muß Arbeit für alle bieten.

* Oberstes Kriterium für eine gute, verantwortliche Wirtschaftsordnung ist das Ergehen von Mensch und Natur. Dieser Maßstab ist einerseits religiös begründet, denn im religiösen Umfeld ist es völlig zwingend: Gott hat alle Menschen geschaffen, also haben alle Menschen gleiches Anrecht auf Leben und Glück. Gott hat vorher schon die Erde geschaffen, also ist sein Werk sorgsam zu behandeln und zu bewahren. Die Menschheit ist nur Nutznießer der ihr geschenkten Lebensmöglichkeiten. Gerechtigkeit für alle und Bewahrung der Schöpfung sind darum für jeden religiös denkenden Menschen, die selbstverständlichsten Grundvoraussetzungen des Lebens. - Wenn aber die heutige Menschheit diese religiöse Vorstellungswelt ablehnt, kann man die selben Sachverhalte m.E. auch areligiös und völlig rational beschreiben. Die Menschheit findet sich in einer von ihr entstandenen Welt unter vielen Arten von Lebewesen und in einem Vorratshaus von Rohstoffen vor. Kraft der ihr eigenen Intelligenz, haben es die Menschen zu einer Vorrangstellung unter allen Lebewesen gebracht. Sie können die Welt nach ihren Vorstellungen gestalten und übernehmen damit die Verantwortung für den Planeten Erde.⁸ Die Vernunft und die Rücksicht auf das eigene Fortbestehen gebieten, mit dem Vorhandenen schonend umzugehen und die anderen Menschen als gleichberechtigt anzuerkennen. Die Rücksicht auf das Ganze zwingt zu Bescheidenheit und Eigenbegrenzung.⁹

* Der Zustand von 30 bis 40 der ärmsten Länder dieser Erde, ist ein besonders krasses Beispiel dafür, dass ungehemmter Eigennutz der reichen Volkswirtschaften und Korruption der Eliten im Inneren ganze Staaten in den Ruin bringen können. Die verhängnisvolle Spirale von Kreditgewährung, unsachgemäße Verwendung von Hilfgeldern, Behinderungen der armen Länder im Welthandel, Schuldentilgung und Zinseszinszahlungen macht diese ärmsten der armen Regionen zu Sterbehäusern dieses Globus. Der von der Kampagne Erlassjahr 200 geforderte weitgehende Schuldenerlass mit begleitenden Infrastrukturmaßnahmen ist ein kleiner, anfänglicher Schritt zur Wiederherstellung menschlicher Würde. Internationaler

Währungsfond und Weltbank sind mittlerweile dazu übergegangen, Schuldenerlass und Armutsbekämpfung in ihre Hilfsprogramme aufzunehmen. Christen und Christinnen müssen meiner Einsicht weitergehend fordern, dass das herrschende Wirtschaftssystem mit seiner Vergötzung des Marktes auf den Prüfstand gestellt wird. Im Interesse aller Lebewesen und der unbelebten Natur müssen wir uns schnell, ehe es zu spät ist, auf wesentliche biblische Grundsätze zurückbesinnen. Die herrschsüchtige Menschheit hat ihren Dünkel aufzugeben, Gott gleich sein zu wollen. Sie hat sich einzufügen in das Ganze, zum Besten alles Bestehenden.

¹Vgl. Erhard S. Gerstenberger, *Das Dritte Buch Mose, Leviticus (ATD6)*, Göttingen, 1993.

²Mary Douglas, *Purity and Danger*, London 1966 (deutsch: *Reinheit und Gefährdung*, Berlin 1985)

³Im Codex Hammurapi ist die Schuldklaverei auf drei Jahre festgesetzt. Bei der alttestamentlichen Regelung spielt vermutlich die Rücksicht auf die heilige Siebenzahl (Sabbat), vielleicht auch auf die Interessen der Gläubiger eine Rolle.

⁴So Horst Eberhard Richter, *Der Gotteskomplex*,

Hamburg 1979.

⁵Vgl. Friedrich August von Hayek, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Landsberg 1980; derselbe, *Individualismus und Wirtschaftsordnung*, Zürich 1952; *Vorträge von Michael Camdessus, dem Direktor des Weltwährungsfonds*; Lester C. Thurow, *Die Reichtumspyramide*, 1999.

⁶Jung Mo Sung, *Teologia & Economia*, Petropolis 1994; derselbe, *Desejo, mercado e religiao*, Petropolis 1997. In deutscher Sprache zugängliche Vorgänger: Hugo Assmann u.a., *Die Götzen der Unterdrückung und der befreiende Gott*, Münster 1984; Ulrich Duchrow, *Weltwirtschaft heute*, München 2. Auflage 1987.

⁷Vgl. die neueste Studie zu dieser Problematik: Franz Segbers, *Die Hausordnung der Tora. Biblische Impulse für eine Theologische Wirtschaftsethik*, Luzern 1999.

⁸Vgl. Hans Jonas, *Das Prinzip Verantwortung*, Hamburg 1991.

⁹Sensible Zeitgenossinnen und Zeitgenossen beginnen, auch innerhalb des Systems Marktwirtschaft die inneren Widersprüche zu erkennen. Vgl. Viviane Forrester, *L'Horreur Economique*, Paris 1996; Daniel Goeudevert, *Mit Träumen beginnt die Realität*, Berlin 1999.

“Und was haben wir nun erreicht?”

von Johannes Bickel

Die Initiative "Erlassjahr 2000" ist entstanden, weil alle bisherigen Schuldenerleichterungen, so gut sie gemeint waren, insbesondere für die ärmsten Länder wenig gebracht haben. Es ist wie mit einem Patienten, der auch nach der Einnahme vieler Medikamente immer noch krank ist. Die Initiative hat deshalb zwei Ziele:

- einen weitreichenden Schuldenerlass für die armen Länder der Erde im Jahr 2000 und
- die völkerrechtlich verbindliche Neugestaltung internationaler Finanzbeziehungen im Sinn eines fairen Interessensausgleichs zwischen Schuldnern und Gläubigern (sog. Internat. Insolvenzrecht).

Der Schuldenerlass soll die armen Länder von der Last untragbarer Schulden befreien und ihnen den Weg zu wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit ermöglichen. Damit würde auch der Destabilisierung dieser Staaten entgegengewirkt und ein Grund für innere und internationale Konflikte und

Wanderungsbewegungen beseitigt. Die Erlassinitiative sagt nicht, dass damit die Verbesserung der Lebensbedingungen in den armen Ländern schon garantiert sei, sondern dass mit dem Schuldenerlass eine wesentliche Ursache ihrer Armut beseitigt würde. Sie hat ferner immer gefordert, dass der Erlass nur unter der Bedingung gewährt wird, dass die frei werdenden Mittel kontrolliert zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden (durch sog. Gegenwertfonds). Was ist nun aus den Forderungen und den vielen Unterschriften geworden, die dafür gesammelt wurden?

Die Politiker der Gläubigerländer haben verstanden. Sie haben reagiert - beim G 7-Gipfel im Juni in Köln und bei der Jahrestagung von Weltbank und Internationalen Währungsfonds im September 1999 in Washington. Insgesamt hat die Erlasskampagne viel erreicht, wenn auch manche Forderungen noch offen geblieben sind. Zunächst zu den erfreulichen Aspekten:

* Die Erlassinitiative hat bis zum Gipfel in Köln weltweit 17 Mio. Unterschriften gesammelt und dort eine eindrucksvolle Kette mit ca. 35.000 Menschen gebildet. Hinzu kamen gleichzeitig ca. 15.000 Demonstranten beim Kirchentag in Stuttgart. Damit erfolgte eine breite Bewusstseinsbildung für ein entwicklungspolitisches Thema, was vorher nicht unbedingt zu erwarten war.

* Beschlossen wurde ein Teilschuldenerlass für die ärmsten Länder (sog. HIPC-Länder) von ca. 70 Mrd. Dollar (angesichts gesamter Auslandsschulden dieser Länder von ca. 215 Mrd. Dollar). Die Grenze der noch für tragbar angesehenen Schulden wurde gesenkt. Profitieren davon sollen ca. 35 (der insgesamt 41) HIPC-Länder, bis Ende 2000 allein etwa 24. Das wäre ein großer Fortschritt, da in den bisherigen drei Jahren der HIPC-Initiative effektiv nur vier Ländern ein Schuldenerlass gewährt wurde.

* Die Finanzierung des Schuldenerlasses wurde in Washington - im Gegensatz zu Köln - weitgehend gesichert. Die bei der Weltbank erforderlichen 5,7 Mrd. Dollar werden durch den bei ihr gebildeten Trustfund und eigene Gewinne finanziert. Beim Währungsfonds (erforderlich über vier Mrd. Dollar) erfolgt die Deckung durch die Höherbewertung von Goldbeständen und die Auflösung eigener Reserven; bei der Afrikanischen Entwicklungsbank schließlich durch die Umwidmung von 1 Mrd. Dollar, die beim Entwicklungsfonds der EU noch nicht gebraucht werden. Der größere, restliche Betrag soll durch den Erlass von Entwicklungshilfe- sowie Handlungsforderungen seitens der Industrieländer aufgebracht werden (Pariser Klub).

* Beschlossen wurde ferner, dass sich Wirtschaftspolitik und Kreditgewährung nicht nur der Weltbank, sondern auch des Währungsfonds in Zukunft wesentlich auf die Armutsbekämpfung ausrichten sollen. Dies bedeutet, vor allem die Grundbedürfnisse der Menschen zu decken (insbesondere Ernährung, Gesundheit und Bildung) und nicht länger nur rigide makroökonomische Ziele zu verfolgen. Das würde eine grundlegende Änderung der Tätigkeit des Währungsfonds nach sich ziehen: von strengen Sparprogrammen hin auf die Verfolgung sozialer Ziele. "Der Mensch soll wieder ins Zentrum unserer Tätigkeiten rücken", so der IWF-Chef Camdessus. Basis dafür sollen Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung werden, die nicht in Washington, sondern von den sog. Entwicklungsländern unter Beteiligung ziviler Organisationen erarbeitet werden.

* Die von der Erlassinitiative geforderten Gegenwertfonds spielten in Washington nur eine geringe Rolle. Sie könnten evtl. sogar entfallen, wenn nicht nur die durch Schuldenerlass frei werdenden

Mittel, sondern die gesamten Staatsausgaben an die Forderung einer "good governance" und der Armutsbekämpfung orientiert werden.

Dies alles sind sehr erfreuliche Ergebnisse, die noch vor einem Jahr kaum zu erwarten waren. Doch sind durchaus auch kritische Anmerkungen angebracht. Die wichtigsten seien hier genannt:

* Wird der Teilschuldenerlass wirklich ausreichend sein? Dies wird von manchen Beobachtern bezweifelt. Immerhin war der Schuldenerlass, den Deutschland im Londoner Abkommen 1953 erhielt, etwa dreimal so großzügig wie der jetzt für die ärmsten Länder beschlossene (gemessen an den üblichen Schuldenindikatoren). Und auch James Wolfensohn, der Chef der Weltbank, hat sich bereits für weitere Erleichterungen zugunsten armer Länder ausgesprochen.

* Die Konferenzen von Köln und Washington haben zu Beschlüssen geführt - doch deren Realisierung steht noch aus. Die Erlassinitiative 2000 wird insbesondere verfolgt, ob die Umsetzung nun tatsächlich beschleunigt wird.

* Zweifel sind angebracht insbesondere im Hinblick auf die versprochene Umorientierung des IWF: Ist auf all seinen Ebenen wirklich der Wille dazu vorhanden, und auch die Fähigkeit? Schließlich ist das Personal doch unverändert dasselbe. Konflikte sind deshalb sehr wahrscheinlich. Gegenwind gibt es auch in konservativen Kreisen der Gläubigerländer incl. der Bundesbank. Sie vertreten die Meinung, der IWF solle sich weiterhin nur um monetäre Angelegenheiten kümmern.

* Gar nicht angesprochen wurde in Köln und Washington schließlich die Forderung der Erlassinitiative nach einem fairen internationalen Schuldenregulierungsverfahren (Internationales Insolvenzrecht). Die Verfahren im Pariser und Londoner Klub sind zwar seit Jahrzehnten eingespielt, aber weder transparent noch fair: dort sind die Gläubiger gleichzeitig Kläger, Gutachter und Richter! Von Streitlichtungs- und Gerichtsverfahren in demokratischen Ländern ist man anderes gewohnt. Warum soll es eigentlich nur im nationalen Rahmen rechtsstaatlich zugehen?

Diese wenigen Hinweise zeigen, dass die Schuldenkrise zumal der ärmsten Länder noch keineswegs gelöst ist. Ein weiteres Engagement der Initiative "Erlassjahr 2000", einzelner Christen und der Kirchen ist unerlässlich. Christen haben sich schon oft zugunsten der Armen und Benachteiligten eingesetzt. Dies angesichts der Globalisierung heute auch zugunsten des Südens unserer Erde zu tun, ist nur logisch.

Zum Verhältnis von Theologie und Ökonomie

Die Freiburger Denkschrift von 1943 und die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft

29.-31. Oktober 1999 in Arnoldshain

Tagungsprogramm:

Freitag, 29. Oktober 1999

- 19.30 Begrüßung
Pfarrer Dr. Karl Martin, Wiesbaden
Prof. Dr. Traugott Jähnichen, Bochum -
- 20.00 Das Lutherverständnis Gerhard Ritters als Ausgangspunkt eines politischen Widerstands
Prof. em. Dr. Günter Brakelmann, Universität Bochum,

Samstag, 30. Oktober 1999

- 09.00 Die Bekennende Kirche und die Impulse Bonhoeffers für die Freiburger Denkschrift
Karl Martin, Wiesbaden
- 10.00 Zur Struktur der Freiburger Denkschrift - ein Überblick
Dr. Norbert Friedrich, Universität Bochum
- 11.00 Die Freiburger Denkschrift - Analyse und Bewertung in Arbeitsgruppen
I: Zur Staats- und Rechtsordnung
Moderation: Karl Martin
II: Zur Sozial- und Wirtschaftsordnung
Moderation: Traugott Jähnichen
III: Kirchenpolitik und Erziehung
Moderation: Norbert Friedrich
- 15.00 Die Freiburger Denkschrift - ein Dokument der wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Widerstandsbewegung
Daniela Rüter, Journalistin und Historikerin, Duisburg
- 16.30 Zum Verhältnis von Theologie und Ökonomie bei den Freiburgern
Pfarrer z.A. Dr. Traugott Roser, München
- 17.30 Die wirtschaftsethische Verantwortung der Kirche in der Bundesrepublik Deutschland
Prof. Dr. Traugott Jähnichen, Universität Bochum
- 20.00 Widersteht dem Teufel!
Lesung aus dem Hafttagebuch von Constantin von Dietze, Mitglied des "Freiburger Kreises"
vorgetragen von dem Sohn Pfarrer Gottfried von Dietze, Nieder-Moos
Musikalische Umrahmung: Ingrid Baumann-Metzler und Prof. Dr. Wolfgang Metzler

Sonntag, 31. Oktober 1999

- 09.30 Einladung zum Gottesdienst
Pfarrer Dr. Karl Martin, Wiesbaden
- 11.00 Glanz und Elend der Sozialen Marktwirtschaft - Wie zukunftsfähig ist unser Wirtschaftssystem?
Rüdiger von Voss, Bonn
- 12.30 Mittagessen, Ende der Tagung

Bei der Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft hat der deutsche Protestantismus einen bedeutsamen Beitrag geleistet. Um eine angemessene Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsordnung in einer globalisierten Welt vorzubereiten, ist es wichtig, sich mit ihren gesellschaftspolitischen, ökonomischen und geistesgeschichtlichen Wurzeln auseinanderzusetzen.

In den Jahren 1942/43 verfaßte eine kleine Gruppe von Freiburger Hochschullehrern auf Anregung Dietrich Bonhoeffers für die Bekennende Kirche eine Denkschrift zum staatlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege. In dieser "Freiburger Denkschrift" wurden das erste Mal die Grundzüge einer freiheitlich-sozialen Wirtschaftsordnung beschrieben.

Der "Freiburger Kreis" unterhielt gute Kontakte zum deutschen Widerstand, insbesondere zu Carl Goerdeler. Während die wirtschaftswissenschaftlichen Grundsätze der Denkschrift u.a. von Constantin von Dietze, Walter Eucken und Adolf Lampe entwickelt wurden, legte Gerhard Ritter die geistesgeschichtlichen Grundlagen. Dabei rekurrierte er besonders auf die Theologie Martin Luthers.

Die Tagung widmet sich dem Beziehungsgeflecht von evangelischer Sozialethik und ökonomischer Theorie, also der Frage der profanen Weltverantwortung in Wirtschaft und Gesellschaft. Im Mittelpunkt der Tagung soll die Freiburger Denkschrift stehen. Vorträge und Arbeitsgruppen bieten Gelegenheit, sich mit Entstehung, Aussagegehalt und heutiger Bedeutung kritisch auseinanderzusetzen.

Eine Kooperationsveranstaltung des dbv mit der Ev. Akademie Arnoldshain und dem Lehrstuhl für christliche Gesellschaftslehre der Ruhr-Universität Bochum.

Dazu laden herzlich ein:

Pfarrer Dr. Karl Martin, Vorsitzender des dbv
Pfarrer Prof. Dr. Leonore Siegele-Wenschkewitz,
Direktorin der Evangelischen Akademie Arnoldshain
Prof. Dr. Traugott Jähnichen, Universität Bochum Lehrstuhl für christliche Gesellschaftslehre

“Nationalökonomie und Theologie können und müssen zusammenarbeiten”

Tagungsbericht von Karl Martin

Entstehungsgeschichte und gegenwärtige Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft standen im Mittelpunkt einer Tagung, zu der der Dietrich-Bonhoeffer-Verein vom 29.-31. Oktober 1999 in die Evangelische Akademie Arnoldshain eingeladen hatte. Dabei wurde die Tragfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft sehr unterschiedlich beurteilt.

Prof. Dr. Traugott Jähnichen vom Lehrstuhl für christliche Gesellschaftslehre an der Universität Bochum vertrat in seinem Referat "Die wirtschaftsethische Verantwortung der Kirche in der Bundesrepublik Deutschland" die Ansicht, "es reicht nicht, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bloß zu wiederholen." Die Internationalisierung und Globalisierung der wirtschaftlichen Zusammenhänge führe zu Fragen, auf die das bisherige Ordnungsmodell keine Antworten wisse. Arbeitslosigkeit und Rentendiskussion seien Ausdruck einer tiefgreifenden Umstellungskrise. In diesem Zusammenhang machte Jähnichen den Vorschlag, "die Sozialsysteme (Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) zumindest partiell von dem Erwerbseinkommen abzukoppeln."

Bei der Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft hat der deutsche Protestantismus einen bedeutenden Beitrag geleistet. Um eine angemessene Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsordnung in einer globalisierten Welt vorzubereiten, ist es wichtig, sich mit ihren gesellschaftspolitischen, ökonomischen und geistesgeschichtlichen Wurzeln auseinanderzusetzen. Die Tagung "Zum Verhältnis von Theologie und Ökonomie", zu deren Mitveranstaltern die Evangelische Akademie Arnoldshain, der Lehrstuhl für christliche Gesellschaftslehre an der Universität Bochum und die Evangelische Akademikerschaft in Deutschland / Landesverband Hessen gehörten, erinnerte an die Freiburger Denkschrift von 1943 und die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft. Eine kleine Gruppe von Freiburger Hochschullehrern hatte in den Jahren 1942/43 auf Anregung Dietrich Bonhoeffers für die Bekennende Kirche ein Konzept für den staatlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege vorbereitet. In der "Freiburger Denkschrift" wurden

das erste Mal die Grundzüge einer freiheitlich-sozialen Wirtschaftsordnung beschrieben. In der Kirche ist weithin in Vergessenheit geraten, welchen Beitrag evangelische Laien damals geleistet haben und wie sich die evangelische Sozialethik aus diesen Anfängen entwickelt hat.

Prof. Dr. Günter Brakelmann, emeritierter Professor für christliche Gesellschaftslehre an der Universität Bochum, sprach in dem Eröffnungsreferat über "Das Lutherverständnis Gerhard Ritters als Ausgangspunkt eines politischen Widerstands". Der Historiker Gerhard Ritter, der sich intensiv mit der Reformationsgeschichte auseinandergesetzt und ein in



Gerhard Ritter

den dreißiger Jahren weitverbreitetes Lutherbuch herausgegeben hatte, gehörte zu der Gruppe der Freiburger Hochschullehrer. Der Kreis hatte sich in gemeinsamer Empörung über die Vorgänge des Herbstes 1938 (sich verdichtende Anzeichen eines Krieges, neue Judenverfolgung, Zerstörung aller Synagogen und parteiamtlich organisierte Plünderungen) zusammengefunden. Bei den regelmäßigen geheimen Treffen erörterte man die Frage, welche Konsequenzen für das christliche Gewissen die offene Mißachtung und Verletzung göttlicher Gebote habe und wo die Grenze der Gehorsampflicht gegenüber dem Staat liege. Eine wichtige Rolle spielte das berühmte Wort aus Apostelgeschichte 5,29: "Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen." Man sprach von der Pflicht des Christen, "offensichtlich widergöttlichen Geboten der Obrigkeit zu widerstehen durch Gehorsamsverweigerung". Es fand in dem Freiburger Kreis eine intensive Beschäftigung mit den Schriften Martin Luthers statt, der auf diese Weise zum Ausgangspunkt eines politischen Widerstands wurde.

Dr. Karl Martin, Vorsitzender des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins, beleuchtete in seinem Referat den ökumenischen Hintergrund der Freiburger Denkschrift. Bonhoeffer wußte über seine ökumenischen Kontakte, dass es in England und Amerika eine Diskussion über die Friedensziele gab. "Peace-Aims-

Groups" befaßten sich mit dem geplanten Wiederaufbau von Wirtschaft und Gesellschaft in den zerstörten Ländern Europas. Die Bekennende Kirche, die nach dem Krieg an diesen Überlegungen sofort beteiligt werden sollte, war auf solche Gespräche nicht im geringsten vorbereitet. Deswegen entschloß man sich in der Leitung der Bekennenden Kirche, auch in Deutschland eine "Peace-Aims-Group" aufzubauen. In



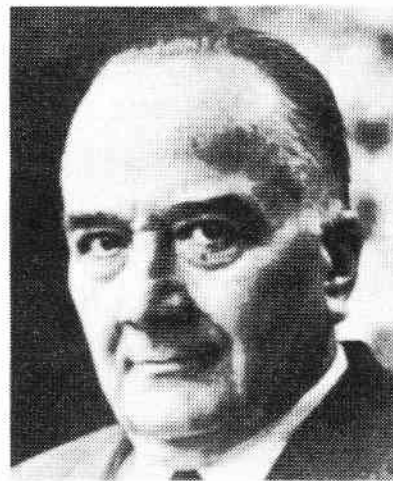
Constantin von Dietze

dem Freiburger Kreis unter der Federführung von Constantin von Dietze konnte man auf Professoren zugehen, die einerseits eine enge Verbindung zur Bekennenden Kirche hatten und andererseits als ausgewiesene Fachleute in den benötigten Fachwissenschaften galten. Im Januar 1943 wurden die Arbeiten an der Freiburger Denkschrift, in der zur künftigen Rechtsordnung, Kirchenpolitik, Erziehung, Sozial- und Wirtschaftspolitik, zur Außenpolitik und zum künftigen Frieden Stellung genommen wird, abgeschlossen.

Eine Einführung in die Struktur der Freiburger Denkschrift wurde von **Dr. Norbert Friedrich**, Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für christliche Gesellschaftslehre an der Universität Bochum, vorgetragen. Norbert Friedrich berichtete, dass die Denkschrift mit dem Titel "Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den Nöten unserer Zeit" das erste Mal 1979 publiziert wurde. Hinter der Denkschrift stehe das Bemühen, "die Dämonie der Macht" zu bändigen und sowohl eine Staatsomnipotenz als auch eine Wirtschaftsomnipotenz zu vermeiden. Es würden in ihr die "Sicherung der Rechte der einzelnen Persönlichkeit, die Regelung eines einvernehmlichen Verhältnisses zwischen dem einzelnen Individuum und der Gemeinschaft und die Konkretisierung der Idee der Gerechtigkeit" beschrieben. Die Person und die Verantwortung des Einzelnen sei Sinnmitte und Tabugrenze jeder menschlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung. Dieser Ansatz, der im Artikel 1 des Grundgesetzes seinen Niederschlag

gefunden habe, gelte bis heute unvermindert fort und müsse auch bei der Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft als bestimmender Gesichtspunkt leitend sein.

Das Tagungsthema mit seiner Frage nach dem Verhältnis von Theologie und Ökonomie wurde aufgegriffen und vertieft in dem Referat von Pfarrer z. A. **Dr. Traugott Roser**, Mitarbeiter am Institut für Praktische Theologie der Universität München. Traugott Roser knüpfte an einen Vortrag des Nationalökonom und Wirtschaftswissenschaftlers Constantin von Dietze an, der bereits im Jahr 1941 gefordert hatte: "Nationalökonomie und Theologie können und müssen zusammenarbeiten." Von Dietzes "Hilferuf der Nationalökonomie an die Theologie", der sich an die Bekennende Kirche richtete, war zugleich "Protest gegen Dialektische Theologie und Ordnungstheologie, sofern sie sich nicht zu Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens äußern wollten." Die Weigerung, sich mit Politik zu befassen, begünstigte den Nationalsozialismus. Bei der Neugestaltung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gehe es um die Vermeidung von Opfern, um den Schutz von Leben und die Fürsorge für Menschen. Seit 1989 gebe es in Deutschland eine zunehmende



Walter Bauer

Rückbesinnung auf die Freiburger Tradition. Die von den Freiburgern vorgelebte Zusammenarbeit von Theologie und Ökonomie kann helfen, in den heutigen Herausforderungen neue Wege zu finden.

Mit dem Referat von Rechtsanwalt **Rüdiger von Voss**, Bundesgeschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU, wandte sich die Tagung den wirtschaftspolitischen Gegenwartsfragen zu. Rüdiger von Voss betonte die Wertekontinuität in der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik. Es dürfe nicht darum gehen, die Soziale Marktwirtschaft durch ein anderes Ordnungssystem zu ersetzen. Vielmehr komme es darauf an, sie moderner und flexibler zu gestalten. Wörtlich führte Rüdiger von Voss aus: "Mit der Freiburger Denkschu-

le war also ein deutlicher ‚anti-materialistischer‘ und sogar ‚antikapitalistischer‘ Schwerpunkt gesetzt. Es kam eben nicht darauf an, eine ‚wertfreie‘ kapitalistische Ordnung der Wirtschaft zu erhalten oder gar zu konservieren. Die Absicht bestand vielmehr, ausgehend von der Verantwortung und Freiheit des Einzelnen, zu einer Ordnung der Gemeinschaft durchzu-



Erik Wolf

stoßen, die die Kräfte der Stärkeren in den sozialen Dienst der Schwächeren stellt. Subsidiarität und Solidarität folgen einander. Die Solidarität darf eben nicht die Subsidiarität verschütten. Deshalb wird auch zu Recht das Programm der Sozialen Marktwirtschaft als ein Programm der verantworteten Freiheit definiert. Die personale Verantwortung und Leistungsfähigkeit entscheiden über die Leistungskraft sozialer Ordnung. Wer dieses Verhältnis umkehrt, bringt die Freiheit in Gefahr."

In der anschließenden Aussprache wurde eingehend über die zukünftigen Anforderungen an eine Wirtschafts- und Sozialpolitik diskutiert. Unterschiedliche Auffassungen zeigten sich in der Frage einer staatlich finanzierten Beschäftigungspolitik. Hierbei stellten sich Meinungsunterschiede über die in Frankreich eingeleitete Politik der öffentlich finanzierten Beschäftigungspraxis heraus. Eine zum Teil kontroverse Debatte wurde zu Fragen der Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme geführt. Deutlich wurde hierbei ein drohender Konflikt zwischen "Jungen" und "Alten" über die Finanzierung des solidarischen Generationenvertrages. Neue Problemlagen folgen aus der Globalisierung der Weltwirtschaft. Mit Sorge wird die weltweite Fusionswelle beobachtet. Besonders kritisch wurden Fragen nach den Strukturen internationaler Finanzströme gestellt. Die Aussprache zeigte insgesamt, dass wir an der Schwelle zu einer neuen Debatte um die

Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft stehen.

Zum Abschluß der Tagung wurde noch einmal auf Dietrich Bonhoeffer und seine Rolle als Impulsgeber und theologischer Berater hingewiesen. In Bonhoeffers "Schuldbekennnis der Kirche" vom September 1940 heißt es u.a.: "Die Kirche bekennt sich schuldig aller 10 Gebote, sie bekennt darin ihren Abfall von Christus. Sie hat die Wahrheit Gottes nicht so bezeugt, dass alles Wahrheitsforschen, alle Wissenschaft ihren Ursprung in dieser Wahrheit erkannte; sie hat die Gerechtigkeit Gottes nicht so verkündigt, dass alles menschliche Recht in ihr die Quelle des eigenen Wesens sehen mußte; sie hat die Fürsorge Gottes nicht so glaubhaft zu machen vermocht, dass alles menschliche Wirtschaften von ihr aus seine Aufgabe in Empfang genommen hätte. Durch ihr eigenes Verstummen ist die Kirche schuldig geworden an dem Verlust an verantwortlichem Handeln, an Tapferkeit des Einstehens und Bereitschaft für das als recht Erkannte zu leiden." Es war das Bemühen von Dietrich Bonhoeffer, nicht in dem Kreislauf der Schuld fortzufahren, sondern einen neuen Anfang zu wagen und einen besseren Weg zu suchen. Auch heute bedarf es dieser Bereitschaft zu Buße und Einsicht, wenn es zu einer wirklichen Neubesinnung kommen soll. Die millionenfachen Opfer des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems sind eine stumme Anklage an das christliche Gewissen. Das Nichtstun begünstigt Unrecht und Fehlentwicklungen. Alle Initiativen (z.B. die Entschuldungsinitiative "Erlassjahr 2000"), die eine weltweite wirtschafts-



Franz Böhm

politische Mitverantwortung von Kirche und Theologie annehmen und die Zusammenarbeit von Theologie und Ökonomie konkret voranbringen, verdienen Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Das Lutherverständnis Gerhard Ritters als Ausgangspunkt eines politische Widerstandes

von Günter Brakelmann

*Der folgende Text ist die Zusammenfassung
eines Mitschnitts des Vortrags.*

Ich will versuchen, von dem Vielen, was man sagen könnte, einiges anzubieten. Zunächst: Es wird immer eine offene Frage bleiben, warum nach den Vorgängen vom 9 - 12. November 1938 nicht ein hörbarer Protest durch Kirchen und Christenheit gegangen ist, wobei der Brand der Synagogen ja eigentlich nur das Symbolische war. So schlimm dies war: Viel schlimmere und für jeden einzelnen jüdischen Bürger wie letztlich für das ganze Volk wichtige, weil einschneidende Veränderungen wurden durch die Gesetze und Verordnungen vom 10.-12. November herbeigeführt.

Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, hat es keinen nennenswerten oder gar veröffentlichten Widerstand gegen die Pogromnacht und gegen die ihr folgenden Gesetze gegeben. Gleichwohl bildeten sich in der Stille als Reaktion auf die neue Phase der Judenverfolgung die Kerne von späteren Widerstandsgruppen innerhalb des bürgerlich-christlichen Widerstandes. Sie haben ihre Hauptursache in der Reaktion auf die Pogromnacht.

Die Mitglieder des Freiburger Kreises versammelten sich zu prinzipieller Reflexionsarbeit zum ersten Mal im Dezember 1938. Einer in diesem Kreis war Gerhard Ritter. Damals schon einer der bekanntesten Starhistoriker der Historiographie, vor allem der Reformationsgeschichte, wird er einer der führenden Köpfe des Freiburger Kreises, zu dessen Kern auch die Professoren Constantin von Dietze, Agrarwissenschaftler, Walter Eucken, Wirtschaftswissenschaftler und Adolf Lampe, Wirtschaftswissenschaftler gehören. Alle sind Mitglieder der Badischen Bekennenden Kirche. Dazu gehören ebenso die beiden Ortspfarrer Karl Dürr und Otto Hof.

Aus diesem Kreis heraus ist anhand der Diskussion und in Vorbereitung auf die nächste Diskussion eine Denkschrift entstanden, die den Titel hat: "Kirche und Welt. Eine notwendige Besinnung auf die Aufgaben der Christen und der Kirche in unserer Zeit". Diese Denkschrift ist ein Dokument einer theologischen und politisch-ethischen Positionsbestimmung, die eine konsequente Auseinandersetzung mit der Praxis und Theorie des nationalsozialistischen Unrechtsstaates war. Es ist eines der ganz wenigen Zeugnisse aus dieser Zeit, die wir haben. Es ist nicht

die Kampfschrift eines politischen Widerstandes, die politisch-strukturelle Alternativen oder strategisch taktische Ziele und Schritte formuliert, sondern es ist zunächst nur ein "Selbstverständigungspapier" einer Gruppe von Christen, die sich in ihrem religiösen Gewissen und ihrer bürgerlichen Rechtsauffassung verletzt und deshalb herausgefordert fühlt. Wichtig sind die beiden Begriffe religiöses Gewissen und bürgerliche Rechtsauffassung.

Wir fragen nun nach dem Staats- und Politikverständnis dieser rund 20seitigen Denkschrift. So sehr sie eine Ausarbeitung aus dem Raum der Bekennenden Kirche (BK) ist, so überschreitet sie schon die durchgängige Frontlinie.

Wir müssen uns merken: Der Vorwurf an die bisherige Äußerungs- und Handlungspraxis der Bekennenden Kirche ist es, dass sie sich allzusehr um das Kirchesein der Kirche kümmert, nicht aber um das Weltsein der Welt. Der Staat, den die Menschen dieser Zeit vorfinden, ist nicht mehr der Staat, den sie in den meisten theologischen Büchern vor dieser Zeit und in dieser Zeit noch finden können. Dies muß beachtet werden, wenn man den Anspruch erhebt, dass Theologie, dass Glaube etwas mit Wirklichkeit des Menschen zu tun hat. Der Staat ist ein totalitärer Weltanschauungsstaat. Dieser totalitäre Weltanschauungsstaat erfordert eine andere Antwort der Kirche und der Christen, als es in der überkommenen Ethik des Politischen üblich gewesen ist. Im nie abbrechenden Dialog zwischen biblischer Unterweisung und historisch-kritischer Besinnung bildet sich das Gewissen heraus. Mit dem Gewissensbegriff ist der Schlüsselbegriff der Denkschrift gegeben. Es geht um die Bildung des Gewissens. Das Gewissen ist ein offenes Gewissen, das sich immer wieder in der Geschichte erproben muß. Der eigentliche Typ, der durch die Denkschrift angesprochen ist, ist der Laie in weltlicher Verantwortung. Die Theologie der Zeit aber hatte zumeist die professionellen Christen, die Pfarrer und Theologen im Blick. Die Fragestellung wird dabei am Neuen Testament entlang aufgebaut, wobei sie sich systematisch eben genau deswegen an der Gliederung von Luthers "Von weltlicher Obrigkeit" orientiert. Das ist der historische Bezug zur Denkschrift der Freiburger. Zu dieser Schrift gesellt sich eine zweite Schrift Luthers "Von der Freiheit eines Christenmenschen". Aus beiden Schriften speisten sich die Freiburger. Das

kannten sie, das hatten sie vor sich. Aus diesen beiden versuchten sie die Kontinuität und vor allem die Diskontinuität zu formulieren. Alles muß enden in der Unterweisung der Gewissen, damit sich der Christ als Laie in der Welt vernünftig verhalten kann. Historische und biblische Betrachtung sind die Voraussetzung für die eigene verantwortbare Entscheidung in der Gegenwart.

Eine Konsequenz der Exegese ist diese: "Der Christ hat also der Obrigkeit keineswegs 'bedingungslos' untertan zu sein, sondern er hat immer nach dem Verhältnis zu fragen, in dem die Anordnungen der Obrigkeit zu der taxis stehen".¹ Der Kirche ist das Amt des Wortes, der Obrigkeit das Amt des Schwertes übergeben. Darum endet der Gehorsam gegen die Obrigkeit da, wo die Freiheit des Evangeliums beginnt. Da beginnt aber auch das Leiden der Christen. "Das Neue Testament schließt Erhebung der Waffen und politisch revolutionäre Haltung gegen eine unchristliche Obrigkeit unbedingt und kompromißlos aus ... wohl aber hat der Christ die Pflicht, offensichtlich widergöttlichen Geboten der Obrigkeit zu widerstehen".²

Luther hat die Notwendigkeit und Zuständigkeit der Obrigkeit beschrieben. Die Obrigkeit hat ihre Funktion und Rolle: für Recht und Frieden zu sorgen. Dabei ist auch die Obrigkeit zum Gegenstand der öffentlichen Verkündigung in der Predigt zu machen. Dabei ist festzuhalten: "Die Lage der Kirche in der Gegenwart ist dadurch von der Reformationszeit gänzlich verschieden, dass sie

1. wenn sie ihre Stimme erhebt, nicht mehr darauf rechnen kann, vom ganzen Volk als eine selbstverständliche Autorität anerkannt und gehört zu werden;
2. dass sie in einem früher unvorstellbaren Maße gehindert werden kann, in der Öffentlichkeit überhaupt vernommen zu werden; ...
3. dass ihrem Anspruch auf Gültigkeit ihrer Maßstäbe der totalitäre Anspruch des modernen Staates auf Allgemeingültigkeit seiner Maßstäbe gegenübersteht, und dass ein öffentliches Geltendmachen des kirchlichen Maßstabes unter Umständen bedroht wird mit der Vernichtung kirchlicher Verkündigung überhaupt.
4. Eine unmittelbare Vermahnung der Obrigkeit, wie sie mehrfach von der Bekennenden Kirche versucht worden ist, hat bisher niemals bis zur entscheidenden Stelle vordringen können, und hat so gut wie gar keine Aussicht, in Zukunft gehört zu werden, geschweige denn zu wirken oder gar zu wirken.
- 5.... Das hängt damit zusammen, dass heute die weltliche Obrigkeit ... bewußt der Verkündigung christlicher Offenbarung eine eigene 'Weltanschauung' entgegensetzt ...

Aus dieser Lage ergibt sich notwendig, dass jeder Versuch scheitern muß, die Frage unseres prakti-

schen Verhaltens gegenüber 'Welt' und Obrigkeit dadurch zu lösen, dass wir uns nach irgendwelchen historischen Vorbildern umschauchen. Gott hat uns in eine neue Lage gestellt, für die es kein historisches Vorbild gibt, und er erwartet von uns, dass wir uns nun selbst fragen, wie im Gehorsam gegen sein Gebot in dieser Lage zu handeln ist."³

Interessant ist dies, weil hier im Jahre 1938 formuliert wird, dass die totalitären Ansprüche des Staates mit der kirchlichen Verkündigung von Gesetz und Evangelium von Grund her in Widerspruch stehen. Der Staat nimmt Kritik der Kirche nicht zur Kenntnis. Er stellt eine eigene Weltanschauung der Verkündigung christlicher Offenbarung entgegen. Er erhebt einen Absolutheitsanspruch auf das ganze Volk und alle institutionellen und personalen Wirklichkeiten. Damit steht aber die Kirche vor einer völlig neuen und analogielosen geistig-politischen Lage. Sie ist mit einem absoluten Wahrheitsanspruch konfrontiert.

In der Analyse wird festgehalten: "Wir stehen vor Symptomen einer ständig wachsenden Gottentfremdung, Selbstgerechtigkeit und Selbstüberhebung der Menschen, die nachgerade niemand mehr in ihrer erschreckenden Bedeutsamkeit übersehen kann. ...

1. Wenn bedingungsloser Gehorsam gegen Menschen gebot gefordert wird, ohne Vorbehalt des göttlichen Gebots, und schrankenlose, religionsartige Verehrung Menschenwesen entgegengebracht wird, so heißt das Gottes Ehre und unbedingten Herrschaftsanspruch, wie ihn das erste Gebot verkündigt, gröblich verletzen.
2. Auch die äußere Form des Volksaufbruchs ist in Gottes Augen keine Entschuldigung dafür, dass die Gebote der zweiten Gesetzestafel gröblich übertreten, Mitmenschen schwer an Leib und Leben geschädigt, ihrer Güter und gar ihres Heiligsten beraubt werden.
3. Die biblische Einsicht, dass alle Menschen ohne Unterschied der Rassen vor Gottes Augen Sünder sind, macht dem Christen die uneingeschränkte Selbstverherrlichung des eigenen Volkstums ebenso unmöglich wie die unterschieds- und schrankenlose Verurteilung fremder Volksart und aller ihrer Erbeigenschaften als minderwertig oder gar verbrecherisch.

... Wo das Bewußtsein schwindet: "mit unserer Macht ist nichts getan", wo der Mensch nicht mehr unter dem Gericht Gottes steht, wo er nicht mehr in letzter Verantwortung vor einem göttlichen Willen handelt, sondern aus der vermeintlichen Vollkommenheit eigener Einsicht und vermeintlichen Grenzenlosigkeit seines schöpferischen Willens, da beginnt er unter die Herrschaft der Dämonen zu geraten. Die christliche Kirche hat nicht Politik zu predigen, nicht

irgend eine Staatsform als angeblich von Gott geboten der Welt aufzudrängen, oder irgend eine andere Staatsform als widergöttlich zu bezeichnen. Sie weiß, dass alle Staaten und Staatsformen Menschenwerk sind... Wohl aber hat die Kirche zum eigentlichen und Hauptinhalt ihrer Predigt: dem Menschen, auch dem politisch handelnden Menschen, immer wieder ins Bewußtsein zu rufen, dass all sein Handeln unter Gottes Gericht steht, dass alle Herrlichkeit des Menschen nichts ist vor Gott, dass wir alle der Erlösung bedürfen, und dass wir uns diese nicht verdienen können aus eigener Kraft, sondern dass sie uns allein aus Gnaden geschenkt wird."⁴ In dieser Situation hört man neu auf das, was die Schrift zu sagen hat in ihrer Ganzheit.

Feststellen läßt sich: Im Jahre 1938 ist wie kaum an anderen Stellen im deutschen Protestantismus so realitätsnah und konsequent theologisch argumentiert worden wie in dieser Denkschrift. Es erstaunt deshalb, dass diese Denkschrift so wenig in das kollektive Gedächtnis unserer Kirche eingegangen ist.

Diese Denkschrift impliziert ein Politik- und Staatsverständnis, das in der Tendenz die stärkste Infragestellung des NS-Systems gewesen ist. Und dies geschah in Rückgriff auf reformatorische Theologie und Ethik. Der Staat wird von der Kirche – konsequent gedacht – an seine Grenzen gemahnt. Dieses theologisch-ethische Verständnis von Politik und politischer Ordnung ist Verweigerung des Gehorsams gegenüber den Kriterien und der Praxis des totalitären Weltanschauungsstaates. ... Biblische Befunde und historische Analysen haben hier die Funktion, die bestehende Form der Staatlichkeit und die Inhalte ihrer Politik als dämonische Mächte, die nur noch sich selbst wollen und jeden Dienstauftrags entkleidet sind, zu entlarven. Das Gegenteil des Verantwortbaren ist damit Struktur und Ereignis geworden. Die übliche Harmlosigkeit, über ein gutes Regiment zu reden, ist damit zerschlagen. ...

Der deutsche Protestantismus bedurfte anscheinend der Erfahrung dieser zügellosen Staatsomnipotenz, um zu einer realistischen und gleichzeitig prophetisch wachsamem Einschätzung staatlicher Macht zu gelangen. Das hatte er nicht gelernt. Er war nämlich nicht religio licita, sondern auch die privilegierte Religion – durch Jahrhunderte hindurch. Dies war ein Lernprozeß für den deutschen Protestantismus. Der Lernprozeß ist 1938 an einen relativen Höhepunkt gelangt. Texte wie die erste Denkschrift sind also Meilensteine auf dem Wege zu einer kritischen Distanz gegenüber säkularistischen Selbstverwirklichungstheorien auf einer weltanschaulichen Grundlage. Und dies ist der Nationalsozialismus. Alle Selbstverwirklichungstheorien führen ins Chaos, weil,

wenn man "Selbstverwirklichung" ernst nimmt, jede Möglichkeit des Einspruchs oder der Anbindung an das Wort außerhalb von mir selbst verweigert ist und damit der Staat ein organisierter Gegenspieler von Humanität und Gerechtigkeit werden kann.

Die Kirche muß mit der Auslegung der Schrift in die Zeit hinein und aus der Zeit heraus sprechen. Ihre öffentliche Aufgabe ist ihre Aufgabe als solche. Allein so erfolgt eine Auslegung in die Existenz, in die aktuelle Zeit hinein. Die Christen müssen ermahnt werden, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. Zum protestantischen Standardkapitel nun von Römer 13 entwickeln die Freiburger dieses Kriterium: Römer 13 darf nicht benutzt werden als Deckmantel menschlicher Bedenklichkeiten und Ängstlichkeiten. Menschliche Furcht darf dem klaren göttlichen Gebot nicht im Wege stehen. Anders hätte die Kirche keine Verheißung mehr. Sie würde sich dann zu jenen gesellen, die in ständigen Rückzugsgefechten eine moralische Position nach der anderen räumen. Auch darf man sich nicht von dem Vorwurf schrecken lassen, in politische Fragen einzugreifen. Der Begriff des Politischen wird ja von totalitärer Staatsanschauung so weit gefaßt, dass überhaupt keine Lebensäußerung mehr möglich ist, ohne politische Dinge zu berühren. Im totalitären Staat ist alles Politik.

Das "Freiburger Luthertum" ist in der theologischen Denkstruktur und der politisch-ethischen Dimension dem geschichtlichen Luther unendlich viel näher als das zeitgenössische kirchlich-konfessionelle Luthertum.

Gerhard Ritter, der Luther- und Reformationskenner, hat mit dem durchschnittlichen zeitgenössischen Luthertum nicht viel anfangen können. Es war für ihn, dieses Luthertum, ohne Gewissensorientierung in Fragen der politischen und sozialen Lebensgestaltung geworden. Dieses Luthertum hatte gerade das verloren, was unter Luther einst entwickelt wurde, nämlich die Unterweisung der Gewissen, die Einübung in weltliche Mitverantwortung der Christen als weltlichen Laien. Man billigte dem Hitlerstaat noch Staatlichkeit zu, als längst der bewußte Abschied von Rechts- und Kulturstaatlichkeit vollzogen war und nur noch biologistisch-vitalistische Machtstaatlichkeit dominierte. Die Freiburger haben mit ihrer Denkschrift im Rückgriff auf Luther den Weg in eine eigenverantwortete und eigengeprägte Widerstandsform gefunden. Sie konnten wenige Jahre später unter veränderten Bedingungen des Krieges an ihre Grundüberlegungen aus 1938 anknüpfen, als sie dann 1942 begannen, ihre zweite, größere Denkschrift zu konzipieren.

Was diese Männer und Frauen alle einbringen,

ist ein bestimmter Standard an christlich-humanistischer Bildung, an theologischer Kompetenz, an historischem Wissen und an einzelfachlicher Kompetenz. Wir haben hier ein gesammeltes Gewissen deutscher Gelehrsamkeit beieinander.

Bereits ein Blick in die Einleitung gibt darüber Auskunft: "Von der Sorge um ihre Selbstbehauptung bedrängt, gerät sie (die Bekennende Kirche) in die Gefahr, die große brennende Frage: "Kirche und Welt" allzu einseitig vom Standpunkt des kirchlichen Regimentes und seiner Nöte zu betrachten und darüber die nächste und dringende Aufgabe zu versäumen: dass sie ihren Gliedern Anweisung gibt, wie sich der Christ verhalten soll gegenüber den Forderungen eines Staates, der weit mehr als den bloßen Untertanengehorsam früherer Zeiten von ihm erwartet: der alle seine Staatsbürger zu einer 'weltanschaulichen' Gesinnungsgemeinschaft zusammenschließen will und der aus dem Geist dieser staatlichen Weltanschauung heraus ganz bestimmte, tief in das sittliche Leben einschneidende Forderungen an ihn stellt." (5)

Hier wird deutlich, dass es sich bei der Denkschrift um ein anderes Koordinatensystem handelt, als es in Schriften der BK vor dieser Zeit zu finden ist.

Das Denken der Freiburger wird hieran offensichtlich: ich stehe in einer Tradition, aber mit der Tradition komme ich nicht in die Zukunft. Aber ohne die Tradition und ihre Hineinnahme kann ich auch nicht sinnvollerweise eigene neue Verantwortungsformen finden.

In der exegetischen Entscheidung folgt man in der Denkschrift dem Aufsatz von Günter Dehn: Engel und Obrigkeit. (*Aus der Festschrift für Karl Barth 1936.*)

Hier kommt Luthers Auslegung des 82. Psalms zum Tragen. Die Lage der Kirche allerdings ist gänzlich verschieden zu der in Luthers Zeit. Die Kirche besitzt kaum noch öffentliche Relevanz in der Zeit des Dritten Reiches. Wenn man Zeitungen liest aus dieser Zeit, kommt die Kirche überhaupt nicht mehr vor, sie verschwindet schon 1934/35. Von einer öffentlichen Relevanz wie in der Weimarer Zeit kann man nicht mehr reden. Denn die totalitären Ansprüche des modernen Staates stehen grundsätzlich in Gegensatz zur kirchlichen Verkündigung.

Wenn die Synagogen brennen, dann ist es nur eine Frage der Zeit, wann auch die Kirchen brennen. Denn das Ziel des NS-Kulturpolitik war die Auslöschung des christlich-jüdischen Tradition schlechthin.

Die Gebote erhalten allein beim Zitieren eine politische Grundbedeutung. Denn wenn man das Führertum, die Selbstüberhebung als religionsartige Verehrung bezeichnet, hat man religiösen Boden betreten.

Mit dämonisch ist nichts weiter gemeint als der Mensch, der sich aus der Ordnung Gottes weg entwickelt, der Mensch in seiner Perversion. Die Perversion beginnt mit der eigenen Selbstanbetung.

Hier ist in der Anthropologie der Ort, wo zurückgegriffen wird auf die lutherische Rechtfertigungslehre, die Rechtfertigungslehre in ihrer anthropologischen Funktion. Hier ist eine radikale Analyse des Zeitgeistes unter den Bedingungen einer weltanschaulichen, politischen und pädagogischen Diktatur gegeben. Wird erkannt, dass der totalitäre Gesinnungs- und Handlungsstaat nicht mehr in der Kontinuität der vergangenen Ordnungswelten, dass also die eigene Gegenwart ohne geschichtliche Analogie ist, so muß die jetzige Christenheit im völlig neuen Hören auf die Schrift ihre unverwechselbaren aktuellen Antworten geben.

Daraus ergibt sich die Frage, warum die Kirchengeschichtsschreibung in der Regel die Geschichtsschreibung von Theologie und Theologen ist und kaum die Geschichtsschreibung von christlichen Laien in weltlicher Verantwortung. Den Charme des deutschen Protestantismus hat bis zu dieser Zeit immer der christliche Laie ausgemacht. Die Laien des Freiburger Kreises freilich sind theologisch gebildete Laien und damit verschieden von anderen Laien.

(1) Denkschrift "Kirche und Welt". Zitiert nach: Gerhard Ritter, hrsg. von Klaus Schwabe und Rolf Reichardt, Boppard am Rhein 1984, S. 639.

(2) A. a. O., S. 644.

(3) A. a. O., S. 648 f.

(4) A. a. O., S. 649 f.

(5) A. a. O., S. 636.

Für die Tagung in Arnoldshain wurden Kopien der beiden Freiburger Denkschriften angefertigt. Von diesen Kopien sind noch einige Exemplare vorhanden. Sie können bei der Redaktion (Adresse siehe Impressum) zum Selbstkostenpreis von DM 20,- (incl. Porto) angefordert werden.

Die Bekennende Kirche und die Impulse Dietrich Bonhoeffers für die Freiburger Denkschrift

von Karl Martin

Einleitung: Was heißt "Politik möglich machen"?

In dem Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland von Februar 1997 heißt es gleich am Anfang: "Die Kirchen wollen nicht selbst Politik machen, sie wollen Politik möglich machen." Obwohl dieser Satz mißverständlich ist, möchte ich an ihn anknüpfen. Er würde klerikal mißverstanden, wenn man aus ihm herauslesen wollte, dass Politik sich nur mit Zustimmung und in den Grenzen des von der Kirche Erlaubten realisieren dürfe. Gemeint ist etwas anderes. Zu den Bestimmungsfaktoren von Politik gehören die Werthaltungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger. Der kirchliche Beitrag in der Gesellschaft ist umso wirkungsvoller, "je mehr es ihm gelingt, Einstellungen und Verhaltensweisen zu verändern und dadurch die politischen Handlungsspielräume zu erweitern". Politik kann selbstverständlich und findet auch faktisch weithin ohne die Rückkoppelung mit Kirche statt. Die spezifische Chance der Kirche besteht jedoch darin, zur Veränderung der eh und je schon stattfindenden Politik beizutragen.

Genau an diesem Punkt hat der Freiburger "Bonhoeffer-Kreis" mit seiner im Januar 1943 beendeten Denkschrift "Politische Gemeinschaftsordnung - Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit" eine wichtige Arbeit geleistet. Er hat - um einen modernen Begriff zu verwenden - "neues Denken" eröffnet - und dies in einer Zeit, die in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich war: Die Politik des Staates steuerte auf eine Katastrophe zu. Die Diktatur stellte selbständiges Denken von seinem Ansatz her unter Konspirationsverdacht. Politikalternativen von unabhängigen Gruppen konnten nur im Widerstand entwickelt werden. Es ging bei der Freiburger Denkschrift um eine zukünftige "politische Gemeinschaftsordnung". Sie enthielt Grundüberlegungen für den staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau

nach dem Kriege. Diskutiert wurden nicht nur partielle Veränderungen und Anpassungen. Ein grundsätzlicher Systemwechsel wurde ins Auge gefaßt. Allen war klar, dass das Alte werde vergehen müssen, ehe Neues werden entstehen können. Ungewiß war lediglich, ob ein Tyrannenmord den Wechsel beschleunigen werde oder das bittere Ende der Kriegsniederlage abzuwarten sei.

Einen wichtigen Anteil an der Entstehung der Freiburger Denkschrift hatte Dietrich Bonhoeffer. Von ihm gingen entscheidende Impulse aus. Bei ihm liefen vielfältige Fäden zusammen. Bonhoeffer hat die Ausarbeitung einer kirchlichen Denkschrift angeregt und begleitet. Er hat theologische Bedenken gegen eine derartige Untergrundtätigkeit beiseite geräumt, ethische Grundmotivationen freigelegt sowie Risikobereitschaft und Mut zu verantwortlichem Denken und Handeln durch sein persönliches Vorbild gefördert. Insofern ist Bonhoeffer der eigentliche "Ermöglicher" der Denkschrift - in seiner Person und durch sie hindurch hat Ermöglichung von Politik konkret stattgefunden.

Die Arbeitsgemeinschaft Freiburger Professoren, die die Denkschrift verfaßt hat, ist später der Freiburger "Bonhoeffer-Kreis" genannt worden. Die Herausgeber des Bandes 16 der Dietrich Bonhoeffer Werke "Konspiration und Haft 1940-1945" merken dazu an:

"Daß man später diese Arbeitsgemeinschaft Freiburger Professoren als 'Bonhoefferkreis' bezeichnet hat, erweist sich bei näherer Betrachtung als nicht recht begründet." M.E. unterschätzen die besagten Herausgeber mit ihrer Skepsis gegen den Begriff "Bonhoeffer-Kreis" die Rolle, die Bonhoeffer in diesem Zusammenhang gespielt hat. Da er die menschlichen Verbindungen für die Aktion geknüpft, die mentalen Voraussetzungen im Bereich der christlich-theologischen Ethik vertieft und den ökumenisch-kirchlichen Aktionskontext für die Arbeit an der Denkschrift hergestellt hat, wird der Arbeitskreis nicht ohne Grund nach seinem Initiator benannt.

"Die Kirchen wollen nicht selbst Politik machen, sie wollen Politik möglich machen."

**Teil I:
Der Nationalsozialismus, die Bekennende Kirche
und die Entdeckung der freien Verantwortung hin
zur Tat**

Der Nationalsozialismus war ein menschenverachtendes, totalitäres Herrschaftssystem. Die verfaßte Amtskirche mit ihrer landeskirchlichen Gliederung erwies sich weitgehend als unfähig, dieser Ideologie zu widerstehen. In dieser Defizitsituation entstand die Bekennende Kirche. Mit der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 fand sie zu einem gültigen, über die damalige Zeit hinausweisenden Selbstverständnis. Auf der einen Seite konzentrierte sich die Barmer Theologische Erklärung auf die Mitte des Glaubens in Jesus Christus, wie er "in der Heiligen Schrift bezeugt wird", als dem einen und einzigen "Wort Gottes". Auf der anderen Seite bezeugte sie Gottes kräftigen "Anspruch auf unser ganzes Leben". In diesen Anspruch Gottes wird der Staat ausdrücklich einbezogen. Er wird "an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten" erinnert.

Dietrich Bonhoeffer war ein entschiedener Befürworter der Bekennenden Kirche. Die Barmer Theologische Erklärung hielt er für einen notwendigen Schritt in die richtige Richtung. Die Anhänger der Bekenntnisbewegung mußten zu einem persönlichen Risiko bereit sein. Es gehörte Überzeugungsstärke dazu, die öffentlichen Verdächtigungen und den Entzug von Privilegien bis hin zu beruflicher Benachteiligung und Ausgrenzung auszuhalten. Dennoch war Dietrich Bonhoeffer der Meinung, dass die Bekennende Kirche den entscheidenden Schritt vom Bekenntnis zur Tat nicht gewagt habe. Sie klammerte sich seiner Meinung nach immer noch primär an ihre Selbsterhaltung und war deswegen nicht wirklich frei zum Zeugnis und zum Dienst. In der Frage des Kriegsdienstes verpflichtete sie die Kirchenmitglieder durch Erklärungen und Verlautbarungen zur Loyalität gegenüber der nationalsozialistischen Regierung. In der Frage der Judenverfolgung blieb ihr Mund für die Verfolgten - von wenigen Ausnahmen abgesehen - stumm.

Den Weg Dietrich Bonhoeffers vom aufstiegsorientierten Bildungsbürger über den engagierten, Karriereverluste hinnehmenden Christen in der Beken-

nenden Kirche zum tatbereiten Zeitgenossen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus hat Eberhard Bethge in seiner berühmten Bonhoeffer-Biographie nachgezeichnet. Darüber hinaus gibt es einen Text von Bonhoeffer selbst "an der Wende zum Jahr 1943", der in einem autobiographischen Rückblick den Überschritt zur Tat als eine notwendige Befreiung beschreibt. Der Text in dem Buch "Widerstand und Ergebung" trägt die Überschrift "Nach zehn Jahren". Er ist den Mitverschwörern Hans von Dohnanyi und Hans Oster sowie dem Freund Eberhard Bethge zu Weihnachten 1942 zugebracht, um sie des gemeinsamen Weges zu vergewissern. Bonhoeffer führt aus: "Wir Deutschen haben in einer langen

"Es mußte sich herausstellen, dass eine entscheidende Grunderkenntnis dem Deutschen noch fehlte: die von der Notwendigkeit der freien, verantwortlichen Tat auch gegen Beruf und Auftrag."

Geschichte die Notwendigkeit und die Kraft des Gehorsams lernen müssen. ... Wer wollte dem Deutschen bestreiten, dass er im Gehorsam, im Auftrag, im Beruf immer wieder das Äußerste an Tapferkeit und Lebens-einsatz vollbracht hat? ... Aber er hatte damit die Welt verkannt; er hatte nicht damit ge-

rechnet, dass seine Bereitschaft zur Unterordnung, zum Lebens-einsatz für den Auftrag mißbraucht werden könnte zum Bösen. Geschah dies, wurde die Ausübung des Berufes selbst fragwürdig, dann mußten alle sittlichen Grundbegriffe des Deutschen ins Wanken geraten. Es mußte sich herausstellen, dass eine entscheidende Grunderkenntnis dem Deutschen noch fehlte: die von der Notwendigkeit der freien, verantwortlichen Tat auch gegen Beruf und Auftrag. An ihre Stelle trat einerseits verantwortungslose Skrupellosigkeit, andererseits selbstquälerische Skrupelhaftigkeit, die nie zur Tat führte. ... Die Deutschen fangen erst heute an zu entdecken, was freie Verantwortung heißt. Sie beruht auf einem Gott, der das freie Glaubens-wagnis verantwortlicher Tat fordert und der dem, der darüber zum Sünder wird, Vergebung und Trost zuspricht."

Die Entdeckung der freien Verantwortung hin zur Tat war der entscheidende Lernschritt im Berufs- und Glaubensleben Bonhoeffers. Bonhoeffer behielt diesen Lernschritt nicht für sich, sondern vermittelte ihn - soweit es ihm möglich war - an andere weiter. Ein wichtiges Beispiel dafür ist der Freiburger "Bonhoeffer-Kreis". Seine Mitglieder waren durch die "Vorgänge des Herbstes 1938 (erstes Wetterleuchten eines europäischen Krieges, neue Judenverfolgung, Zerstörung aller Synagogen und parteiamtlich organisierte Plünderungen)" in ihrem Gewissen aufge-

schreckt worden. Sie hatten sich zusammengefunden, um gemeinsam über die "Grenzen" der "Unterordnung des Christen unter die weltliche Obrigkeit" nachzudenken. Sie bewegte die Frage, welche Aufgaben der christlichen Predigt "angesichts offener Mißachtung und Verletzung göttlicher Gebote" erwachsen. Der Überschnitt zur Tat, an den sich die Gruppe bereits durch mehrjährige Diskussionen dicht herangearbeitet hatte, wurde schließlich durch die Begegnung mit Dietrich Bonhoeffer ausgelöst. Er wird die neue Perspektive eingebracht haben, dass nicht ein zur Besinnung kommender Nationalsozialismus, sondern ein Ende des Regimes der Ziel- und Ausgangspunkt der Überlegungen zu sein habe. Es gibt nicht nur eine Gottunmittelbarkeit des Glaubens, sondern auch eine des Tuns, die sich in freier Verantwortung manifestiert. Bonhoeffer konnte der Gruppe eine Handlungsoption eröffnen, die in einen bereits existierenden Handlungskontext eingebettet war. Den Mitgliedern der Gruppe wurde es ermöglicht, in einem Zusammenhang tätig zu werden, der ihre Fähigkeiten positiv abrief und von ihnen als sinnvoll, wenn auch risikoreich wahrgenommen wurde.

Teil 2: Die Ökumene und die Peace-Aims-Groups während des Krieges

Mit dem Aufkommen von Nationalismus und Totalitarismus in Europa wurde die Bedeutung der ökumenischen Bewegung als einer zwischenkirchlichen Kommunikationsebene immer wichtiger. Die Kirchen gehörten zu den wenigen Institutionen, die grenzüberschreitende Kontakte pflegen und eine internationale Zusammenarbeit organisieren konnten. Bis in die 30er Jahre bestand die ökumenische Bewegung aus mehreren selbständigen Arbeitszweigen. Zwei davon, die Bewegung für Praktisches Christentum und die Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung, hatten sich in den letzten Jahren zunehmend einander angenähert. Dies führte schließlich zu der Absicht, einen "Ökumenischen Rat der Kirchen" (ÖRK) zu bilden, in dem beide Bewegungen aufgehen sollten. Auf der Weltkonferenz für Praktisches Christentum vom 12.-26. Juli 1937 in Oxford sowie auf der Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung vom 3.-18. August 1937 in Edinburgh wurden die entsprechenden Beschlüsse gefaßt.

Im Mai 1938 trat die Konferenz von Utrecht zusammen, die sich speziell mit der Gründung des ÖRK befassen sollte. Für die Geschäftsführung bis zum Zusammentritt der ersten Vollversammlung des ÖRK wurde ein sogenannter "Vorläufiger Ausschuß" gebildet, in den die Bewegungen für Praktisches

Christentum und für Glauben und Kirchenverfassung ihre Vertreter entsandten. Der Ausschuß "wählte den Erzbischof von York (Temple) zum Vorsitzenden, Dr. John R. Mott, Erzbischof Germanos und Dr. Marc Boegner zu stellvertretenden Vorsitzenden. Ein Verwaltungsausschuß unter dem Vorsitz von Dr. Marc Boegner wurde ernannt. Dr. W. A. Visser't Hooft wurde aufgefordert, das Generalsekretariat zu übernehmen, und Dr. William Paton und Dr. Henry Smith Leiper, beigeordnete Generalsekretäre zu werden." Ein weiteres Mitglied in dem Ausschuß war der Bischof von Chichester George Kennedy Allen Bell. Der "Vorläufige Ausschuß" war die eigentliche Handlungs- und Entscheidungszentrale der ökumenischen Bewegung vor und während des Krieges bis zur ersten Vollversammlung des ÖRK 1948 in Amsterdam. In dem "Vorläufigen Ausschuß" waren alle jene Personen vertreten, über die Bonhoeffer seine ökumenischen Kontakte ausbaute und deren Initiativen - über Bonhoeffer vermittelt - in die Vorgeschichte und in den Handlungskontext der Freiburger Denkschrift hineingehören.

Als sich Ende 1938/Anfang 1939 die dunklen Kriegswolken immer drohender am Horizont zusammenzogen, schrieb der Generalsekretär des "Vorläufigen Ausschusses" Visser't Hooft am 23.3.1939 an den Vorsitzenden des "Vorläufigen Ausschusses" Erzbischof Temple und schlug diesem vor, "Richtlinien für die ökumenische Bewegung in Kriegszeiten" auszuarbeiten. Visser't Hooft legte dar: "In Kriegszeiten bringt die ökumenische Aufgabe der Kirche die folgenden Verpflichtungen mit sich:

1. Die Aufgabe des Gebets und der lautereren Verkündigung des Wortes Gottes.
2. Die Aufgabe, brüderliche Beziehungen mit Kirchen in allen Ländern aufrechtzuerhalten.
3. Die Aufgabe, einen gerechten Frieden vorzubereiten."

Es mag merkwürdig anmuten, dass von der Vorbereitung eines gerechten Friedens gesprochen wird, ehe der Krieg überhaupt ausgebrochen ist. Aber die Entwicklung hat solchen Überlegungen recht gegeben. Es war realistisch, sich so früh auf den Beginn der Katastrophe einzustellen. Visser't Hooft nennt in seiner Autobiographie "Die Welt war meine Gemeinde" die Motive seines Engagements: "Im Ersten Weltkrieg hatten die Christen jämmerlich vor dem Auftrag versagt, 'die Kirche zu sein, stets vereint als der Eine Leib Christi'." Es war sein Anliegen, dass sich ein solches jämmerliches Versagen nicht noch einmal wiederholen sollte.

Erzbischof Temple stimmte der Initiative seines Generalsekretärs zu. Für Mitte Juli 1939 lud er zu einer kleinen internationalen Konferenz nach Genf

ein, "um zu prüfen, was die Kirchen und was der einzelne Christ tun könne, um die näher rückende Kriegsgefahr zu bannen und die Welt einer wirksamen internationalen Ordnung näherzubringen". Etwa fünfzehn Laien mit gründlicher Kenntnis internationaler Angelegenheiten und fünfzehn Theologen und Kirchenführer versammelten sich zu gemeinsamer Diskussion. Der Konferenzbericht "Die Kirchen und die internationale Krise" wurde allen Mitgliedskirchen übersandt. In den folgenden Jahren und insbesondere während des Krieges wurde er "zum Ausgangspunkt der ökumenischen Diskussion über Friedensziele und internationale Ordnung". Er "setzte einen Prozeß in Gang, der zur Bildung der britischen 'Studien-Gruppe für Friedensziele' (Peace Aims Group) und der amerikanischen 'Kommission für einen gerechten und dauerhaften Frieden' (Commission On Just and Durable Peace) führte." Da der Freiburger "Bonhoeffer-Kreis" als die deutsche Peace-Aims-Group von Bonhoeffer angeregt und ins Leben gerufen wurde, markiert der Abschlußbericht der Julikonferenz 1939 in Genf den theologischen und politischen Hintergrund, auf dem die Freiburger Denkschrift gesehen und interpretiert werden muß.

Wegen seiner weitausgreifenden Folgewirkungen ist es zweckmäßig, den Inhalt des Konferenzberichtes mit wenigen Stichworten zu skizzieren. Die Julikonferenz unternahm den Versuch, den Entwurf einer internationalen Ordnung aus christlicher Verantwortung vorzulegen. Da Kriege ihre Ursachen in nationalen Egoismen sowie in innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Ungerechtigkeiten haben, können sie nur durch die Aufrichtung einer tragfähigen internationalen Ordnung überwunden werden. Dieser Denkansatz verdient sowohl bei Bemühungen zur Verhinderung eines Kriegsausbruches als ggf. bei Anstrengungen für einen gesellschaftlichen, staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Ende einer Kriegskatastrophe Beachtung. Der Konferenzbericht macht sich hinsichtlich der gestellten Aufgabe keine Illusionen: "Die Aufgabe, die Welt der Politik unter die Herrschaft der göttlichen Gebote zu bringen, ist ungeheuer schwer." Dennoch gehe es nicht ohne "gewisse grundlegende Prinzipien" als Maßstab der Ordnung und des Verhaltens: "Zu ihnen gehören notwendig der Grundsatz der gleichen Würde aller Menschen, die Ehrfurcht vor dem Leben, die Anerkennung der Tatsache, dass wir für Heil und Unheil aller Völker und Rassen der Erde gemeinsam haften, die Achtung vor dem gegebenen Wort, und die Erkenntnis, dass der Macht jeder Art, politischer wie wirtschaftlicher, immer eine Verantwortung gleichen Umfangs entspricht."

Was den Machtmißbrauch auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen betrifft, so beklagt der

Bericht, dass "oft eine große Ungleichheit in der Stärke der (gemeint: am wirtschaftlichen Leben beteiligten; K.M.) Parteien besteht. Internationale Wirtschaftsbeziehungen, bei denen die Verhältnisse oft den Mißbrauch der Macht sehr leicht machen, wo die Herrschaft über Rohstoffe, Kapitalbewegungen und Märkte sehr ungleich verteilt sein kann, stellen ein besonders gefährliches Feld dar und verlangen die Aufmerksamkeit der Christen." Es müsse darum gehen, "ein Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung aller Nationalwirtschaften füreinander und der Verantwortung der Menschheit für die ganz Erde" zu wecken. "Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen halten wir es für notwendig und möglich, das Wirtschaftsleben der Welt auf eine sicherere Grundlage zu stellen. Die enge Verbindung, die heute in den meisten Kulturländern zwischen Wirtschaftsleben und Sozialpolitik besteht, hat die nationale Wirtschaft zu einer Einheit gemacht, die alle an den internationalen Wirtschaftsbeziehungen Interessierten bald mehr, bald weniger in Rechnung zu setzen haben. Es kann z. B. sein, dass Länder mit einer irgendwie entwickelten Planwirtschaft nicht wieder zu der alten Laisser-faire-Politik zurückkehren werden, die ihre sozialen Probleme nicht zu lösen schien. Es gibt aber keinen vernünftigen Grund, warum die Beziehungen zwischen solchen Planwirtschaften unnachbarlicher Art sein müßten."

Auffallend an den Formulierungen des Konferenzberichtes ist die Verwendung des Begriffs der "Verantwortung". Nimmt man alle Stellen zusammen, in denen der Begriff "Verantwortung" oder - manchmal bedeutungsgleich - der Begriff der "Verpflichtung" auftaucht, "so wird deutlich, wie hier die ersten Ansätze für den später für die ökumenische Sozialethik so wichtigen Begriff der 'verantwortlichen Gesellschaft' liegen." Die Gründungskonferenz des ÖRK in Amsterdam 1948 definierte sie dann so: "Eine verantwortliche Gesellschaft ist eine solche, in der die Freiheit die Freiheit von Menschen ist, die sich für Gerechtigkeit und öffentliche Ordnung verantwortlich wissen, und in der jene, die politische Autorität oder wirtschaftliche Macht besitzen, Gott und den Menschen, deren Wohlfahrt davon abhängt, für ihre Ausübung verantwortlich sind." Es ist bekannt, dass die Freiburger Denkschrift als ein Beitrag für die Gründungskonferenz des ÖRK konzipierte wurde. Die Ausarbeitungen der Freiburger sind in das Amsterdamer Konzept einer "verantwortlichen Gesellschaft" mit eingeflossen. In der Freiburger Denkschrift ist der Begriff der Verantwortung an zentraler Stelle aufgenommen: "Handeln aus dem steten Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und Handeln aus Liebe zu Gott und (was daraus folgt) zu den Mitmenschen ist die Summe der christlichen Ethik." Dietrich Bonhoeffer hat den Begriff der "Verantwortung" in seiner

Ethik einer gründlichen Analyse unterzogen. Es ist selbstverständlich, dass sich Bonhoeffer mit den Freiburgern über diesen zentralen Begriff verständigt haben wird.

Teil 3:

Bonhoeffers Gedanken zu William Patons Schrift "The Church and the New Order"

"Bei der Aufarbeitung der Julikonferenz (1939 in Genf; K.M.) über internationale Fragen wurden große Fortschritte erzielt, als es William Paton gelang, in England die 'Gruppe für Friedensziele' (Peace Aims Group) mit so hervorragenden Persönlichkeiten wie Arnold Toynbee, Sir Alfred Zimmern und dem Präsidenten des Balliol-College, A. D. Lindsay, ins Leben zu rufen". Nach etwa zwei Jahren konnten einige Diskussionsbeiträge aus dem Umfeld der englischen Peace Aims Group veröffentlicht werden. William Patons Buch "The Church and the New Order" erschien im Juli 1941 bei der SCM Press in London. In den Jahren 1941/42 "wurde das von W. Paton verfaßte Buch 'The Church and the New Order' (S.C.M. Press, London), in dem der Ertrag der gemeinsamen Arbeit hervorragender britischer Kirchenmänner und Laien zu den grundsätzlichen wie zu den aktuellen Kriegs- und Friedensproblemen zusammengefaßt war, in vervielfältigter Form verbreitet."

Ca. einen Monat später, vom 28. August bis zum 26. September 1941, unternahm Bonhoeffer seine zweite Schweizer Reise. In einem Schreiben an Bischof Bell vom 15.10.1956 erinnert sich Visser't Hooft: "Dietrich kam nach Genf zu einem doppelten Zweck: sowohl um die ökumenischen Verbindungen und den Gedankenaustausch aufrechtzuerhalten als auch um möglichst für die Widerstandsgruppe in Deutschland herauszufinden, welche Friedensbedingungen zu erwarten wären." Bei Visser't Hooft in Genf bekam Bonhoeffer William Patons Buch "The Church and the New Order" in die Hand. Bonhoeffer und Visser't Hooft beschließen, dazu eine Stellungnahme auszuarbeiten und diese an den Leiter des englischen Verlags SCM Press in London Hugh Martin zu schicken. Sie hoffen, dass ihr Text in ökumenischen Kreisen verbreitet und "verantwortlichen Personen in Großbritannien vorgelegt" wird. Auf diese Weise möchten sie die öffentliche Meinung beeinflussen und indirekte Kommunikationsbrücken zwischen den alliierten Regierungen und den Widerstandskreisen in Deutschland herstellen.

Über die Entstehung der Stellungnahme berichtet Visser't Hooft: "Dietrich schrieb zuerst einen deutschen Entwurf über Patons Buch. Wir diskutierten diesen Entwurf, und ich verfaßte eine ausführlichere

Stellungnahme (unter Benutzung seines Entwurfs), die Dietrich las und guthieß." Vom 5.-8. September verläßt Bonhoeffer Genf und zieht sich auf Freudenbergs Feriensitz im Schweizer Wallis zurück, um den von Visser't Hooft erwähnten ersten Entwurf auszuarbeiten. Die Argumentation in seinem Entwurf zielt darauf ab, bei den Regierungen in England und Amerika Bereitschaft zu wecken, mit einer neuen deutschen Regierung, die sich nach einem erfolgreichen Umsturz bilden würde, zu verhandeln. Um anzudeuten, dass die Widerstandskreise in Deutschland mit den Alliierten in der Frage einer künftigen gesellschaftlichen Ordnung einen Konsens finden würden, versichert Bonhoeffer: "Das wenige, das bisher von der großen kirchlichen Diskussion über den new order nach Deutschland gedrungen ist, hat in wichtigen Kreisen der politischen Opposition einen sehr günstigen und starken Eindruck gemacht."

Es schließt sich eine Auseinandersetzung mit den New-Order-Vorstellungen in dem Buch Patons an. Bonhoeffer beginnt damit, Auffassungen zu beschreiben und zu bestätigen, die er für allgemein christlich hält, um dann auf den Begriff der Freiheit einzugehen, der in der angelsächsischen Welt und in Deutschland verschieden gebraucht wird - Bonhoeffer begründet, warum er statt von Freiheit lieber von Verantwortung spricht -. Wie selbstverständlich geht er davon aus, dass sich eine Neue Ordnung in den Grenzen der 10 Gebote Gottes bewegen müsse. "Gott hat in den 10 Geboten die Grenzen offenbart, die nicht überschritten werden dürfen, wenn Christus in der Welt sein soll. Der Dekalog ist negativ gefaßt. Die positiven Gestalten werden durch die lebendige Geschichte hervorgebracht und erfahren ihre Begrenzung und Kritik durch den Dekalog. Eine weltliche Ordnung, die sich innerhalb des Dekalogs hält, wird offen sein für Christus, d.h. für die Verkündigung der Kirche und für das Leben nach seinem Wort. Eine solche Ordnung ist zwar nicht 'christlich', aber sie ist rechte irdische Ordnung nach Gottes Willen. Um die Aufrichtung einer solchen Ordnung geht es." Die Neue Ordnung soll einerseits eine säkulare Ordnung sein und andererseits dennoch aufsitzen auf der Offenbarung Gottes. Der Bezug zur Offenbarung Gottes wird in doppelter Weise gedacht: Einerseits negativ als das Beachten der Grenz-Gebote, die nicht überschritten werden dürfen, andererseits positiv als die Ermöglichung von Verkündigung und christlichem Leben innerhalb der Grenz-Gebote.

Die alte Ordnung der Weimarer Republik war "liberale Anarchie". Der Nationalsozialismus stellte dagegen die "Staats-Omnipotenz". Beide Ordnungsformen waren auf menschlicher Willkür aufgebaut. Wörtlich schreibt Bonhoeffer: Die gesellschaftliche "Ordnung war bis vor kurzem bedroht durch eine libe-

rale Anarchie auf allen Lebensgebieten. Sie ist heute bedroht durch die Staats-Omnipotenz (sie könnte demnächst bedroht sein durch eine Wirtschaftsomnipotenz). Die Staats-Omnipotenz muß gebrochen werden im Namen einer rechten Ordnung, die sich dem Gebot Gottes unterwirft." Es ist erstaunlich, dass Bonhoeffer bereits im Jahr 1941 vor der Gefahr einer "Wirtschaftsomnipotenz" warnt. In dem Text "Über die Möglichkeit des Wortes der Kirche an die Welt", der etwas später verfaßt ist und der sich jetzt in der Ethik findet, wird die Frage nach den "Glauben-hindernden Wirtschaftsgestalten" noch konkreter gestellt: "Es gibt ... bestimmte Wirtschafts- oder Sozialgesinnungen und -zustände, die dem Glauben an Christus hinderlich sind, und das heißt auch das Wesen des Menschen und der Welt zerstören. Es ist zum Beispiel die Frage, ob der Kapitalismus oder Sozialismus oder Kollektivismus solche Glauben-hindernde Wirtschaftsgestalten sind. Für die Kirche gibt es hier ein doppeltes Verhalten: sie (wird) einerseits

abgrenzend negativ in der Autorität des Wortes Gottes solche Wirtschaftsgesinnungen oder -formen als verwerflich erklären müssen, die den Glauben an Christus offensichtlich hindern. Andererseits wird sie positiv nicht in der Autorität des Wortes Gottes, sondern nur in der Autorität des ver-

antwortlichen Rates christlicher Fachmänner ihren Beitrag zu einer Neuordnung geben können. Beide Aufgaben sind streng zu unterscheiden. Diese erste Aufgabe ist die des Amtes, die zweite die der Diakonie, die erste göttlich die zweite irdisch, die erste die des göttlichen Wortes, die zweite die des christlichen Lebens. Hier aber gilt: *doctrina est coelum, vita est terra* (Luther)."

Bonhoeffer unterscheidet zwischen Amt und Diakonie. Mit Amt meint er das geistliche Amt, mit Diakonie den von christlichen Laien ausgeführten Dienst am Gemeinwohl. Da der Text "Über die Möglichkeit des Wortes der Kirche an die Welt" genau in jener Zeit entstanden ist, als Bonhoeffer mit den Freiburgern Kontakt aufnahm und mit ihnen das Projekt einer kirchlichen Denkschrift besprach, können wir davon ausgehen, dass er hier Rolle und Aufgabe des Freiburger "Bonhoeffer-Kreises" vor Augen hat und beschreibt. Die Freiburger selbst verstanden sich dementsprechend als "evangelische Laienschaft". Wenn es darum geht, über die Gestaltung einer neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung nachzudenken, reicht das theologische Fachwissen nicht aus. Es bedarf des Fachwissens der "evangelischen Laienschaft" aus den verschiedenen weltlichen

Berufen und Fachdisziplinen. "Es gibt so wenig eine politische Ethik ohne Sachverstand, wie es etwa eine Ethik der Wirtschaft ohne Kenntnis ihrer Sachnotwendigkeiten gibt." Die Freiburger bemängeln, dass die Kirchenführer der Bekennenden Kirche in der Frage der Entwicklung einer Konzeption für den Wiederaufbau nach dem Kriege bis jetzt keine Beiträge und Zuarbeiten der entsprechenden Fachleute angefordert haben. "Würde etwa heute der Krieg in einer Form beendet, dass beim Neuaufbau Europas und Deutschlands die Stimme der Christenheit irgendwie zu Gehör kommen könnte, und würde dann an die Bekennende Kirche Deutschlands die Frage gestellt, welchen Beitrag sie dazu liefern könnte, so würden ihre Kirchenführer ohne Zweifel die Antwort schuldig bleiben. Sie würden sich wohl mit dem Wunsch einer möglichst unabhängigen Stellung der Kirche dem neuen Staat gegenüber begnügen müssen. Das aber hätte zur Folge, dass die katholische Hierarchie und die angli-

nischen Kirchen beider Hemisphären (die jetzt schon ihre Friedenswünsche vorbereiten) allein zu Worte kämen und die deutschen Kirchen gar nicht oder nur sehr mangelhaft zur Geltung kämen."

Für die Freiburger zeigt sich hier ein schwerer

Mangel. Indem in Deutschland die "christliche Laienschaft" bisher nicht in die Diskussionen einbezogen war, konnte unentbehrliches Fachwissen nicht genutzt werden. Der eigentliche Schaden liegt nach Ansicht der Freiburger jedoch tiefer. Es kam nicht zu einer Zusammenarbeit mit den Laien, weil man meinte, sich der Sphäre des "Politischen", des Weltlichen und des Konkreten gänzlich enthalten zu sollen. Dadurch habe die Kirche - so die Analyse der Freiburger - eine erhebliche Mitschuld an der Fehlentwicklung in Deutschland auf sich geladen. Man müsse davon sprechen, "dass unsere deutschen Reformationskirchen eine schwere Mitschuld an dem totalen Verfall unserer politischen Gesittung tragen, indem sie das ‚Politische‘ als eine dem christlichen Gewissen fremde Sphäre gleichsam ausklammerten und so in weiten Teilen selber der Säkularisation, ja geradezu dem Dämon der Macht und der nationalen Selbstvergötzung verfielen (wie es uns schon nach dem ersten Weltkrieg bewußt, aber erst seit 1933 ganz deutlich wurde). Die evangelischen Theologen als Verkünder des ewigen Gotteswortes, das zuerst die einzelne Menschenseele sucht, sind dafür weit weniger verantwortlich zu machen als die evangelische Laienschaft. Wir haben keine priesterliche Hierarchie und keinen Papst, der politische Lehrsätze *ex cathedra* als göttliche Gebote

"Es gibt bestimmte Wirtschafts- oder Sozialgesinnungen und -zustände, die dem Glauben an Christus hinderlich sind, und das heißt auch das Wesen des Menschen und der Welt zerstören. "

verkünden dürfte; wir können und wollen sie auch nicht haben (weshalb nicht, das wird noch zu erörtern sein). Aber wir haben eine Laienschaft, die vor Gott die Pflicht hat, ihr christliches Gewissen in fortdauernder Auseinandersetzung mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit, in der sie mitten inne steht, und deren gesetzmäßige Struktur sie von Berufs wegen kennen muß, fortdauernd zu prüfen und zu bewähren."

Die Freiburger Denkschrift zeigt sich als ein Beispiel dafür, wie die "evangelische Laienschaft" aus der selbst- bzw. mitverschuldeten Passivität heraustritt und ihre christliche Verantwortung wahrzunehmen beginnt.

Teil 4: Die Erarbeitung der Freiburger Denkschrift und ihre Wirkungsgeschichte

"Von der Verschwörerzentrale gingen damals alle möglichen Anregungen aus, zu Gestaltungsfragen der künftigen Gesellschaft Memoranden zu schreiben. So bat z.B. Goerdeler im Sommer 1942 Hans Asmusen, die Ansichten der Kirche zu wirtschaftlichen Fragen zu Papier zu bringen. Bonhoeffer hingegen entwickelte aufgrund seiner ökumenischen Kontakte eine eigene Initiative, die durch Zusammenarbeit von Freunden und Kennern bestimmter Sachgebiete zu einer Art Denkschrift gedieh, die erhalten geblieben ist."

Ein wichtiger Auslöser für die Entstehung der Freiburger Denkschrift war William Patons Schrift "The Church and the New Order". Paton vertrat darin die Auffassung, man solle "nach Kriegsende eine beträchtliche Zeitspanne zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß vergehen lassen, damit die rechten Leute von beiden Seiten zueinanderfinden. Das wird möglich sein, denn: ‚I suppose that few who have known the Confessional Church leaders would doubt that there are no Germans with whom fellowship in the post-war talks will be so quickly resumed ...!.' In ökumenischen Kreisen wurden eine Reihe von Gesprächs-Foren bis hin zur ersten Vollversammlung des ÖRK angedacht und vorbereitet. Die Angehörigen der verschiedenen Kriegsparteien sollten aufeinander zugehen können, um Fragen der Zukunftsgestaltung gemeinsam zu besprechen. Immer wieder wurde von Bischof Bell betont, dass die Vertreter der Bekennenden Kirche nach dem Krieg sofort in den ökumenischen Dialog einbezogen werden müßten, da "ihre Anwesenheit unentbehrlich" sei. Zu denen, auf die man mit einer Einladung persönlich zugehen wollte, gehörte Dietrich Bonhoeffer.

"Bonhoeffer wurde bedrückend gegenwärtig, dass in seiner eigenen Kirche jetzt jede Voraussetzung für eine Zukunftsplanung, wie sie ihm bei Paton entgegnetrat, fehlte." "Was Bonhoeffer 1941 in der Schweiz von Veröffentlichungen englischer christlicher Gruppen zu lesen bekam und was Bell ihm 1942 von den Vorstellungen erzählte, die sich seine Freunde über die Zeit des Vakuums zwischen einem Sturz Hitlers und der neuen Ordnung machten, beeindruckte ihn, mehr noch: es erschreckte ihn, wenn er sich klar machte, was die ökumenischen Freunde von der Bekennenden Kirche erwarteten und wie wenig in ihr geschah, die irdische, gesellschaftliche Zukunft zu bedenken und vorzubereiten." "Diese Sorgen erörterte Bonhoeffer gelegentlich mit Hammelsbeck aus einer gemeinsamen Unruhe über die steril werdende eschatologische Theologie und die wachsende Kontaktlosigkeit der Bekennenden Kirche; aber auch mit Perels auf der Ebene der Organisation praktischer Arbeit an den Problemen. Er besprach sich mit Hans Böhm, dem ökumenischen Referenten der Vorläufigen Leitung, und auch mit Otto Dibelius."

Bonhoeffers Drängen führte schließlich zum Erfolg. Von der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche (dem Leitungsgremium der Bekennenden Kirche) wurde er beauftragt, auf eine bereits existierende Freiburger Gruppe zuzugehen und sie um ihre Mitarbeit zu bitten. In der Freiburger Gruppe kam "ein Kreis von christlich gesinnten Universitätsprofessoren und von Theologen der ‚Bekennenden Kirche' zusammen, die sich mit der Frage beschäftigten, ob es für ein christliches Gewissen länger erträglich sei, dieser Staatsführung (des Dritten Reiches; K.M.) schweigenden Gehorsam zu leisten". Zu dem Kreis gehörten der Nationalökonom Adolf Lampe, sein Fachkollege Constantin von Dietze und der Historiker Gerhard Ritter. "Das Ergebnis dieser Besprechungen fand seinen Niederschlag in einer hauptsächlich von Gerhard Ritter formulierten und mit von Dietze und Lampe gemeinsam zu verantwortenden Denkschrift: ‚Kirche und Welt. Eine notwendige Besinnung auf die Aufgaben des Christen und der Kirche in unserer Zeit.'" Diese erste Denkschrift ist noch nicht jene Arbeit, um die die Gruppe jetzt gebeten wurde. Sie ist gleichsam eine Vorstudie, durch die die Leitung der Bekennenden Kirche in Berlin auf die Freiburger Gruppe aufmerksam wurde.

Bei der Kontaktvermittlung zwischen Berlin und Freiburg spielte Constantin von Dietze eine besonders wichtige Rolle. Er war "seit 1933 in der ‚Bekennenden Kirche' aktiv tätig". Mit dem Thema "Nationalökonomie und Theologie" - so schreibt Constantin von Dietze in einem Rückblick aus dem Jahr 1947 - "habe ich mich zuerst vor der Öffentlichkeit befaßt in dem Lehrbuch ‚Volkswirtschaftspolitik'

(geschrieben 1935, erschienen im Deutschen Druck- und Verlagshaus 1936), das im Schlußteile die Abschnitte enthält: ‚Volkswirtschaftspolitik aus Glauben‘ und ‚Volkswirtschaftspolitik aus Vernunft‘. Ende 1936 sprach ich in der Evangelischen Woche in Berlin über das Thema ‚Mein Glaube in meinem Beruf‘. Anfang 1937 nahm ich an den ... Ausarbeitungen der Beken- nenden Kirche für die Ökumenische Tagung in Oxford teil. In Freiburg, wo ich seit dem Sommer 1937 wirk- te, fand ich reiche Gelegenheit, die mich bewegenden Gedanken zu vertiefen und fortzubilden. Seit dem Herbst 1938 konnte ich hier an regelmäßigen Zusam- menkünften teilnehmen, in denen Professoren und Pfarrer über ‚Kirche und Welt‘ Klarheit suchten; wir bildeten in den ersten beiden Jahren einen rein evange- lischen Kreis, dann besprachen wir diese Fragen auch mehrfach mit katholischen Theologen und Laien. 1938/39 hatte ich bereits eine aus Protestanten und Katholiken bestehende Arbeitsgemeinschaft geleitet, die sich um das Thema ‚Christentum und National- ökonomie zusammenfand.“ „Der Vortrag ‚National- ökonomie und Theologie‘ ... ist Anfang Juni 1941 in Alpirsbach gehalten worden vor der ‚Gesellschaft für evangelische Theologie‘.“

Dietrich Bonhoeffer hatte Constantin von Dietze im Jahre 1937 in Berlin-Dahlem bei Bespre- chungen leitender Mitglieder der Bekenntniskirche kennen gelernt, die der Vorbereitung der damals bevorstehenden ökumenischen Tagung in Oxford dienten. Im Sommer oder Herbst 1942 trat er "an die- sen im Auftrage führender Persönlichkeiten der Bekenntniskirche mit dem Ansinnen heran, bei der Ausarbeitung von Vorschlägen mitzuwirken, die einer nach Kriegsende in Aussicht genommenen ökumeni- schen Tagung unterbreitet werden sollten." "Von Dietze konstituierte daraufhin zu diesem Zwecke in Freiburg einen neuen Kreis, den Freiburger ‚Bonhoeffer-Kreis‘, dem neben Ritter und Lampe auch der Freiburger Nationalökonom Walter Eucken, der Kirchenrechtler Erik Wolf und der Staatsrechtler Franz Böhm angehörten."

Am 9. Oktober 1942 war Bonhoeffer persönlich in Freiburg, um die Einzelheiten eines Konzeptes für die geplante Denkschrift abzusprechen. Man verständigte sich auf folgende Arbeitsteilung: "Für Fragen der Wirtschaftsordnung waren Eucken, von Dietze, Lampe und der von Bonhoeffer und Dibelius für den Kreis gewonnene Berliner Unternehmer Dr. Walter Bauer zuständig, für Probleme der inneren Staatsverfassung, der Außenpolitik, für historische und theologische Aspekte Gerhard Ritter und für Grund- und Men- schenrechte Franz Böhm."

"Für den 17. November 1942 war zu einer drei- tägigen Klausurtagung im Hause von Dietzes eingela-

den worden." Zweck der Klausurtagung war es, die bis dahin erstellten Entwürfe zu den Einzelabschnitten der Denkschrift zu diskutieren. Bonhoeffer konnte an dem Treffen leider nicht teilnehmen. "Aus Berlin stießen Walter Bauer und Generalsuperintendent Otto Dibelius ... hinzu. Der Landesbischof von Württemberg, Theophil Wurm, hatte seinen theologischen Berater Helmut Thielicke entsandt." "Carl Goerdeler, der in engem wissenschaftlichem Kontakt zu von Dietze und Lampe wie auch in freundschaftlich-familiären Beziehungen zur Familie Ritter stand, war zu diesen Beratungen hinzugezogen worden." Helmut Thielicke erinnert sich: "Den stärksten Eindruck machte mir Carl Goerdeler. ... Er war ein ständig planender und im Planen dialogischer Geist, der Kontakte zu den ver- schiedenen Geistern suchte und fand. Der Gedanke, dass er zum Reichskanzler nach der Stunde X vorgese- hen war, hatte für uns etwas Stärkendes. Wir wußten Deutschland bei ihm in guten Händen."

"Die intensive dreitägige Diskussion ergab zum Teil erhebliche Änderungen des vorgelegten Materi- als." In den kommenden Wochen wurden die gewün- schten Änderungen und redaktionellen Überarbeitun- gen in Freiburg vorgenommen und mit den Kontakt- personen der Bekenntenden Kirche in Berlin abgespro- chen. Die Arbeit an der Denkschrift, die den Titel "Politische Gemeinschaftsordnung - Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit" erhielt, wurde im Januar 1943 beendet. Für die federführende Autoren- schaft der einzelnen Teile der Freiburger Denkschrift ergibt sich folgendes Bild:

Einführung, Allgemeine Grundsätze und Praktische Folgerungen für Innenpolitik und Außenpolitik
Gerhard Ritter

Anhang 1: Rechtsordnung
Erik Wolf und Franz Böhm

Anhang 2: Kirchenpolitik
Otto Dibelius

Anhang 3: Erziehung
Friedrich Delekat

Anhang 4: Wirtschafts- und Sozialordnung
Walter Eucken, Constantin von Dietze, Adolf Lampe

Anhang 5: Judenfrage
Constantin von Dietze

Von Bonhoeffer war ein Beitrag zum Thema "Verkündigung der Kirche an die Welt" vorgesehen worden. Dazu ist es nicht gekommen. Eine Skizze Bonhoeffers zu diesem Thema findet sich in der Ethik.

Ein weiterer Beitrag zu Rechtsfragen der Evangelischen Kirche von Friedrich Justus Perels, Justitiar der Bekennenden Kirche, den er als "Ergänzung des Anhangs 1 auf Wunsch der Berliner Kirchenleitung" angefertigt hatte, gelangte nicht mehr rechtzeitig nach Freiburg.

Gerhard Ritter schreibt zum weiteren Ergehen der Freiburger Denkschrift: "Das Hauptexemplar (nur drei Exemplare wurden hergestellt) konnte ich in einem Dorf des Hochschwarzwalds verstecken. Im Juli 1945 ist es behelfsmäßig vervielfältigt worden und hat dann als eine der Vorbereitungsarbeiten für die Weltkonferenz Amsterdam 1948 mancherlei Nutzen im Sinn seines ursprünglichen Zwecks gestiftet." Mitglieder des Freiburger Bonhoeffer-Kreises sind in die Vorbereitung und Durchführung der Amsterdamer Weltkonferenz eingebunden worden. Professor Erik Wolf wurde zu einem Mitglied des Studienausschusses des Ökumenischen Rates gewählt, jenes Ausschusses, der mit der inhaltlichen Vorbereitung der Weltkonferenz befaßt war. Das Thema der Weltkonferenz "Die Unordnung der Welt und Gottes Heilsplan" sollte in vier Unterthemen entfaltet werden:

1. Die Kirche in Gottes Heilsplan;
2. Die Kirche bezeugt Gottes Heilsplan;
3. Die Kirche und die Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung;
4. Die Kirche und die internationale Unordnung.

Für jedes Unterthema wurde eine spezielle Kommission eingesetzt. Erik Wolf gehörte der dritten Kommission "Die Kirche und die Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung" an. An der Weltkonferenz selbst nahmen aus dem Freiburger Bonhoeffer-Kreis teil: als Delegierte Bischof Otto Dibelius, Constantin von Dietze, Erik Wolf; als stellvertretende Delegierte Walter Bauer und Gerhard Ritter.

In der Wirkungsgeschichte der Freiburger Denkschrift waren ihre Vorschläge zur "Wirtschafts- und Sozialordnung" besonders folgenreich. Die erste, mittlerweile vergriffene Buchausgabe der Denkschrift aus dem Jahr 1979 unter dem Titel "In der Stunde Null - Die Denkschrift des Freiburger ‚Bonhoeffer - Kreises'" enthält ein Nachwort von Philipp von Bismarck. Darin wird deutlich, dass die Buchausgabe der Denkschrift vor allem wegen ihrer wirtschaftspolitischen Überlegungen erfolgte. Sie gehört zu den "geistigen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft." "Ihre Verwendung, d.h. ihre politische Wirksamkeit begann damit, dass auf der Grundlage der ‚Freiburger Denkschrift' die ‚Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath' weiterarbeitete. Sie faßte ihre Vorstellungen einer freiheitlich-sozialverpflichteten Staatsordnung in mehr als 30 Gutachten zusammen, die in die Vorbereitungen für

den rechtlichen und ordnungspolitischen Neubeginn der Bundesrepublik Deutschland eingingen." "Ludwig Erhard hat viele Male darauf hingewiesen - am eindrucksvollsten anlässlich eines Empfangs zu Ehren des 80. Geburtstags von Franz Böhm -, dass seine politischen Entschlüsse von den Grundentscheidungen der Freiburger bestimmt gewesen seien. Nicht er habe die Soziale Marktwirtschaft erfunden, der Alfred Müller-Armack den weltberühmten Namen gab, es vielmehr als seine Aufgabe angesehen, ihre Ideen in praktische Wirklichkeit umzusetzen. Im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, zu dessen Vorsitzendem Erwin von Beckerath im Jahre 1950 berufen wurde, dienten die oben genannten Freiburger Gutachten als wesentliche Grundlagen." Für Philipp von Bismarck war die für die breite Öffentlichkeit bestimmte Buchausgabe auch deswegen erforderlich, weil die Freiburger Denkschrift die "geistigen Fundamente, auf denen die Idee einer sozial verpflichteten Marktwirtschaft ruht", darstellt. Dies habe eine "hohe politische Aktualität mit Blick auf das werdende freie Europa". "Inzwischen hat in den letzten Jahren eine ständig zunehmende Nachfrage aus europäischen Ländern nach dem Geheimnis des ‚deutschen Wunders' eingesetzt. Dabei war das Wunder eigentlich weniger die große, für alle wohltuende Wirkung der Sozialen Marktwirtschaft als die fast vollständige Unkenntnis, deren sich dies Geschenk des Himmels an die neu entstandene Bundesrepublik Deutschland bis heute in unserem Lande außerhalb des Kreises der Fachleute gewiß sein darf." Insofern helfe die Freiburger Denkschrift, Unkenntnis abzubauen und an ihre Stelle "Überzeugungen und Hoffnungen" für ein tragfähiges europäisches Ordnungsmodell zu setzen.

Teil 5: Bonhoeffers Studie zum Thema "‚Personal'- und ‚Sach'ethos'"

Helmut Thielicke mahnt, "die geschichtliche Ortsangabe der Freiburger Denkschrift" nicht zu verfehlen. "Sie stößt in ein theologisches Vakuum hinein und führt so zu einem Zweifrontenkrieg: Der Gegner, den sie von vorn anging, war das Nazi-System, dem sie in Gestalt ihres theologisch-ethischen Nachkriegsprogramms eine Antithese entgegensetzte. Aber sie hatte auch einen Gegner im Rücken: Ich meine die weithin dominierende Theologie einer Kirche, für die sie doch streiten wollte, für die sie aber nicht streiten konnte, ohne bestimmte laissez-faire-Tendenzen ihrer Theologie anzugreifen." Konkret meint Helmut Thielicke mit dem theologischen Gegner der Freiburger Denkschrift das Luthertum bzw. das sogenannte Neu-Luthertum der damaligen Zeit.

Die Denkschrift selbst spricht in ihrer Ein-

führung davon, dass der totalitäre Staat "keinen Teil der Christenheit in so hilfloser Lage wie das deutsche Luthertum" getroffen habe. Dem Luthertum habe "die Sicherheit einer klaren Gewissensorientierung in Fragen der politischen und sozialen Lebensgestaltung" gefehlt. Man war sich im Freiburger "Bonhoeffer-Kreis" dessen bewußt, dass die vorgetragene Kritik nicht automatisch die Theologie des Reformators Martin Luther mitmeinen durfte. Umso enttäuscht war man über das zeitgenössische Luthertum. Hinter ihm versteckte sich "weithin einfach Beschränktheit des geistigen Horizontes, toter Traditionalismus, Scheu vor Verantwortung, vielleicht sogar Kleinglaube, geheime Schwäche und Unsicherheit, in jedem Fall eine schwere Verkennung der heutigen geschichtlichen Lage, Wirklichkeitsblindheit - ja Verblendung."

Als ein Beispiel nennt die Denkschrift den lutherischen Theologen Paul Althaus. "Ist es erträglich, wenn etwa ein so angesehener Theologe wie Althaus im Kriegsjahr 1940 verkündet: ‚Die Christenheit hat weder ein politisches Programm, noch steht ihr die Aufsicht oder Zensur des politischen Lebens im Namen Jesu und des Evangeliums zu. Es gibt keine christliche Norm für den Staat und die Politik ... Die Politik folgt in Wirklichkeit doch ihren eigenen Gesetzen und Notwendigkeiten und kümmert sich nicht um theologische Tagungen und Zensuren oder Vorschriften.‘ (Luther in der deutschen Kirche der Gegenwart S. 24 f)."

Die lutherischen "Ordnungstheologen", denen zufolge uns der Wille Gottes "auf die natürlichen Ordnungen, denen wir unterworfen sind, wie Familie, Volk, Rasse (d. h. Blutzusammenhang)" verpflichtet, entlassen den Bereich des Politischen in eine angebliche "Eigengesetzlichkeit". Damit spielen sie dem Nationalsozialismus in die Hände und verweigern angesichts von Unrecht, Verfolgung und Völkermord die Wahrnehmung konkreter Verantwortung. "Ob sich die praktische Politik darum kümmert oder nicht: es gibt für den christlichen Politiker und für jeden einzelnen Christen als Staatsbürger genau ebenso eine Verantwortung vor Gott in seinem Handeln, - also auch ein christliches Gewissen, also auch eine Notwendigkeit des Bußrufes (der ‚Zensur‘) - wie für jeden Christen überhaupt. Und es ist nicht nur unchristlich, sondern auch unreformatorisch, sich dieser Verant-

wortung durch den Hinweis auf die angebliche ‚Eigengesetzlichkeit‘ des politischen Lebens zu entziehen."

In den Auseinandersetzungen des Kirchenkampfes waren einige Mitglieder des Freiburger "Bonhoeffer-Kreises" seit vielen Jahren für die Bekennende Kirche tätig. Constantin von Dietze als einer der Engagiertesten litt besonders unter der Gleichgültigkeit und Blindheit seiner Kirche. Er wußte, dass theologische Defizite nur durch eine bessere Theologie behoben werden können. Selbst die Bekennende Kirche erfüllte das Maß der ihr in der Theologischen Erklärung von Barmen geschenkten Einsicht nicht mit dem Wagnis konkreter Ermutigung für das Wirken christlicher Laien in weltlichen Verantwortungsbereichen. Da sich Constantin von Dietze in diesem Sinne weitgehend und immer wieder alleine gelassen fühlte, artikuliert er in seinem Vortrag "Nationalökonomie und Theologie" aus dem Jahr

"Der Gegner, den die Freiburger Denkschrift von vorn anging, war das Nazi-System. Aber sie hatte auch einen Gegner im Rücken: Ich meine die weithin dominierende Theologie einer Kirche, für die sie doch streiten wollte, für die sie aber nicht streiten konnte, ohne bestimmte Tendenzen ihrer Theologie anzugreifen."

1941 einen deutlichen "Hilferuf": "Das alles klingt nicht nur wie ein Hilferuf der Nationalökonomie an die Theologie: es ist ein Hilferuf aus innerer Bedrängnis. ... Mit scheint, schon ein solcher Hilferuf zeigt auch dem um Hilfe Angegangenen, was man ihm zutraut, und verstärkt dadurch das Gefühl seines Wertes; er kann ihm sogar dazu helfen, seine Aufgabe erst ganz zu erfassen." Für Constantin von Dietze gilt: "Nationalökonomie und Theologie können und müssen also zusammenarbeiten."

Als Bonhoeffer im Sommer bzw. Herbst 1942 auf Constantin von Dietze zugeht und ihn und seinen Arbeitskreis um die Ausarbeitung einer kirchlichen Denkschrift bat, stieß er also auf eine große innere Bereitwilligkeit. Beide Seiten brauchten sich und konnten einander helfen. Der Sachverstand der Laien versetzte die Kirche in die Lage, sich an Diskussionen zu beteiligen, die ihr sonst verschlossen geblieben wären. Die Kirche wiederum rief die Laien in eine essentielle Mitverantwortung und gab ihnen damit einen gleichberechtigten Stellenwert in gegenseitiger Solidarität und gemeinsamer Verantwortung. Der "Ermöglicher" der Freiburger Denkschrift war Dietrich Bonhoeffer nicht nur durch seine Impulsauslöserfunktion. Über den Anfangsimpuls hinaus hat er die Entstehung der Denkschrift persönlich begleitet und aktiv gefördert. Durch sein Wirken verknüpfte er die Arbeit der Freiburger immer wieder neu mit den aktu-

ellen Entwicklungen. Für das Anbieten einer theologischen Legitimationsbasis zur eigenen Vergewisserung und zur Auseinandersetzung mit kirchenpolitischen Gegnern fühlte er sich in besonderer Weise verantwortlich. Neben der Teilnahme an den gemeinsamen Beratungen war dies ein wichtiger Beitrag von ihm. Einen Einblick in diese Tätigkeit Bonhoeffers gibt seine Studie zum Thema „Personal'- und ‚Sach'-ethos“. Die Studie ist im Sommer des Jahres 1942 entstanden, also genau in jenen Monaten, als sich Bonhoeffer intensiv mit dem Plan einer kirchlichen Denkschrift befaßte und die entsprechenden Kontakte aufbaute. Ziel der Studie ist es, das Recht und die Pflicht des Christen zur Mitverantwortung für weltliche Ordnungen einzuschärfen und so die Arbeit jener Gruppen zu unterstützen, die sich dieser Aufgabe konkret zuwenden.

In seiner Studie setzt sich Bonhoeffer mit einer These des Theologen Otto Alexander Dillschneider auseinander, die dieser in dem Buch: Die evangelische Tat. Grundlagen und Grundzüge einer evangelischen Ethik, Gütersloh 1940 vertritt. "Dillschneider hat in seiner Ethik einen Satz formuliert, der sich heute besonders in sogenannten lutherischen Kreisen weitgehender Anerkennung erfreut: „Die evangelische Ethik hat es mit der Personalität des Menschen und ganz allein mit dieser Personalität zu tun. Alle anderen Dinge dieser Welt bleiben von diesem evangelischen Ethos unberührt. Die Dinge der Welt treten ethisch nicht in die Forderungszone ethischer Imperative" (Seite 87). Damit soll begründet werden, dass es die christliche Ethik wohl mit dem christlichen Wirtschaftler, christlichen Staatsmann etc., nicht aber mit der Wirtschaft, dem Staat etc. zu tun habe." Die Frage, die sich stellt, ist, ob sich die Ethik nur mit dem Verhalten innerhalb vorgegebener, nicht zu kritisierender Ordnungen zu befassen habe oder ob die Ordnungen selbst zum Thema christlicher Ethik werden können. Es fällt auf, dass Bonhoeffer den Wirtschaftler bzw. die Wirtschaft als ersten Ordnungsbereich nennt, für den seine Überlegungen eine Relevanz besitzen. Bereits diese Tatsache deutet darauf hin, dass die Studie zum Thema „Personal'- und ‚Sach'-ethos" in der Vorbereitung bzw. in der Begleitung der Arbeit an der Freiburger Denkschrift mit ihren wirtschaftspolitischen Akzenten verfaßt worden ist.

Um den Einstieg punktgenau zu wählen, wird Bonhoeffer noch etwas deutlicher: Es gehe "um die Frage, ob es im Bereich der christlichen Ethik mögliche Aussagen über weltliche Ordnungen und Zustände gibt, also über Staat, Wirtschaft, Wissenschaft, d.h. ob

die christliche Ethik eine Interesse an den weltlichen Ordnungen und Zuständen hat oder ob diese Dinge der Welt in der Tat ‚ethisch neutral' sind, d.h. ‚nicht in die Forderungszone der ethischen Imperative' fallen. Mit anderen Worten ist es die einzige Aufgabe der Kirche, innerhalb gegebener weltlicher Ordnungen Liebe zu üben, d.h. sie nach Möglichkeit mit einer neuen Gesinnung zu beseelen, Härten auszugleichen, sich der Opfer dieser Ordnungen anzunehmen und innerhalb der Gemeinde eine eigene neue Ordnung herzustellen, oder hat die Kirche einen Auftrag gegenüber den gegebenen weltlichen Ordnungen selbst im Sinne der Korrektur, der Verbesserung, bzw. des Hinarbeitens auf eine neue weltliche Ordnung? D.h. hat die Kirche nur die Opfer aufzulesen oder muß sie dem Rad selbst in die Speichen greifen?"

„Hat die Kirche nur die Opfer aufzulesen oder muß sie dem Rad selbst in die Speichen greifen?“

Die Formulierung "dem Rad in die Speichen greifen" erinnert an Bonhoeffers berühmten Aufsatz aus dem Jahr 1933 "Die Kirche vor der Judenfrage". Angesichts der sofort nach der Machtergreifung beginnenden Ausgrenzung und Verfolgung der Juden reflektiert Bonhoeffer die neue ethische Situation: "Die Kirche ist den Opfern jeder Gesellschaftsordnung in unbedingter Weise verpflichtet". Für das kirchliche Handeln gegenüber dem Staat sieht Bonhoeffer im Extremfall die Möglichkeit, "nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen. Solches Handeln wäre unmittelbar politisches Handeln der Kirche und ist nur dann möglich und gefordert, wenn die Kirche den Staat in seiner Recht und Ordnung schaffenden Funktion versagen sieht". Es fällt auf, dass Bonhoeffer eine Denkfigur aus dem Zusammenhang der Judenverfolgung bis in die Formulierung hinein in den Themenbereich einer neuen Ordnungskonzeption überträgt. Offensichtlich hat für ihn die Frage einer ethisch begründeten Gesellschaftsordnung einen ähnlich dringenden Stellenwert wie die Hilfe für Bedrohte und Verfolgte. Denn auch bei der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung geht es um die Vermeidung von Opfern, um den Schutz von Leben und um die Fürsorge für andere Menschen.

Den Auffassungen von Dillschneider stellt Bonhoeffer eine eigene These gegenüber, die er anschließend ausführlich begründet. Bonhoeffers These lautet: "Weil alles Geschaffene um Christi willen und auf Christus hin da ist, darum steht es unter Gebot und Anspruch Christi. Um Christi willen und auf Christus hin gibt es und soll es geben weltliche Ordnung in Staat, Familie, Wirtschaft. Um Christi willen steht die weltliche Ordnung unter dem Gebote Gottes. Dabei ist

zu beachten, dass es nicht um den ‚christlichen Staat‘, die ‚christliche Wirtschaft‘ geht, sondern um den rechten Staat, die rechte Wirtschaft als weltliche Ordnung um Christi willen. So gibt es also eine christliche Verantwortung für die weltlichen Ordnungen, und es gibt diesbezügliche Aussagen innerhalb einer christlichen Ethik."

Mit der ersten Begründung für seine These greift Bonhoeffer auf die in den lutherischen Bekenntnisschriften ausgeführte Lehre vom "ersten Gebrauch des Gesetzes" (primus usus legis) zurück. Durch diese lutherische Lehre sieht er sich in seiner These bestätigt: "In den Bekenntnisschriften ist in der Lehre vom primus usus legis das Interesse der Kirche Christi an den weltlichen Ordnungen festgelegt. ... Im primus usus bezeugt die Kirche, dass sie die Welt nicht sich selbst überläßt, sondern sie unter die Christusherrschaft ruft, d.h. es geht in ihm nicht um den Christen in den weltlichen Ordnungen, sondern nach Gottes Willen um die weltlichen Ordnungen selbst, nicht um Verchristlichung oder Verkirchlichung, d.h. Aufhebung der ‚relativen‘ Eigengesetzlichkeit der weltlichen Ordnungen, sondern um ihre echte Weltlichkeit, ‚Natürlichkeit‘ im Gehorsam gegen Gottes Wort. Also gerade in ihrer echten Weltlichkeit stehen die weltlichen Ordnungen unter der Christusherrschaft. Dies, nichts anderes, ist ihre ‚Eigengesetzlichkeit‘ - ‚eigengesetzlich‘ nämlich nicht gegenüber dem Gesetz Christi, sondern gegenüber irdischen Heteronomien."

Christusherrschaft und Dekalog bedeuten für die weltlichen Ordnungen - so führt Bonhoeffer aus - nicht "Dienstbarkeit ... gegenüber der Kirche". Sie bedeuten "nicht in erster Linie Bekehrung des Staatsmannes, Wirtschaftlers, auch nicht Aufhebung der staatlichen Härte ... zugunsten einer falsch verstandenen Verchristlichung des Staates, der selbst ein Stück Kirche sein will." Christusherrschaft und Dekalog führen zur "Befreiung zur echten Weltlichkeit". Dazu gehört, dass die Gesellschaft der Kirche und ihrer Verkündigung "Raum" gibt. Bonhoeffer spricht hier geradezu von einem Maßstab, an dem sich die echte Weltlichkeit einer Gesellschaft ablesen läßt. "Die Stellung zur Kirche Jesu Christi wird immer der Maßstab sein für die echte, - durch kein ideologisches, fremdes Gesetz und durch keine eigengesetzliche Willkür gehinderte, - Weltlichkeit. Eine verfehlte Einstellung zur Kirche wird immer auch ein Verfehlen der echten Weltlichkeit, der weltlichen Ordnungen, des Staates etc. zur Folge haben und umgekehrt."

Hinter Bonhoeffers Argumentation gegen Dilschneider steht seine Lehre von den vier göttlichen Mandaten, die er ab 1941 auszubilden begann. Die Mandatenlehre knüpft an die lutherische Lehre von den drei Ständen (status oeconomicus, politicus, hier-

archicus) an und erweitert sie zur Lehre der vier Mandate "Ehe und Familie, Arbeit, Obrigkeit, Kirche". Das entscheidende Merkmal der Ständelehre bzw. der Mandatenlehre ist "die Nebeneinanderordnung (der Stände bzw. Mandate; K.M.) statt jeder Überordnung, d.h. die Bewahrung der weltlichen Ordnung vor kirchlicher Fremdherrschaft und umgekehrt!" "Darin sind diese Ordnungen göttlich, dass sie einen konkreten in der Offenbarung begründeten und bezugten göttlichen Auftrag und eine göttliche Verheißung haben. Im Wandel aller geschichtlichen Ordnungen bleiben diese göttlichen Mandate bis ans Ende der Welt bestehen. Ihre Rechtfertigung ist nicht einfach ihre geschichtliche Existenz - darin unterscheiden sie sich von Ordnungen wie Volk, Rasse, Klasse, Masse, Gesellschaft, Nation, Vaterland, Reich etc. -, sondern positiv göttliches Mandat zur Erhaltung der Welt um Christi willen und auf Christus hin."

Bonhoeffer beschließt seine Studie zum Thema "Personal'- und ‚Sach'ethos" mit den Konsequenzen, die dieser theologische Ansatz für ein "Wort der Kirche zu den weltlichen Ordnungen" haben muß. Die Freiburger Denkschrift ist genau ein solches "Wort der Kirche". Damit wird der enge Zusammenhang deutlich zwischen Bonhoeffers theologischer Arbeit und den Diskussionen im Freiburger "Bonhoeffer-Kreis". Die Studie will eine theologische Anleitung sein und die entscheidenden Gesichtspunkte benennen, die in einer zu erstellenden kirchlichen Denkschrift zur Sprache kommen müssen. "Ein Wort der Kirche zu den weltlichen Ordnungen wird also diese göttlichen Mandate in ihrer jeweiligen konkreten Gestalt unter die Christusherrschaft und den Dekalog zu stellen haben und so die weltlichen Ordnungen nicht unter ein fremdes Gesetz stellen, sondern sie zu konkretem echtem weltlichen Dienst befreien. Es wird von den göttlichen Mandaten der weltlichen Ordnung so reden, dass über ihnen die Christusherrschaft und neben ihnen das göttliche Mandat der christlichen Kirche gewahrt bleibt."

Bei der Lektüre der Freiburger Denkschrift kann man feststellen, dass sie die entscheidenden Impulse von Bonhoeffer aufgenommen hat. Dies gilt insbesondere für die von Constantin von Dietze federführend verantworteten Textteile. In dem Anhang "Zur Wirtschafts- und Sozialordnung" nimmt er die entscheidende Grundthese von Bonhoeffer explizit auf, nämlich dass es "keinen Bereich von Sachen, die prinzipiell außerhalb des Personenbereichs und damit außerhalb der Reichweite der göttlichen Gebote stünden", gibt. Es heißt dort: "Die Gebote des Herrn richten sich nicht nur an die einzelnen Menschen, denen sie die Nächstenliebe, die Betätigung in einem ordentlichen Berufe, die Achtung vor fremdem Eigentum, die Wahrung der Ehrlichkeit und Rechtlichkeit im

Geschäftsleben aufgeben. Sie gelten auch für die Gemeinschaften des Lebens und Schaffens, für den Inhalt der sie bestimmenden Ordnungen. Die Kirche muß daher auch zur Wirtschaftsordnung Stellung nehmen."

Neben allen Übereinstimmungen zwischen Bonhoeffer und den Freiburgern gibt es jedoch auch eine Differenz, die schon damals als Meinungsverschiedenheit wahrgenommen wurde und die möglicherweise etwas mit den spezifischen Auffassungen von Gerhard Ritter zu tun hat, nämlich den "Dissens zwischen Gewissens- und Dekalogethik". Bei einem Treffen am 6./7. Februar 1943 in Berlin, an dem u.a. Dietrich Bonhoeffer, Constantin von Dietze und Friedrich Justus Perels teilgenommen hatten, wurde die Freiburger Denkschrift, soweit sie bereits fertiggestellt war, durchgesprochen. Eine kurze Notiz von Constantin von Dietze hat wesentliche Inhalte des Gesprächs festgehalten. Bonhoeffer soll sich gegen die zu starke Betonung einer Gewissensethik in der Denkschrift gewandt und angemerkt haben:

"1. Gründung auf dem Gewissen ist Sache vergangener Theologie. Wird von den Theologen der Bekennenden Kirche nicht angenommen werden.

2. Für Vorlage auf ökumenischer Konferenz das Lutherische nicht so stark hervorheben, sondern die gemeinsame Erkenntnis. Versuche der theologischen Begründung verlaufen uferlos. Vielleicht auf einzelne Fragen beschränken und allgemeine Teile so fassen, dass dies die Akklamation aller Christen (erhält)." Friedrich Justus Perels soll ergänzt haben: "Bindungen sind sehr stark subjektivistisch. Dekalog muß mindestens herausgestellt werden."

Schlußgedanke: Schuldbekennnis und Wirtschaftsethik

Bonhoeffers Ethik, insbesondere seine Wirtschaftsethik hat eine zutiefst theologische Ausrichtung. Gesellschaft und Wirtschaft sollen so geordnet sein, dass sie dem Wohl aller Menschen dienen und einem christlichen Leben Raum geben. Im Gehorsam gegen den Willen Gottes, wie er im Dekalog offenbart ist, soll "Christusherrschaft" im "Dasein Jesu Christi" möglich werden.

Im September 1940 hat Dietrich Bonhoeffer ein "Schuldbekennnis der Kirche" geschrieben. Es war in einem doppelten Sinn ungewöhnlich. Ungewöhnlich war zum ersten, dass hier nicht Individuen und einzelne Christen, sondern eine "Gemeinschaftsgesamtperson", nämlich die Kirche als ganze zu bußfertiger Einsicht aufgerufen wurde. Ungewöhnlich waren zum zweiten die Inhalte dieses Schuldbekennnisses.

Es heißt darin: "Die Kirche bekennt sich schuldig aller 10 Gebote, sie bekennt darin ihren Abfall von Christus. Sie hat die Wahrheit Gottes nicht so bezeugt, dass alles Wahrheitsforschen, alle Wissenschaft ihren Ursprung in dieser Wahrheit erkannte; sie hat die Gerechtigkeit Gottes nicht so verkündigt, dass alles menschliche Recht in ihr die Quelle des eigenen Wesens sehen mußte; sie hat die Fürsorge Gottes nicht so glaubhaft zu machen vermocht, dass alles menschliche Wirtschaften von ihr aus seine Aufgabe in Empfang genommen hätte. Durch ihr eigenes Verstummen ist die Kirche schuldig geworden an dem Verlust an verantwortlichem Handeln, an Tapferkeit des Einstehens und Bereitschaft für das als recht Erkannte zu leiden. Sie ist schuldig geworden an dem Abfall der Obrigkeit von Christus."

Es war das Bemühen von Dietrich Bonhoeffer, nicht in dem Kreislauf der Schuld fortzufahren, sondern einen neuen Anfang zu wagen und einen besseren Weg zu suchen. Aus diesem Grund ist er auf die Freiburger Arbeitsgruppe um Constantin von Dietze zugegangen und hat sie um ihre Mitarbeit gebeten. Er hat die Ausarbeitung einer Denkschrift angeregt, theologisch vorbereitet und begleitet. Seine in diesem Sinn wahrgenommene Rolle als "Ermöglicher" der Denkschrift ist ein eindruckliches Beispiel für die notwendige Zusammenarbeit von Theologie und Ökonomie. Bei aller Verschiedenheit der heutigen Situation und der gegenwärtigen Probleme kann uns die theologisch-ethische Grundhaltung, wie sie bei Bonhoeffer und dem Freiburger "Bonhoeffer-Kreis" zutage tritt, als ein positives Beispiel mit Vorbildcharakter dienen.

Zur Struktur der Freiburger Denkschrift

Ein Überblick

von Norbert Friedrich

Genau genommen ist der gewählte Vortragstitel in mehrfacher Hinsicht ungenau, bzw. bedarf er einer Konkretisierung. Weder gab es *eine* Denkschrift - es gab im engeren Sinne *zwei*, eine von 1938 und eine von 1943 - noch gab es, wie indirekt hier angesprochen, einen geschlossenen Kreis von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern; vielmehr sprechen wir in der Forschung von insgesamt drei verschiedenen Freiburger Gruppierungen, die allerdings eine teilweise personelle Übereinstimmung aufweisen.

Ich möchte in meiner kleinen Einführung nun zweierlei versuchen:

- Zunächst soll sehr knapp die "Freiburger Szene", wie ich es hier nennen möchte, beleuchtet werden. Eingehen werde ich in diesem Zusammenhang auch auf die eben genannten verschiedenen Gruppierungen.

- In einem zweiten Teil soll dann knapp etwas zur Entstehung der Freiburger Denkschrift von 1943 und ihrer Struktur gesagt werden.

I. Die Freiburger

Zwei Zentren widerständigen Denkens und Handelns, die uns hier besonders interessieren, finden wir in Freiburg. Einmal die Freiburger Bekennende Kirche, sie hatte ihren Mittelpunkt in der Christuskirche um den dortigen Pfarrer Hermann Weber (1892 - 1937), bzw. seit 1937 seinen Nachfolger Otto Hof (1902 - 1980). Verstärkung erhielt sie durch weitere Pfarrer, zu nennen ist hier etwa Karl Dürr, sowie durch prominente Mitglieder der Freiburger Universität, wie etwa der Neuzeithistoriker Gerhard Ritter. (Weber, Dürr und Ritter vertraten z.B., gemeinsam mit einem vierten, Friedrich Dittes, Baden, auf der Barmener Bekenntnissynode Mai 1934.)

Das zweite Zentrum finden wir in der Freiburger Universität, besonders in der "Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät", aber auch an anderen Fakultäten. So war beispielweise der Nationalökonom Walter Eucken ein profilierter und mutiger Gegner des Rektors der Jahre 1933/34, des Philosophen Martin Heidegger. Eine gewisse Institutionalisierung fand dieser widerständige Geist in einer eher privaten Übung, die seit dem Wintersemester 1933/34 in jedem Semes-

ter bei dem emeritierten Nationalökonom Karl Diehl (1864-1943) abgehalten wurde. Hier trafen sich Hochschullehrer, Assistenten und Interessierte zu einem offenen Meinungsaustausch, wobei die Veranstaltungen häufig unter einem bestimmten Thema standen. An dieser Veranstaltung nahmen auch Gerhard Ritter, Adolf Lampe, Walter Eucken teil. 1937 stieß auch Constantin von Dietze zu diesem Kreis, nachdem er von Berlin an die Freiburger Universität gewechselt war. Dessen regimekritische Auffassung war bekannt. Wir können in diesem Seminar die "Keimzelle der späteren Freiburger Kreise" sehen, ging doch von hier die Initiative zur Bildung des sog. "Freiburger Konzils", des ersten der Freiburger Kreise aus.¹

Entstanden ist dieses Konzil im Angesicht der Novemberpogrome 1938; die Erfahrungen der sinnlosen Zerstörung und der eruptiven und doch wohl geplanten Gewalt, führte nun eine kleine Gruppe von Menschen zusammen, die sahen, dass der fachliche, interdisziplinäre Austausch allein nicht mehr reichte, dass sich nun die Frage der "politisch-ethischen Konsequenzen"² aufdrängte. Initiatoren des Konzils waren Constantin von Dietze und Adolf Lampe.

Anders als die Abende bei Karl Diehl, drehten sich die Treffen des Konzils, sie fanden reihum in den Wohnungen der Mitglieder statt, um politisch-theologische Grundsatzreflexionen. Man rang dabei mit Römer 13 (Jedermann sei Untertan der Obrigkeit), mit der Frage: "Was ist der letzte Sinn des Gehorsamsgebots" (Ritter, 656). In diesem Rahmen entstand dann auch die Schrift "Kirche und Welt", die erste Freiburger Denkschrift von 1938.

2. Die Freiburger Denkschrift

Diese Schrift machte das Konzil über Freiburg hinaus bekannt, gerade innerhalb der Bekennenden Kirche. Dazu trug nicht zuletzt Constantin von Dietze bei, der über sehr gute Kontakte zur BK und zur Ökumene verfügte (wie übrigens auch Ritter). Hieraus erklärt sich die Tatsache, dass die Freiburger durch Dietrich Bonhoeffer um eine Ausarbeitung für die geplante Weltkirchenkonferenz gebeten wurden. (Ein Aspekt, den ich hier nicht weiter zu verfolgen brauche.)

Zur Erfüllung ihrer Aufgabe, (Grundsätze einer

gesunden, auf christlicher Grundlage ruhenden Außen- und Innenpolitik", 567) bildeten einige Teilnehmer daraufhin eine gesonderte Gruppe, die sich an die Ausarbeitung machte. Die Bezeichnung für die Gruppe schwankt in der Literatur - im Anschluß an den Ausstellungskatalog über den Freiburger Kreis von 1990 nenne ich sie "Arbeitskreis Freiburger Denkschrift"³. (Häufig findet man in der Literatur auch den Namen "Freiburger Bonhoeffer-Kreis".)

Ihr gehörten die Professoren Constantin von Dietze, Adolf Lampe, Walter Eucken und Gerhard Ritter an, alles Personen, die zur BK in Freiburg gehörten. Diese erarbeiteten vertraulich und geheim den Hauptteil der Denkschrift, wobei die Abfassung des Haupttextes sowie die redaktionelle Bearbeitung von Gerhard Ritter vorgenommen wurden.

Zur Besprechung der Texte fand dann vom 17. bis 19. November 1942 eine geheime dreitägige Arbeitssitzung im Hause Constantin von Dietzes statt. An ihr nahmen wohl folgende Personen teil:

- **Carl Goerdeler**, einer der Koordinatoren des bürgerlichen Widerstandes; er verfügte über Kontakte zu Ritter, Lampe, Dietze etc.
- **Helmut Thielicke** als Beauftragter des Württembergischen Landesbischofs Wurm; Thielicke hatte Reise- und Redeverbot
- **Walter Bauer**, Unternehmer in Berlin, er kam über Dietrich Bonhoeffer in diesen Kreis
- **Otto Dibelius**, auch er war aus Berlin angereist
- **Franz Böhm**, Staatsrechtler, bis 1936 in Freiburg, danach in Jena, dort aber 1937 entlassen
- **Erik Wolf**, Staatsrechtler aus Freiburg (dazu natürlich noch die genannten Ritter, Lampe, Eucken, v. Dietze)

Dem Kreis lagen drei Texte vor:

- der Hauptteil der Denkschrift "Politische Gemeinschaftsordnung", verfaßt von Gerhard Ritter,
- ein Text zur "Rechtsordnung", verfaßt von Erik Wolf, überarbeitet und ergänzt von Franz Böhm,
- sowie ein Text zur "Wirtschafts- und Sozialordnung" von den drei Nationalökonomern Eucken, Lampe und von Dietze. (Diese beiden Texte wurden später als Anhänge der Denkschrift beigegeben.)

Diese Texte wurden intensiv und kontrovers diskutiert, der uns heute vorliegende Text ist so das Ergebnis eines Diskurses, wobei gerade die genannten Anhänge in ihrem Kernbestand einfließen.

Ergebnis dieser Beratungen war nun, dass man noch weitere Texte für die Denkschrift in Auftrag gab, sollten doch bestimmte Aspekte intensiver ausge-

leuchtet werden:

- **Otto Dibelius** lieferte den Text zur Kirchenpolitik.
- **Friedrich Delekat**, Dresdner Theologe mit guten Kontakten zur BK, zu Erziehungsfragen.
- **Constantin von Dietze** beschäftigte sich mit "Vorschlägen für eine Lösung der Judenfrage in Deutschland", ein insgesamt problematischer Text, der nach den Aussagen einiger Zeitzeugen freilich im weiteren Verlauf der Debatte keine Rolle mehr gespielt haben soll, der aber, so Helmut Thielicke 1979, die Zeitgebundenheit der Aussagen dokumentiert.
- **Friedrich Justus Perels**, Justitiar der Bekennenden Kirche, schließlich sollte den Anhang zu den "Rechtsfragen" noch um einige kirchliche Aspekte erweitern, dieser Text ist freilich nie in die Denkschrift eingeflossen, Perels ist später von den Nazis ermordet worden.

Ergebnis all dieser Bemühungen war dann ein im Frühjahr 1943 fertiggestellter Text. Hier spielte gerade Constantin von Dietze eine Schlüsselrolle, er diskutierte Teile der Denkschrift in Berlin "mit den Berliner Freunden", hier traf er etwa auch mit Friedrich Delekat zusammen, der nie in Freiburg anwesend war.

Von der Denkschrift wurden dann nur drei Exemplare angefertigt. Eines vergrub Gerhard Ritter im Schwarzwald; dieses heute im Nachlaß Ritter befindliche Exemplar bildete dann die Textgrundlage für die textkritische Ausgabe.

Nun komme ich endlich zur eigentlichen Struktur.

Bereits die etwas umständlich klingende Überschrift verdeutlicht die Zielsetzung und Ausgangslage der Autoren. Zwei fixe Punkte werden genannt: das eigene christliche Gewissen. Die Freiburger Denkschrift argumentiert stark personalistisch, setzte zugleich aber in einem Gemeinschaftsgedanken einen übergeordneten Bezugsrahmen, sodann die feste Verankerung der Gedanken in die politische Situation der Zeit. Dabei wurde der Begriff des Gewissens "nach evangelisch-lutherischem Verständnis" aufgefaßt. Mit dem Begriff der "Gemeinschaftsordnung" möchte man dann für eine zukünftige politische Gesellschaftsordnung eine Leitidee entwickeln.

Damit stellt die Denkschrift den Versuch dar, eine "Ethik des Politischen" zu formulieren, die dann auf reformatorischer Grundlage stehen sollte, in expliziter Ablehnung anderer theologischer Konzeptionen. Gerade das gegenwärtige Luthertum - Helmut Thielicke spricht vom "Neuluthertum", das in "hilfloser Lage" sei (660) - wird zurückgewiesen. Dagegen bezieht man sich, ganz in der Tradition Ritters, auf die reformatorischen Grundlagen zurück. In diesem Sinne wird die Zwei-Reiche-Lehre ausdrücklich verteidigt

und zur Grundlage der Überlegungen gemacht: "Und es ist nicht nur unchristlich, sondern auch unreformatorisch, sich dieser Verantwortung durch den Hinweis auf angebliche ‚Eigengesetzlichkeit‘ des politischen Lebens zu entziehen. ... Eine Kirche vollends, die sich heute in den Winkel verkriecht, kapituliert vor der allgemeinen Säkularisation der Welt und verdient das Gericht des Herrn." (662)

Was setzt man nun dagegen: Die politische Mitverantwortung der Christen und der Kirche, die Aufgabe der Laien als Christen in weltweiter Verantwortung. (Zitat S. 663f.)

Soweit zu einigen grundlegenden Überlegungen, wie Gerhard Ritter sie in der Einführung der Denkschrift formuliert hat.

Der **erste Hauptteil** bringt dann auf einem hohen intellektuellen Niveau eine Bestandsaufnahme der Gegenwart: "Die politische Krisis unserer Epoche ist zutiefst eine seelisch-geistige" (37). Hier spürt man den Neuzeithistoriker Gerhard Ritter deutlich heraus, der geschichtliche Erklärungsmuster zu beschreiben versucht, zugleich aber auch mit dem von ihm immer wieder verwendeten Begriff der "Dämonie der Macht" operiert.

Der **zweite Hauptteil** (Grundzüge einer politischen Gemeinschaftsordnung nach christlichem Verständnis) ist noch einmal zweigeteilt.

Zunächst werden "allgemeine Grundsätze" entwickelt. Sie verdeutlichen sowohl den evangelisch-lutherischen Standpunkt der Autoren als auch ihr Verständnis der historisch-politischen Einsichten. Dabei war ihnen bei der Ausarbeitung durchaus bewußt, dass Aussagen für eine zukünftige Gesellschaftsordnung von der konkreten Nachkriegssituation abhängen werden. Die Frage, die man sich stellt ist, wie die Dämonie der Macht gebändigt werden kann. Die Sicherung der Rechte der einzelnen Persönlichkeit, die Regelung eines einvernehmlichen Verhältnisses zwischen dem einzelnen Individuum und der Gemeinschaft und die Konkretisierung der Idee der Gerechtigkeit werden beschrieben.

Dies führt dann zu den konkreten, praktischen Forderungen und Gestaltungsmöglichkeiten.

Die **Anhänge** ebenso wie die praktischen Forderungen stellen keinen konsistenten, einheitlichen Text dar, hier spürt man auch in den Themensetzungen wie in den inhaltlichen Aussagen Unterschiede.

Hier nun der Aufbau der Freiburger Denkschrift im Überblick:

Politische Gemeinschaftsordnung - Ein Versuch zur Selbstbestimmung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit.

Zur Einführung (in den deutschen Kirchen)

1. Hauptteil: Das politische Chaos unserer Zeit und seine Ursachen

2. Hauptteil: Grundzüge einer politischen Gemeinschaftsordnung nach christlichem Verständnis

1. Kapitel: Allgemeine Grundsätze

2. Kapitel: Praktische Forderungen

Abschnitt A: Zur Innenpolitik

Abschnitt B: Zur Außenpolitik

Anhang 1: Rechtsordnung (Wolf / Böhm)

Anhang 2: Kirchenpolitik (Dibelius)

Anhang 3: Erziehung (Delekat)

Anhang 4: Wirtschafts- und Sozialordnung (von Dietze, Lampe, Eucken)

Anhang 5: Vorschläge für eine Lösung der Judenfrage in Deutschland (von Dietze)

¹ Christine Blumenberg – Lampe, *Das volkswirtschaftliche Programm der ‚Freiburger Kreise‘. Entwurf einer freiheitlich – sozialen Nachkriegswirtschaft. Nationalökonomien gegen den Nationalsozialismus, (Volkswirtschaftliche Schriften, 208), Berlin 1973, 17.*

² *Ausstellungskatalog Freiburger Kreis, 62.*

³ *A.a.O.; 77.*

Nur eine kurze Epoche ...

Zum Verhältnis von Theologie und Ökonomie bei den Freiburgern

von Traugott Roser

Zwischen 1941 und 1944: Anfang und Ende einer beispiellosen Zusammenarbeit

Am 18. Juli 1944, zwei Tage vor dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler, fand in Jena ein denkwürdiges Ereignis statt. Es war die Feier des 80. Geburtstages von Ricarda Huch. Der Theologe Gerhard von Rad, eng befreundet mit der Dichterin, erinnert sich an das Fest: "Es war ein herrlicher Sommertag, und einige der Aufführungen waren besonders schön. Und doch ist uns das Herz sehr schwer geworden: Wir wussten klar: Das war das Ende. Nicht nur das nahe Ende eines hochverehrten Menschen, sondern auch einer ganzen Zeit."

Zur Aufführung gelangte das Stück "Die Himmelsgabe", verfasst vom Schwiegersohn Ricarda Huchs, dem Wirtschaftrechtler Franz Böhm (1895-1977). Er verfasste gemeinsam mit dem Freiburger Juristen Erik Wolf den Anhang I "Rechtsordnung" der Freiburger Denkschrift. Franz Böhm, von 1933 bis 1937 an der Freiburger Universität tätig, war 1937 mit der Vertretung der Professur Hueck in Jena betraut worden, die ihm jedoch schon im März 1938 wieder entzogen wurde wegen eines Disziplinarverfahrens. Böhm war, so gut dies von Jena aus möglich war, an den Freiburger Kreisen beteiligt. Sein Wartestand hat dies ermöglicht, wie er auch Muße hatte, das Stück zu Ehren der Schwiegermutter zu verfassen. Das Ereignis wäre keiner großen Erwähnung wert, wenn nicht zwei Tage nach dieser Aufführung das Ende der wohl beispiellos zu nennenden Zusammenarbeit von Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlern und Theologen gekommen wäre. Mit den Inhaftierungen zahlreicher prominenter Vertreter des Widerstands in Folge der Ereignisse des 20. Juli kommt diese Kooperation zum Erliegen. Das Festspiel "Die Himmelsgabe"¹ wirkt gleichwohl wie ein verdichtetes Zeugnis des Geistes, aus dem diese Kooperation lebte.

Auf die Handlung des Stücks kann hier nicht näher eingegangen werden. Das Thema, von Böhm in die griechisch-antike Mythologie verlegt, ist die Säkularisation und ihre Folgen für Wissenschaft und Künste. Säkularisation meint auch eine Religiosität, die sich freiwillig auf das Jenseitige zurückzieht: "Der Götterwohnsitz fern der Welt, / Ganz ohne Zeit und Raum und Zank und Kampf / Bloß ausgefüllt mit lauter

Majestät". Wissenschaft, Geschichtsschreibung und kulturelles Leben lassen sich im Zuge des Säkularismus gleichschalten durch eine "neue Weltanschauung", der Vergötzung politischer Macht und Gewalt. Der religiöse Mensch, der sich der Gleichschaltung entziehen will, bleibt - wie auch der Kritiker - von Verfolgung nicht verschont. Gegen den totalen Staat gerichtet, resümiert Böhm: "So dirigiert ein Häuflein Sterblicher / Den Daseinskampf der Sterblichen gleich Gott". Am Ende des Stücks aber überreichen die letzten Boten der Götter der Jubilarin eine Himmelsgabe, einen Funken Geist als die Stimme des Gewissens zur Ermahnung: "Die Besten sammle dir als treue Herde! Und führ der Götter Sache auf der Erde! Die Vollmacht, die uns ward, sei dir zuteil!"

Machtergreifung, Gleichschaltung des öffentlichen und wissenschaftlichen Lebens, Krieg, Verfolgung - aber auch Widerstand aus Gewissens- und Glaubensgründen - "Die Himmelsgabe" ist eine Summe der Ereignisse der vorausgegangenen Jahre.

In dem Stück spiegelt sich das Selbstverständnis, ja Selbstbewusstsein der Freiburger Kreise wieder. Im gedachten Publikum waren viele derer, die im Zuge des missglückten Attentats auf Adolf Hitler nur zwei Tage später verhaftet wurden: Dietrich Bonhoeffer, Carl Goerdeler, Constantin von Dietze, Adolf Lampe und Gerhard Ritter. Mitglieder des Widerstandskreises, in dem die Freiburger Denkschrift entstand.

Bezeichnet der Juli 1944 das gewaltsame Ende, so sei auch an einen Ausgangspunkt dieser Kooperation erinnert. Nur wenig mehr als drei Jahre vorher, am Pfingstfest 1941 tagte die Gesellschaft für Evangelische Theologie in Alpirsbach. Rudolf Bultman hielt seinen berühmten Entmythologisierungsvortrag². Bei der Tagung war auch Franz Böhm anwesend. Aber ein anderer Freiburger hatte in Alpirsbach einen wichtigen Auftritt: Constantin von Dietze. Er referierte "Über Nationalökonomie und Theologie". Den Vortrag veröffentlichte er 1947 zusammen mit dem nur wenig veränderten Anhang IV "Wirtschafts- und Sozialordnung" der Freiburger Denkschrift³.

Von Dietze, 1935/36 Vorsitzender des Vereins für Sozialpolitik, zu dem auch Walter Eucken gehörte, hatte seit 1937 einen Lehrstuhl an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwig-

Universität Freiburg, als Nachfolger Prof. Karl Diehls. Er war gemeinsam mit dem Historiker Gerhard Ritter und dem Juristen Erik Wolf an den Vorarbeiten für die Weltkirchenkonferenz in Oxford 1937 beteiligt; ab 1938 war er Mitglied im Reichsbruderrat. Mit von Dietze kommt es zur Verknüpfung der Freiburger Schule der Nationalökonomie und der Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche. Der Vortrag bei der Alpirsbacher Woche liest sich wie ein Prolog zu den wirtschaft- und sozialpolitischen Überlegungen der Freiburger Denkschrift. Er zieht in einem ersten, historischen Teil die Summe aus den bisherigen Berührungspunkten zwischen Nationalökonomie und Theologie, bevor er im systematischen Teil das Verhältnis neu zu bestimmen versucht. Constantin von Dietze appelliert an die versammelten Theologen: dies ist ein "Hilferuf der Nationalökonomie an die Theologie" - nur von ihr könne die entscheidende Orientierung über den Gehalt der Gerechtigkeit ausgehen. Der Hilferuf freilich war auch Protest gegen Dialektische Theologie und Ordnungstheologie zugleich, sofern sie sich nicht zu Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens äußern wollten.

Von Dietze berief sich in seinen nationalökonomischen Ausführungen auf seinen Freiburger Kollegen Walter Eucken, dessen "Grundlagen der Nationalökonomie" er vorstellt. Diese Ausführungen hatten den Sinn, die Punkte aufzuzeigen, wo Theologie und Nationalökonomie aneinander anknüpfen können.

Man wird behaupten können, dass durch den Vortrag Constantin von Dietzes die Freiburger Schule der Nationalökonomie zum ersten Mal einem Forum evangelischer Theologen nahegebracht wurde. War von Dietze den Theologen der Bekennenden Kirche längst bekannt, hatten sie auch von der Zusammenarbeit zwischen Freiburger Hochschullehrern und Pfarrern der Bekennenden Kirche in Freiburg gehört, so dürfte spätestens seit Alpirsbach auch das Programm der Freiburger Schule ein Begriff gewesen sein. So verwundert es nicht, dass sich die Vorläufige Leitung der Bekennenden Kirche gezielt an die Freiburger wandte mit der Bitte, ein Grundsatzpapier zur "gesunden, auf christlicher Grundlage ruhenden Außen- und Innenpolitik" Deutschlands auszuarbeiten⁴. Dietrich Bonhoeffer suchte von Dietze auf und wandte sich auch direkt an Lampe, Eucken und Ritter; der Freiburger Denkschriften-Kreis begann seine Zusammenarbeit, die in der Denkschrift "Politische Gemeinschaftsordnung" mündete. Zwischen 1941 und 1944 kommt es also zu jener außergewöhnlichen Phase hochkonzentrierter Zusammenarbeit. Aus dem Hilferuf an die Theologie war eine Bitte an die Nationalökonomie geworden.

Diese Phase hat ihre Vorgeschichte in der inter-

disziplinären Zusammenarbeit von Juristen und Wirtschaftstheoretikern seit Anfang der dreißiger Jahre in Freiburg. Thema war die "Interdependenz wirtschaftlicher und rechtlicher Ordnungen"⁵. Alle beteiligten Professuren machten schon 1933, zum Teil schon lange vorher, aus ihrer antinationalsozialistischen Gesinnung kein Hehl. Jeder war mit den braunen Machthabern in Konflikt geraten. Vollends deutlich wurde dies in der Auseinandersetzung um das Rektorat Heideggers an der Freiburger Universität. Lampe und Eucken gehörten zu den exponiertesten Gegnern Heideggers. Erik Wolf dagegen, von Heidegger zum Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät ernannt, musste wegen deren Widerstand bald schon zurücktreten. Auch wenn er später am Freiburger Denkschriften-Kreis beteiligt war, wurde er doch nie zu den Sitzungen eingeladen. Schließlich gehörten die Forscher in Freiburg allesamt zur Christuskirche, dem Zentrum der Bekennenden Kirche. Freilich hatte ihr Protestantismus ein je anderes, individuelles Profil: Von der pietistischen Frömmigkeit Adolf Lampes über den kirchenpolitisch und theologisch engagierten Protestantismus von Dietzes bis hin zum Luthertum Gerhard Ritters. Walter Eucken wird Ferne zu Person und Werk Luthers nachgesagt. Nach Selbstauskunft Euckles ist sein "Christentum ... das eines Leibniz oder Kant"⁶, also eher die Schätzung der kulturbildenden Kraft des Christentums. Ähnliches gilt auch für Franz Böhm. Die genannten Elemente: Wissenschaftsgeist, Interdisziplinarität, NS-feindliche Gesinnung und Christentum waren der Boden für die Kooperation. Worin besteht ihre besondere Bedeutung?

Ich möchte dies an drei Punkten durchführen:

- * Selbstverständnis
- * Fundamentale Übereinstimmungen: Person – Gesellschaft – Macht
- * problematische Themen: Naturrecht

Selbstverständnis: Gewissensfreiheit und selbstbewusste Laienschaft

Die Einführung in die Freiburger Denkschrift ist aufschlussreich. Man verstand sich als Teil der 'Kirche', die in der historischen Situation "eine ganz neue Aufgabe" wahrzunehmen habe: den "Gewissensappell nicht an die Machthaber, sondern an das Volk selbst"⁷. Freilich waren sich die Freiburger bewusst, dass sie zunächst nur einen kleinen Kreis erreichen konnten. Der Auftrag zur Denkschrift ließ aber eine größere Öffentlichkeit nach Kriegsende erwarten.

Sie verstanden sich, zumindest dort, wo Gerhard Ritter die Texte verfasst, als Lutheraner, die mit dem politischen Quietismus eines Teils des Luthertums bre-

chen. Explizit wandten sie sich gegen eine Äußerung von Paul Althaus in dessen Veröffentlichung zu "Luther in der deutschen Kirche der Gegenwart" (1940), die vor einer "Zensur des politischen Lebens im Namen Jesu und des Evangeliums" warnte und die Eigen-gesetzlichkeit der politischen Wirklichkeit unterstrich. Dagegen die Freiburger Denkschrift: "Eine Kirche vollends, die sich heute in den Winkel verkriecht, kapituliert vor der allgemeinen Säkularisation der Welt und verdient das Gericht ihres Herrn." Die "deutschen Reformationskirchen tragen eine schwere Mitschuld an dem totalen Verfall unserer politischen Gesittung, indem sie das 'Politische' als eine dem christlichen Gewissen fremde Sphäre gleichsam ausklammerten"⁸.

Die fremde Kritik am "sakralen Charakter"⁹ staatlicher Obrigkeit im lutherischen Verständnis markiert allerdings den Endpunkt einer Entwicklung des politischen Denkens der Freiburger. Zu Beginn der nationalsozialistischen Machtergreifung teilten sich einige Vertreter der Freiburger die Einschätzung großer Teile des Protestantismus, dass nun ein Aufbruch die zerrissene und gedemütigte Nation einen werde. Die Entbindung vom parlamentarischen Parteienstreit war vielen willkommen; die katastrophalen Folgen wollte man noch nicht ahnen. Franz Böhm etwa hatte noch 1934 in einem Beitrag zur Zeitschrift "Die Tatwelt" "Blankovollmachten" des tatwilligen Staates für gut befunden¹⁰. Diese Haltung, die im Haupttext an mancher Stelle noch nachhallt, änderte sich bald, mussten die meisten Freiburger doch bald schon den Zugriff der politischen Macht auf ihre eigene Person erleiden. In dem Disziplinarverfahren, dem sich Franz Böhm wegen einer in einem Privatkreis geäußerten Kritik an der NS-Rassenpolitik stellen musste - und das sich von 1937 bis 1940 hinzog - äußerte Böhm: "Ich anerkenne den Anspruch des Staates auf disziplinierte Haltung bei abweichender Ansicht auf Unterlassen öffentlichen Polemisiereins und Opponierens der Beamten gegen offizielle Lehrmeinungen. Aber ich bestreite den Anspruch auf innere Gewissensbindung in so problematischen Fragen wie der Rassenfrage und bestreite insbesondere den Anspruch auf Mundhalten und Leisetrete-rei im Gespräch mit Parteiangehörigen im engen Kreis, wenn Erscheinungen zur Sprache kommen, die man pflichtgemäß für schädlich hält."¹¹ Aus dieser Erfahrung heraus suchte Böhm im übrigen noch vor Beginn der Arbeit des Freiburger Denkschriften-Kreises persönlichen Kontakt zu Carl Goerdeler, der wegen eines ähnlichen Konfliktes zwischen Amtstätigkeit und Gewissensfreiheit sein Amt als Oberbürgermeister verloren hatte.

Die Freiheit des Gewissens, dem die Freiburger Denkschrift eine "Selbstbestimmung" möglich machen will, hatte nicht abstrakte Bedeutung, sondern lebens-geschichtlich-konkrete Folgen.

Der Dienst am christlichen Gewissen führte die Freiburger schließlich dazu, über Individualethik hinaus Sozialethik zu betreiben. Nicht weil es besondere christliche Ordnungen gebe, sondern nur solche, die dem Einzelnen die Möglichkeit gewähren, nach seinem Gewissen zu handeln - oder ihn in dieser Freiheit zu berauben. Im Schutz der Gewissensfreiheit vor dem Zugriff jeglicher Form von Gewalt liegt nach Meinung der Freiburger der Grund, weshalb Kirche Stellung zu Wirtschaft und Politik nehmen muss.

Versuche, Äußerungen zu Wirtschaft und Politik direkt aus der Bibel oder Bekenntnis zu formulieren, führen nach Ansicht der Freiburger Denkschrift aber zu einer Paralyse. Nüchtern heißt es, "dass es fast unmöglich, die deutschen evangelischen Kirchenführer selbst zur Verteidigung elementarster Anliegen der Kirche dem Staat gegenüber in eine Front zu bringen." Die Verfasser meinten sogar, dass die Kirchenführer, gefragt nach Ende des Krieges zu ihrem Beitrag zum Neuaufbau Deutschlands, "ohne Zweifel die Antwort schuldig" bleiben und das Feld der katholischen und der anglikanischen Kirche überlassen würden¹².

Wo die kirchlichen Theologen scheitern, gebe es aber im Kirchenvolk Auswege; denn dort finde sich der nötige "Sachverstand" für eine "politische Ethik" und eine "Ethik der Wirtschaft". Gerade weil die protestantischen Kirchen keine Priesterkirche seien, habe die "Laienschaft", so der in der Denkschrift gebrauchte Begriff, "vor Gott die Pflicht", zur Realität Stellung zu nehmen. Ihr jeweiliger "Beruf" bringe es mit sich, die gesetzmäßige Struktur von Politik und Wirtschaft zu untersuchen und dieses Wissen kritisch anzuwenden. "Was die Kirche nicht selbst zur Wirtschaftsordnung zu sagen berufen ist, hat sie den christlichen Laien zu überlassen. Sie kann ihnen aber die Verpflichtung einschärfen, sich um eine gedeihliche, der konkreten Situation gerecht werdende Wirtschaftsordnung in der Verantwortung vor Gott zu bemühen", heißt es im Anhang IV zur Wirtschaft- und Sozialordnung.

'Laienschaft' war im Verständnis der Freiburger keine Kategorie kirchlicher Hierarchie. Sie bezeichnete vielmehr den Stand inmitten der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Welt, der mit dem lutherischen Berufs-Begriff beschrieben wird. Ihre Aufgabe ist darum nicht ein Dienst in und an der christlichen Gemeinde etwa in liturgischen Vollzügen oder amtskirchlichen Strukturen. Die Laien sorgten vielmehr für die Weltzugewandtheit der Kirche. Sie seien auch nicht dazu da, der Theologenschaft das nötige Sachverständnis beizubringen, damit diese sich öffentlich äußern könne. Die Stimme der Laienschaft ist nach Ansicht der Freiburger selbstständig und einer kirchenamtlichen Äußerung ebenbürtig.

In dieser Betonung des Laienelements liegt meiner Ansicht nach eine der bislang wenig beachteten Stärken der Freiburger Denkschrift. Es wundert nicht, wenn Helmut Thielicke davon berichtet, dass bei den Treffen der Freiburger Kreise auch die Gründung evangelischer Akademien geplant wurde¹³. Tatsächlich lässt sich feststellen, dass die Freiburger in der Nachkriegszeit auffällig häufig auf Tagungen der Evangelischen Akademien Referenten waren. In der Evangelischen Akademie Anoldshain waren von den Freiburgern zu Gast: Erik Wolf, Adolf Lampe, Walter Bauer und Erich Preiser. Franz Böhm - zu diesem Zeitpunkt Kultusminister Hessens - war gar Redner bei der ersten Akademietagung der Vorgänger-Akademie Anoldshain (Echzell) mit seinem Vortrag "Die private Macht in der Wirtschaft" im Juni 1946. Bei der Festveranstaltung zum zehnjährigen Bestehen der hessischen Akademiearbeit ist Böhm einer der vier Festredner¹⁴ - und zwar über "Christentum und liberale Freiheitsidee".

Fundamentale Übereinstimmungen: Person – Gemeinschaft – Macht

Was waren inhaltliche Übereinstimmungen zwischen Theologen und den Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlern, die sich an den Texten erkennen lassen?

Hier wird zu differenzieren sein zwischen den unterschiedlichen Textteilen der Denkschrift. Für den Haupttext samt Einleitung zeichnet nach eigenem Bekunden der Historiker Gerhard Ritter verantwortlich. Aus diesem Hauptteil ergeben sich Themen, die im interdisziplinären Gespräch Gewicht hatten, die jedoch von den Teilnehmern je unterschiedlich weitergeführt wurden.

Eine der Schlüsselsätze findet sich zu Beginn des ersten Hauptteils. Dort schreibt Ritter über das "politische Chaos unserer Zeit und seine Ursachen": "Die politische Krisis unserer Epoche ist zutiefst eine seelisch-geistige Krisis."¹⁵ Krieg, übersteigter Nationalismus, Völkerhass und Massenmord führte Ritter im historischen Exkurs auf eine lange Verfallsgeschichte zurück, die sich in manchen mit dem trifft, was später der Nationalökonom und Religionssoziologe Alfred Müller-Armack in seinem Buch "Jahrhundert ohne Gott" beschrieb. Manches meint man auch wieder zu finden in Franz Böhms "Himmelsgabe". Interessant - und für heutige Leser befremdlich - ist allerdings, wie Ritter die Barbarei in Deutschland durch ein seiner Ansicht nach nicht minder großes, ja manchmal größeres Chaos bei den europäischen Nachbarn relativierte. Verfall meinte Ritter auch wiederzufinden im Kulturprotestantismus. Aber: "Die Frage war nun, wie lange diese 'Kulturgesinnung' eines mehr oder weniger

säkular gewordenen Christentums als Rückhalt politischer Moral ausreichen, wie lange sie sich würde behaupten können gegenüber jener Dämonie, die in dem natürlichen Macht- und Geltungsdrang einmal politisierter Massen steckt."¹⁶ Lange würde sie in keiner der westlichen Demokratien mehr halten. Ihnen allen würde, so seine These, über kurz oder lang blühen, was der Faschismus - und schlimmer noch (!) - der "Bolschewismus" vorgemacht hätten: "Vergötzung der Staatsgewalt". Säkularismus und Massenmenschtum sind Bedrohungen, denen humanistischer Idealismus nicht auf Dauer widerstehen wird: "Wahrlich, es gibt keine politische und Kulturideale in Europa, die von sich aus stark genug wären, dem Ansturm des Ungeistes zu widerstehen, das Menschenmassentum wieder zu rechter Gemeinschaft umzubilden, die sittliche Freiheit der Person zu retten gegen die brutale Gewalt, der Dämonie der Macht Zaum und Zügel anzulegen, den politischen Machthabern und Volksführern die Schranken ihrer Verantwortlichkeit ins Gewissen zu rufen - solange nicht wahre Gottesfurcht wieder in den Menschen lebendig wird."¹⁷ In diesem - Ritter scheute keine apokalyptische Dimension - "Entscheidungskampf" des "Antichrist" wider Gott "Ist die Christenheit aufgerufen, anzutreten zu entschlossenem Widerstand mit Einsatz aller ihrer geistigen Kräfte". Dann ist aber nicht von einer Rechristianisierung Europas die Rede, sondern: "Es gilt, der Dämonie des Politischen mit Gottes Hilfe ein Stück vernünftiger, sittlicher Weltordnung abzutrotzen." Folgende Begriffe scheinen mir leitend zu sein: sittliche Freiheit der Person, Massenmenschtum, Dämonie der Macht und sittliche, vernünftige Weltordnung.

Person: zwischen sittlicher Persönlichkeit und Entpersönlichung

"Das Recht gehört zu den Ordnungsaufgaben, die aus dem Personsein des Menschen folgen." Zu Beginn des Anhangs I "Rechtsordnung" gaben Erik Wolf und Franz Böhm ihr Programm in Übereinstimmung mit der ganzen Denkschrift zu erkennen. Mit dem Begriff der Personalität erinnerten sie an die Geschöpflichkeit des Menschen, seine Unmittelbarkeit zu Gott. Die Person habe vorstaatliches Recht. Der Schutz der Freiheitsrechte der sittlichen Persönlichkeit sei oberstes Ziel aller Rechts- und Wirtschaftsordnung. Im Personenbegriff als leitenden Begriff liegt laut Friedrich Wilhelm Graf ein "Grundkonsens in der protestantischen Theologie nach 1900"¹⁸ vor, der von einigen Religiösen Sozialisten bis hin zum konservativen Luthertum reiche. Der Grundkonsens reicht offensichtlich weiter. Der Begriff der sittlichen Persönlichkeit begegnet in der literarischen Welt Ricarda Huchs ebenso wie im Schaffen des Vaters Walter Eucken, des Nobelpreisträgers Rudolf Eucken.

Das gilt dann umgekehrt auch für die Gegenbegriffe der 'Entpersönlichung': 'Atomisierung' und 'Vermassung' und 'Massenmenschentum', die in der Freiburger Denkschrift so häufig begegnet wie in anderen Widerstandskreisen. Hans Mommsen attestiert ihnen eine Reaktion auf die eigengesetzliche Entwicklung der technischen und wirtschaftlichen Welt wie auf wachsende Verwaltung und Bürokratie. Es sei der Versuch, einer Tendenz moderner Sozialordnung zu widerstehen, in der durch zunehmende Automatisierung und Mechanisierung die Verantwortung des Einzelnen mehr und mehr an den Apparat abgetreten werde – und damit auch die einzelne Person in ihrer Verantwortlichkeit nicht mehr greifbar sei.¹⁹

Für die wirtschaftsethischen Vorstellungen spielen die Begriffe insofern eine Rolle, als in der Freiheit des wirtschaftlichen Akteurs in der liberalen Wirtschaftsordnung eine Befreiung der Einzelpersonlichkeit erkannt wurde. Das gilt interessanterweise auch in dem Sinn, den man heute mit dem Begriff "Nachhaltigkeit" kennzeichnet, wie Eucken, Lampe und von Dietze in Anhang IV formulierten: "Die Wirtschaft hat den lebenden und künftigen Menschen zu dienen, ihnen zur Erfüllung ihrer höchsten Bestimmungen zu helfen." Explizit verlangt die Denkschrift, dass die Wirtschaftsordnung es möglich machen müsse, die ersten drei Gebote zu befolgen, also beispielsweise den Sonntag zu ehren. Aber: Die Wirtschafts- und Rechtsordnung könne nicht sicherstellen, dass sittlich gehandelt werde. Sie dürfe die Menschen nicht verbessern oder erziehen wollen. Vielmehr gelte, dass "die Menschen so genommen werden wie sie sind; die wirklich vorhandenen Kräfte müssen richtig eingesetzt und genutzt werden, so vor allem das Streben der Menschen, für sich selbst und für die Ihrigen das Leben möglichst gut zu gestalten."²⁰

Die Denkschrift ließ unterschiedliche Präzisierungen im Freiheitsbegriff zu und beschränkte sich: "Die neue Ordnung soll allgemein wirtschaftlichen Anforderungen bestens entsprechen und sittlichen Forderungen gerecht werden. Sie wird freilich als Wirtschaftsordnung nicht von sich aus sittliche Haltung schaffen und gewährleisten. Sie kann und soll aber ein Minimum an Versuchen anstreben und denjenigen Kräften die Wirkungsmöglichkeiten freigeben, die berufen sind, die Menschen sittlich zu beeinflussen."²¹ Konkret bedeutet dies, dass die Wirtschafts- und Sozialordnung einerseits nach ihrem realistischen Menschenbild durchaus mit egoistischen Defektoren rechnet; die Sozialordnung mit Freiheit der Vereinsbildung, Freiheit der Kirchen und Schutz der Familien Sorge aber dafür, dass sittliche Erziehung möglich werde. Zudem werde durch Rechtsschutz und Schutz vor Marktmacht die Möglichkeit gesichert, nicht zu unsittlichem Verhalten gezwungen zu werden. In der

neueren wirtschaftsethischen Diskussion finden sich diese Überlegungen wieder in der Theorie des homo oeconomicus als eines Tests von Rahmenordnungen.²²

"Echte" Gemeinschaft zwischen Eigenrecht und staatlichem Zugriff

Zweiter fundamentaler Begriff neben der Person war in der Denkschrift die "echte Gemeinschaft". Es ist die Vorstellung der Gesellschaft als einer "Societas"²³, in der "gewissen Verbindungen der Menschen (Familie, Berufsstand u.a.) eine Existenz aus eigenem Rechte" zuerkannt wurde, die staatlichen Zugriff und politische Instrumentalisierung ausschließe. Nach der Rechtsauffassung der Freiburger bedeutete die Existenz menschlicher Gemeinschaftsbildung aus eigenem Recht auch eine notwendige Grenze politischer Macht. So begründete sich beispielsweise die Freiheit der Kirche. Der Staat habe kein Recht zum Eingriff in die Belange der Kirchen. Er habe gleichwohl die Pflicht, ihre Arbeit zu ermöglichen – beispielsweise indem er ihre soziale Tätigkeit wie ihre erzieherischen Bemühungen fördere. Die Gewährung dieser Freiheit gleicht einem Bekenntnis des Staates dazu, dass es Belange menschlichen und gesellschaftlichen Lebens gibt, die sich seinem Zugriff entziehen und dennoch volle Gültigkeit haben. Dieses nach wie vor aktuelle Verständnis findet sich vor allem in den Anhängen der Denkschrift wieder. Hier ist auch festzustellen, dass wenig gesagt wurde, was man sich denn nun konkret unter echter Gemeinschaft vorzustellen habe.

Im Haupttext dagegen war der Begriff der echten Gemeinschaft durchaus konkreter gefasst und wurde zum Aufgabenbereich der staatlichen Obrigkeit gezählt. Ritter schrieb: "Deutlicher christlich gesprochen: Gottes Auftrag an die Schwertgewalt fordert ebenso, dass sie den Personalcharakter der von ihr Regierten achte, wie dass sie zwischen ihnen eine echte Gemeinschaft der Nächstenliebe stifte. Sie sollen ebenso erzogen werden zur Freiheit eines an Gott gebundenen Gewissens wie zum Dienst am Nächsten."²⁴ Darum muss die Obrigkeit auch "wirkliche Führerschaft" ausüben und darf nicht durch den parlamentarischen Parteienstreit gehindert sein. - Enttäuschte Hoffnungen, die sich mit der Machtergreifung durch die Faschisten einst verbunden hatten, klingen mit. Man hatte sich wohl 'wirkliche' Führerschaft erhofft und diese Hoffnungen zunächst auch bestätigt gesehen. "Die Erfolge Mussolinis und Hitlers wären undenkbar ohne die Mitwirkung eines echten sittlichen Idealismus breiter Volksschichten ... Man wollte alte Klassen- und Parteigegegensätze endlich überwinden, wollte eine wahre Kameradschaft der ganzen Nation begründen. ... Der Ernst und der Eifer, mit dem man sich der Ent-

spannung im Verhältnis von Arbeiterschaft und Unternehmertum, der körperlichen Ertüchtigung des ganzen Volkes und der praktischen Lösung vieler sozialer Probleme annahm, wird in den westlichen Demokratien, wie uns scheint, noch immer weit unterschätzt.²⁵ Fraglich nur, warum auf diese Gemeinschaftserzeugung der Begriff der 'Vermassung' nicht kritisch angewandt wurde. - Natürlich sei daran erinnert, dass die reaktionären Tendenzen des Haupttextes ausbalanciert wurden durch Bemerkungen, dass die politische Gemeinschaft nicht die einzige gemeinschaftstiftende Ordnung des Menschen sei und es eine Begrenzung der Staatsgewalt brauche. Aber dennoch besteht zwischen Haupttext und Anhängen ein qualitativer Unterschied.

Die Tendenzen der Anhänge, nüchterner von den Aufgaben des Staates zu sprechen, spiegelt sich wider darin, dass bei den Nicht-Theologen die noch in der Denkschrift häufige Formulierung von der "Dämonie der Macht" nach 1945 abgelehnt wurde, weil sie theologisch und moralisch bewerte, was sich besser mit den Kategorien 'vernünftig' und 'unvernünftig' beschreiben und auch diskutieren ließe. Auf kirchlicher Seite freilich war "Dämonie der Macht" einer der gern gebrauchten Begriffe, gerade auch bei den kirchlichen Angehörigen der Freiburger Kreise.

Es wäre ein sicher lohnendes Unternehmen, danach zu fragen, wie die Vorstellung von "echter Gemeinschaft" sich in der protestantischen Theologie auf den Begriff der "Gemeinde" übertrug und dort zunehmend normative Bedeutung erlangte.

Kontroverse Themen: Naturrecht

Die Freiburger Denkschrift griff ein Thema auf, das seit Oxford 1937 kontrovers diskutiert wurde: die Beurteilung des Naturrechtsdenkens, das sich erstaunlicherweise im Luthertum tief eingemischt habe. Die Denkschrift billigt dem Naturrecht und dem geschichtlichen Recht Bedeutung zu als "nützliche, ja unentbehrliche Wegweiser auf der Suche nach einer vernünftigen Gemeinschaftsordnung", hält sie aber für ein "unsicher flackerndes Licht"²⁶; mehr noch: Missbräuche des Naturrechtsdenkens seien Folgen einer Säkularisierung theologischen Denkens. Auch im Anhang I "Rechtsordnung" von Erik Wolf und Franz Böhm findet sich eine zögernde, relativierende Würdigung des Naturrechtsdenkens. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Denkschrift einen Stand der Diskussion spiegelte, der längst noch nicht ihr Abschluss war, sondern in der Nachkriegszeit ganz neue Dynamik entwickelte. Zwischen Franz Böhm und Martin Niemöller, die während der Jahre der Diktatur enge persönliche Freunde waren, kam 1949 zu einer heftigen Kontroverse, während der Böhm den Theologen

bat, "dass sich die protestantische Theologie mit der Frage des Naturrechts neuerlich befassen möge"²⁷, was Niemöller abgelehnt hat. Die Kontroverse war Teil der protestantischen Renaissance des Naturrechtsdenkens der Zeit. In der Diskussion veröffentlichten andere Teilnehmer der Freiburger Kreise wichtige Arbeiten: Erik Wolf, Helmut Thielicke (in "Kirche und Öffentlichkeit", 1947, betonte er vor allem die negative Funktion des Naturrechts als Kritik an bestimmten Strukturen der Gesellschaft) und Theophil Wurm (Zur Frage des Naturrechts, 1947). Bei Franz Böhm war die Rede vom Naturrecht einer endgültigen Rechtsordnung, die den einzelnen Menschen in seiner freien sittlichen Entfaltung schützen müsse.

Das Anliegen hinter Böhms Hinweis auf das Naturrecht wurde in der Freiburger Schule mit dem Begriff des Ordo benannt. Man hat verschiedentlich gemeint, die Verwendung des Ordo-Begriffs lasse auf eine "Art Naturrechtskonzeption" schließen²⁸, was so aber sicher nicht zutrifft. 'Ordo' ist bei Walter Eucken der Gegenbegriff zum Begriff der vorgefundenen Ordnung. 'Ordnungen' bezeichnet das Ergebnis der theoretischen Arbeit Euckens, nämlich die These, dass letztlich alle geschichtlich vorfindbaren und aktuellen Wirtschaftsordnungen auf zwei Grundordnungen zurückgingen, Wettbewerbsordnung einerseits und Zentralverwaltungswirtschaft andererseits. Keine der Ordnungen in all ihren Mischformen könne aber metaphysische Begründung für sich beanspruchen – etwa als Schöpfungsordnung. Ihr Vorhandensein vor aller menschlichen planmäßigen Gestaltung verleihe ihnen noch keine normativen Geltungsansprüche. Während der Begriff der Ordnungen als Instrumentarium wissenschaftlicher, neutraler Theorie verstanden werden kann, ist mit dem Begriff des 'Ordo' gerade die Neutralität verlassen. Es ist der Begriff, der zum Breich des gestaltenden Wirtschaftsrecht und der Wirtschaftspolitik überleite: dem Übergang vom theoretischen Arbeiten mit den Modellen zu der volkswirtschaftlichen Bewertung der Modelle. 'Ordo' ist das Kriterium der Urteilsbildung; der 'Ordo'-Begriff entstamme einer größeren Kulturwelt: der "edelsten abendländischen Tradition"²⁹. Im Denken Walter Euckens ist Ordo die Freiheit des Planens unter der Herrschaft eines gültigen und verlässlichen Gesetzes unter Ausschluss von Willkür politischer oder wirtschaftlicher Machtträger. Ordo bezeichnete eine Interdependenz der Ordnungen: des Übereinstimmens der Freiheitlichkeit der politischen Verfassung, der Wirtschaftsordnung und einer gebändigten Verwaltung. 'Ordo' greift darum die wissenschaftliche Erkenntnis auf und verknüpft sie mit Wertvorstellungen, die im 'Ordo'-Begriff den ethischen Gehalt des Ordoliberalismus ausmacht³⁰.

Der Ordo-Begriff wäre also der eigentliche Punkt, an dem das Gespräch zwischen protestantischer

Theologie und Ordoliberalismus, zwischen Protestantismus und Sozialer Marktwirtschaft hätte einsetzen können.

Zu dieser Auseinandersetzung ist es nicht gekommen, jedenfalls nicht in einem nachhaltigen und den theologischen Diskurs bestimmenden Maß. Ganz anders verlief die Auseinandersetzung zwischen katholischer Soziallehre und Ordoliberalismus. In der von Walter Eucken und Franz Böhm begründeten Reihe ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (ab 1948), Hauptforum des Ordoliberalismus, erschienen von Anfang an Beiträge katholischer Theologen, etwa Oswald von Nell-Breunings, die eine äußerst kritische Auseinandersetzung zwischen katholischer Soziallehre und Wirtschaftsliberalismus erkennen lassen. Als protestantische Stimme ist lediglich Alfred Müller-Armack zu vernehmen. Angesichts der Tatsache, dass mit Otto Dibelius, Helmut Thielicke und den Freiburger Pfarrern evangelische Theologen in der wichtigen Phase der Schulbildung der Freiburger, und zugleich der Stunde ihrer Bedrohung, Hauptgesprächspartner waren, verwundert es, dass es in der Nachkriegszeit kaum mehr zum interdisziplinären Gespräch kam.

Man kann wohl nur mutmaßen, woran dies liegt. Vielleicht war es der Wunsch, sich nun endlich mehr den Belangen der Arbeiterschaft zuzuwenden, und eine alte Schuld abzutragen. Eine Stimme, die regen Kontakt zu den Freiburgern hatte, ja sogar an der November-Sitzung des Denkschriften-Kreises teilgenommen hatte, äußerte sich 1947 auf dem Berliner Kirchentag: Otto Dibelius. Seine berühmte Rede³¹ ließ wohl Spuren der ordoliberalen Argumentation erkennen, kam aber zu einem Ergebnis, das der Freiburger Schule unmöglich erscheinen musste. Dibelius riet zu einem Christlichen Sozialismus zwischen Kapitalismus und Kommunismus: "Nicht Verstaatlichung, sondern Wirtschaftsführung in christlicher Verantwortung ist das Ziel. ... Der Staat soll helfen, lenken und planen; er soll der Selbstsucht Schranken setzen und den Schwachen gegen die Vergewaltigung durch den Starken schützen; aber selber wirtschaften soll er so wenig wie möglich." "Christlicher Sozialismus" ist das Leitbild von Otto Dibelius und wohl überwiegender Kreise der Gesellschaft. Was den meisten Urteilen auf theologischer Seite fehlte, war die Nüchternheit der wissenschaftlichen Betrachtung. Eine kritische Auseinandersetzung mit marktwirtschaftlichen Mechanismen wurde durch das Schlagwort vom 'Kapitalismus' moralisch unmöglich gemacht; Wirtschaft und Politik wurden immer wieder als anfällig für die "Dämonie der Macht" (ebenfalls von Dibelius in seiner Rede gebraucht) betrachtet. Die Folge war, dass der Kampf gegen diese Dämonie auch ein christlich-religiöser war – ein Weg, den der Ordoliberalismus tunlichst zu ver-

meiden suchte. Das Gespräch zwischen Theologen, Nationalökonomern und Juristen scheiterte letztlich an der Unvereinbarkeit der Argumentationsmuster, an der Unvereinbarkeit der Sprache.

Während die Theologen auf theologische und religiöse Terminologie nicht verzichten konnten, verwies die Freiburger theologische Sprache gezielt in den vorwissenschaftlichen Bereich, wo sie dann sehr wohl eine wichtige Funktion hatte.

Franz Böhm war einer der wenigen Freiburger, der noch lange Jahre in der Bundesrepublik wirken konnte. In seinen Reden und Aufsätzen lässt sich eines durchgängig beobachten: theologisches Vokabular und religiös-weltanschauliche Argumentation verwendet er ausschließlich vor einem kirchlichen Publikum (evangelische Akademien, evangelische Arbeitskreise in der Politik, Kirchenvertreter). Hier weist er sich als ein guter Kenner der theologischen Szene aus, der nicht selten gegen kirchliche Äußerungen zum Liberalismus aufs heftigste polemisiert und für die Soziale Marktwirtschaft wirbt. Ansonsten verzichtet er gänzlich auf explizit christliche Argumente. Ist dies der Hinweis darauf, dass er die gängigen Argumentationsmuster evangelischer Theologen für nicht relevant erachtete? In jedem Fall ist es ein Zeugnis der Sprachlosigkeit auf beiden Seiten.

Eine kurze Epoche der Kooperation: folgenlos und folgenreich zugleich

Als Fazit dieser Beobachtungen lässt sich noch einmal in Erinnerung rufen, dass die Zeit der Freiburger Kreise durchaus als eine seltene Phase der Kooperation bezeichnet werden kann. Sie fand am 20. Juli 1944 ihr Ende; sie konnte keinen bleibenden Impuls für eine Fortsetzung in besseren Zeiten geben. Aber sie war nicht folgenlos. In meiner Beschäftigung mit der Person Franz Böhms konnte ich feststellen, dass es sich bei ihm um einen herausragenden Vertreter dessen handelt, was die Freiburger Denkschrift "Laienschaft" nennt. Er hat seinen Sachverstand nicht nur in Fragen der Wirtschaftsordnung eingebracht, sondern in allen Bereichen, die in der Denkschrift einen eigenen Anhang fanden. Als Kultusminister Hessens hat er sich für die freie Bildung eingesetzt, vor allem für die christliche Gemeinschaftsschule. Als Synodaler der EKHN war er beteiligt an den inneren Auseinandersetzungen in kirchenrechtlichen Fragen. Schließlich, und das ist seine wohl größte Leistung, heute vergessen trotz aller Aktualität: Er trat nicht nur ein für offenes Bekenntnis der Schuld an den Verbrechen gegen die Juden. Er setzte sich vehement ein für die Leistung von Wiedergutmachungszahlungen: gegen den Widerstand innerhalb des Adenauer-Kabinetts, das ihn zum Leiter

der deutschen Delegation bei den Verhandlungen in Wassenaar 1952 bestimmt hatte.

Die Kooperation im Freiburger Denkschriften-Kreis hatte Folgen. Für die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft, ja. Aber ebenso, und nicht weniger, als Modell einer selbstbewussten evangelischen Laienschaft. Dies in Erinnerung zu rufen, war mein Anliegen.

(1) Erschienen 1946 in Wiesbaden. Ein Exemplar findet sich im Nachlass Franz Böhms im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin (ACDP) unter der Katalog-Nummer I-200-003.

(2) Das Protokoll der Tagung befindet sich im Archiv der Universitätsbibliothek Tübingen.

(3) Constantin von Dietze: *Nationalökonomie und Theologie*, Tübingen/Stuttgart 1947 (Das christliche Deutschland 1933 bis 1945, Evangelische Reihe: Heft 8)

(4) Vorwort zur Freiburger Denkschrift. Vgl. dazu auch Eberhard Bethge: *Dietrich Bonhoeffer. Eine Biographie*, München 1986, 872f.

(5) Die Kooperation führte 1936 zur Herausgabe der Reihe "Die Ordnung der Wirtschaft, deren erster Band aus der Hand Franz Böhms mit dem programmatischen Titel "Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung" erschien (Stuttgart 1937).

(6) Zitiert bei Eckart Müller: *Evangelische Wirtschaftsethik und Soziale Marktwirtschaft. Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft und die Möglichkeiten ihrer Rezeption durch eine evangelische Wirtschaftsethik*, Neukirchen-Vluyn 1997, 24.

(7) Zitiert nach der Veröffentlichung durch Reinhard Hauf in Gerhard Ritter. *Ein politischer Historiker in seinen Briefen*, hrsg. von Klaus Schwabe und Rolf Reichardt unter Mitarbeit von Reinhard Hauf, Boppard am Rhein 1984, 655-774, hier: 661.

(8) Ebd. 662.

(9) In einem Manuskript Franz Böhm: "Ordnung und Freiheit" (1949) im Nachlass Böhms im ACDP, St. Augustin.

(10) *Recht und Macht*, in: *Die Tatwelt. Zeitschrift für Erneuerung des Geisteslebens*, 10. Jg. (1934), 115-132, 169-193. "Die Tatwelt" war begründet worden von Walter Euckens Vater Rudolf Eucken. Herausgeberin war Edith Eucken-Erdsieck.

(11) Franz Böhm: *Fall Kolb – Böhm (eigener Bericht)*, ACDP I 200-003/2.

(12) Vgl. die Einführung zur Denkschrift, aaO., 663.

(13) Vgl. Helmut Thielicke: *Zu Gast auf einem schönen Stern. Erinnerungen*, Hamburg 1984, 251.

(14) Neben Helmut Coing, Hans Achinger und Wolfgang Sucker. Vgl.: Hans Puttfarke (Hrsg.): *Die Kirche in der modernen Gesellschaft. Vier Vorträge, gehalten auf der Zehnjahresfeier der Evangelischen Akademie in Hessen*

und Nassau am 27. Februar 1956 in Frankfurt/M., Frankfurt/M 1956.

(15) *AoO.*, 665.

(16) *Ebd.*, 670. (17) *Ebd.*, 682.

(18) Friedrich Wilhelm Graf: *Rettung der Persönlichkeit. Protestantische Theologie als Kulturwissenschaft des Christentums*, in: *ders. et al. (Hrsg.): Kultur und Kulturwissenschaften um 1900. Krise der Moderne und Glaube an die Wissenschaft*, Stuttgart 1989, 103-131, hier: 123.

(19) Vgl. Hans Mommsen: *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes*, in: Hermann Graml (Hrsg.): *Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten*, Frankfurt/M. 1994, 14-91.

(20) *Anhang IV, aaO.*, 755f. Nach anfänglicher Übereinstimmung im Freiheitsbegriff der Theologen und Wirtschaftler begegneten später zunehmend Unschärfen und Differenzen. Franz Böhm etwa wollte in seinem Vortrag "Christentum und liberale Freiheitsidee" (1956 zum zehnjährigen Jubiläum der Ev. Akademie Hessen-Nassau) die liberale Idee der Freiheit lediglich auf soziale und politische Verhältnisse bezogen, nicht aber als sittliche verstanden wissen. Freiheit erscheine als ein Wert in sich selbst: So stehe Privatautonomie dem Menschen "kraft eines vorgesellschaftlichen, jedenfalls eines vorstaatlichen Anspruchs" zu, "um seiner selbst willen, nicht um eines sozialen oder politischen Zwecks" (Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft, 1971). An anderer Stelle hat Freiheit wieder den Zweck, den Menschen seiner sittlichen Bestimmung zuzuführen.

(21) *Anhang IV, aaO.*, 766f.

(22) Vgl. dazu Karen Ilse Horn: *Moral und Wirtschaft: zur Synthese von Ethik und Ökonomik in der modernen Wirtschaftsethik und zur Moral in der Wirtschaftstheorie und im Ordnungskonzept der sozialen Marktwirtschaft*, Tübingen 1996.

(23) *Ebd.*, 764.

(24) *Politische Gemeinschaftsordnung, aaO.*, 701f.

(25) *Ebd.*, 680.

(26) *Ebd.*, 687.

(27) So Böhm in einem Brief an Niemöller am 24. Juni 1949, Archiv der EKHN, Darmstadt.

(28) So Uwe Runge in: *Antinomien des Freiheitsbegriffs im Rechtsbild des Liberalismus*, Tübingen 1971.

(29) Franz Böhm: *Die Idee des Ordo im Denken Walter Euckens*, in: *ORDO Bd. 3 (1950), XVff.*

(30) Vgl. Otto Schlecht: *Zur Ethik in Euckens Werk*, in: *ders. et. al.: Über Walter Euckens 'Grundlagen der Nationalökonomie'. Vademecum zu einem Wegbereiter der modernen Theorie in Deutschland*, Düsseldorf 1990, 63-77.

(31) Otto Dibelius: *Christentum und Wirtschaftsordnung*, in: Günter Brakelmann und Traugott Jähnichen (Hrsg.): *Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft*, Gütersloh 1994, 369-375.

Glanz und Elend der Sozialen Marktwirtschaft – Wie zukunftsfähig ist unser Wirtschaftssystem?

von Rüdiger von Voss

Betrachtet man die nationale Politik als Ganzes seit 1949, so lässt sich für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum von 1949 bis 1989 eine überaus positive Bilanz ziehen. Der Historiker Gregor Schöllgen lässt seine lebenswerte Bilanz "Die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland - Von den Anfängen bis zur Gegenwart", die in diesem Jahr bei dem Verlag C.H. Beck in München erschienen ist, mit folgenden Worten enden: "... und wenn Aussenpolitik auch die Fähigkeit ist, mit den verfügbaren Mitteln die bestehenden Rahmenbedingungen zu nutzen und nach Möglichkeit Einfluss auf deren noch so bescheidene Umgestaltung zu nehmen, dann kann die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland seit ihren Anfängen eine beachtliche Bilanz vorweisen. Vor allem in einer Hinsicht braucht sie den Vergleich mit der aussenpolitischen Bilanz der Großmacht Deutsches Reich nicht zu scheuen: Hatte sich diese wiederholt, und besonders verhängnisvoll im Vorfeld des 1. Weltkrieges, in eine Situation manövriert, die es "erforderlich" machte, das "Unmögliche" zu ermöglichen, so konzentrierte sich die Rheinische Republik im ganzen erfolgreich auf die Ermöglichung des Erforderlichen. Bleibt die Berliner Republik dieser Tradition der alten Bundesrepublik treu, wird sie den gewaltigen Herausforderungen, die das 21. Jahrhundert bereithält, mit konzentrierter Souveränität ins Auge sehen können".

Die von Schöllgen hier genannte Qualität der "Ermöglichung des Erforderlichen" hat ihren Niederschlag insbesondere in der eindeutigen Positionierung der Bundesrepublik Deutschland in der westlichen Werte- und Verteidigungsgemeinschaft gefunden. Alle Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, angefangen bei Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, waren sich darin einig, dass die Einbettung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Wertegemeinschaft der freiheitlichen Demokratien und ein berechenbares Mitwirken in der Atlantischen Allianz die Voraussetzung für eine auf Dauer angelegte Überlebensfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland als freiheitliche Demokratie definieren.

Das gerade von der Gründergeneration der Europäischen Staaten abgelegte und dann politisch umgesetzte Bekenntnis zum Europäischen Einigungsprozeß bildet die zweite wesentliche Verankerung für

einen europäischen Friedensprozeß, der Freiheit und Sicherheit, Wohlstand und sozialen Ausgleich ermöglichen würde.

Insoweit ist die Staatsraison der Bundesrepublik Deutschland aus Elementen zusammengesetzt, die uns dauerhaft verpflichten und heute auch eine neue Option eröffnen, den Ausgleich nach Osten voranzutreiben und in Schritten die Europäische Union parallel zur Ausweitung der Nato als neuem Sicherheitsbündnis freiheitlicher Staaten zu vertiefen und zu erweitern.

Bleiben wir an dem Prinzip der Ermöglichung des Erforderlichen auch in Zukunft orientiert, dann wird sich auch die Vision erfüllen, diese neu sich herausbildende Europäische Union freiheitlicher Demokratien zu einer Weltzone des Friedens, der Sicherheit und neuer Prosperität werden lassen zu können. Dies zu sagen, beinhaltet zugleich den Ausdruck der Überzeugung, dass von dem Gelingen dieser entscheidenden politischen Aufgabe auch die zukünftige Stabilität und Anpassungsfähigkeit Deutschlands als einem Teil einer größeren politischen Einheit Europas maßgeblich abhängen wird.

Das schon genannte Element "konzentrierter Souveränität" gibt einen Hinweis darauf, dass sich das politische Handeln der Bundesrepublik Deutschland in berechenbaren und für unsere Partner rücksichtsvollen Handlungsparametern bewegte. Die Zuverlässigkeit im Rahmen der Atlantischen Allianz, das politisch akzentuierte Bekenntnis zum Europäischen Einigungswerk und zur Europäischen Union, das funktionierende partnerschaftliche Verhältnis zu Frankreich und der sich schrittweise vollziehende Ausgleich zum Osten sind die entscheidenden Grundlagen der internationalen Akzeptanz, die die lange Ära des Bundeskanzlers Kohl prägte und gerade heute als hohes Gut bei wachsenden internationalen Spannungen zu bewerten ist. Beide genannten Elemente politischer Stabilität nationaler Politik im internationalen Umfeld sind Voraussetzungen für das große Vertrauen in die Bundesrepublik Deutschland. Es wird darauf ankommen, diese Handlungsmuster auch in Zukunft beizubehalten, um damit all denjenigen begegnen zu können, die schon wieder von deutschen Sonderwegen reden oder diese befürchten.

Nicht übersehen werden darf in diesem Zusammenhang, dass Deutschland in der internationalen Wahrnehmung als schwergewichtige bedeutsame

“Wirtschaftsnation” verstanden wird. Die Politik Adenauers und insbesondere die “Wirtschaftsordnungspolitik” Ludwig Erhard’scher Prägung sind somit integraler Bestandteil einer solchen Bewertung unseres gesamten politischen Handelns. Dies müssen alle diejenigen beachten, die heute nach “dritten Wegen” oder nach neuen Modellen Ausschau halten, um im Kontext des globalisierten Wettbewerbes Wege einzuschlagen, die alte Besitzstände bewahren und die Deutschen von den Veränderungen freihalten sollen, die international verursacht und maßgeblich durch den verschärften internationalen Wettbewerb der Standorte massiv vorangetrieben werden.

Sollte man einer solchen Sichtweise den Vorwurf des Traditionalismus machen, so wird man außerhalb unsere Grenzen sehr schnell die Erfahrung machen, dass genau diese Beurteilungskriterien deutscher Politik in der Nachkriegszeit das Fundament ausmachen, das zum einen unsere internationalen Handlungsmöglichkeiten und damit zugleich unsere nationalen Wirkungskräfte auch in Zukunft beeinflussen wird. Es sind geradezu eingeschliffene Muster der Einschätzung, die wir nicht in Gefahr bringen dürfen, wenn wir Widerstände vermeiden wollen, die dann schlagartig Vorbehalte gegen deutsche Politik mobilisieren, die mit einer Vergangenheit verbunden sind, die mit der hier skizzierten deutschen Nachkriegspolitik überwunden werden sollte.

Im übrigen ist die Überzeugung nicht ungerechtfertigt, dass eben gerade die Beachtung dieser hier dargestellten Parameter entscheidend mit dazu beigetragen hat, dass in einer, zugegebenermaßen glücklichen historischen Konstellation, die Wiedervereinigung Deutschlands in friedlicher Übereinstimmung mit unseren Allianzpartnern und unseren Nachbarstaaten erreicht werden konnte. Politische Stabilität und zugleich politische Glaubwürdigkeit im praktischen Handeln sind und bleiben unverzichtbare Voraussetzungen bei der zukünftigen Bewältigung neuer Probleme und internationaler Spannungen.

Die demokratische Ordnung und die an unser Verfassungsgefüge angepasste Wirtschafts- und Sozialordnung der Sozialen Marktwirtschaft bleiben Ausdruck eines historischen Zeitabschnittes, der die Bundesrepublik vor 1989 und gleichermaßen heute nach 1989 und der vollzogenen Wiedervereinigung verpflichten und die dieser Republik eine Prägung geben, die sich tief im Bewusstsein der Deutschen verankert hat und keineswegs zur Dispositionsmasse neuer ideologischer Richtungsveränderungen werden darf. Insoweit ist hier schon anzumerken, dass die Bezeichnung eines “rheinländischen Modells” im Gegensatz zu einer angelsächsischen Form des modernen Kapitalismus auf eine eher vordergründige und

oberflächliche Beurteilung einer solchen Ordnungspolitik hinweist und sich auch heute schon als nicht tragfähige Interpretation des zukünftig Erforderlichen darstellt oder zumindest bald darstellen wird.

Der verfassungsgebende Prozeß in Deutschland, der zum Grundgesetz führte, und die Durchsetzung des Ordnungsmodells der Sozialen Marktwirtschaft sind beide als eine prononcierte Antwort auf die totalitäre Gestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der Zeit des Nationalsozialismus zu verstehen. Beide aufeinander verwiesenen Ordnungsmodelle waren und sind zugleich ein Gegenentwurf zu einer “durchherrschten Gesellschaft” (Jürgen Kocka), ein Gegenentwurf zu einer bürokratischen Gesellschaft, ein Gegenentwurf zu einer Ideologie einer beherrschten, entdifferenzierten, egalitären und nivellierten Gesellschaft, die sich insbesondere in den sozialistischen Staaten und hier herausgehoben in der DDR in der Nachkriegszeit entwickelt hatte.

In diesem Zusammenhang verweise ich ausdrücklich auf die in diesem Jahr erschienene exzellente Darstellung von Gerhard A. Ritter “Über Deutschland – Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte”. Diese Darstellung Deutschlands nach der Wiedervereinigung unternimmt zum ersten Mal den groß angelegten Versuch, über Deutschland in einem neuen Gesamtzusammenhang nach der Wiedervereinigung nachzudenken und uns zu helfen, die notwendige Orientierung über die sich nunmehr herausbildende Gesamtnation Deutschland auch bei kritischer Wertung und Beschreibung neuer Gefahren zu gewinnen.

Um ein Wort des Bundespräsidenten Theodor Heuss aus Anlaß des zehnjährigen Gedenkens an den Deutschen Widerstand im Jahre 1954 zu verwenden, lautet die These, dass wir anschließend an die freiheitlichen Traditionsstränge deutscher Politik ein Vermächtnis zu verwalten haben und zugleich in einer dauerhaften Verpflichtung stehen, bei notwendigem Wandel und unausweichlichen Anpassungen unserer Ordnungssysteme an veränderte Bedingungen die Elemente nicht aus dem Auge zu verlieren, die eine freiheitliche und sozialverpflichtete Ordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ausmachen. Dies heute zu sagen, hat deshalb Gewicht, weil das Zeitalter der Ideologen, das Zeitalter der Ideologien keineswegs mit dem Fall der Mauer beendet wurde, sondern wir vielmehr zu Teilen mit Erstaunen erleben müssen, wie längst diskreditierte Ordnungsvorstellungen einer sozialistischen bzw. kollektivistischen Ordnung neu erblühen und sogar schon wieder zur politischen Macht kommen.

Das sog. “rheinische” Modell der Sozialen Marktwirtschaft ist in seinen wesentlichen geistigen Fundamenten in der sog. Freiburger Schule in der Zeit

der Verfolgung und Unterdrückung der Nazi-Diktatur vorbereitet worden. Die Erfahrungen mit der staatlichen Lenkungswirtschaft, mit der Kriegswirtschaft in den Jahren 1938 bis 1944 haben es notwendig werden lassen, nach einer neuen Antwort zu suchen, um die politische wie wirtschaftliche und soziale Ordnung in den Dienst der Menschen zu stellen und nicht wieder erneut in politische Ordnungsvorstellungen zurückzufallen, die soviel Unglück über die Menschen unserer Zeit gebracht haben. Die wissenschaftlichen Arbeiten der Professoren der Freiburger Universität, Constantin von Dietze, Walter Eucken, Adolf Lampe, Wilhelm Röpke und anderer, die zu den Denkschriften des Freiburger Kreises führten, bilden bis heute das Fundament dieses Konzeptes. Es ist ein geistiges Konzept, das auf die Selbstentfaltung des Individuums setzt und die freiheitliche Bestätigung der einzelnen Menschen in den Gesamtzusammenhang einer politischen Ordnung stellt, die sich auf das Wohl des Staatsganzen verpflichtet weiß und Mitverantwortung für diejenigen zu übernehmen bereit ist, die sich aus eigener Kraft und Verantwortung nicht ausreichend selbst helfen können. Man muß heute kritisch fragen, ob diese Grundlage Parteien und Organisationen, die jetzt Verantwortung tragen, ausreichend bewusst ist.

Am Beginn dieser Programmüberlegungen stehen also philosophische und ordnungspolitische Konzepte, die sich zu einer humanen und zugleich christlichen Verantwortung bekennen und ganz bewusst und ausdrücklich personale Freiheit mit sozialer Verantwortung verbunden haben. Die Freiburger Schule ist insoweit maßgeblich von der Sozialethik der christlichen Kirchen mitbestimmt worden. Es war eine Absage an Kollektivismus jeglicher Spielart.

Nicht ohne Bedeutung bleibt es, dass dieser Arbeitskreis in enger Verbindung zu evangelischen Theologen wie Dietrich Bonhoeffer, dem Jesuiten Alfred Delp und dem politischen Bereich des Widerstandes gestanden hat, der mit dem Namen von Carl Goerdeler verbunden bleibt, der von der deutschen Widerstandsbewegung als erster Reichskanzler nach dem Ende der Diktatur in Aussicht genommen worden war.

Weitere Vorarbeiten zur Neuordnung Deutschlands nach dem Kriege verdienen gleichermaßen Beachtung. Die Kreisauer Dokumente belegen den Versuch, Liberalität, Toleranz und eine weltoffene Sittlichkeit miteinander zu verbinden. Die Fähigkeit zum Konsens ist moralisch bedingt und setzt auch sozialen Konfrontationen eine deutliche Grenze. Sie stehen für eine Politik, die sich auf die Beachtung des allgemeinen Wohls verpflichtet weiß.

Die Denkschriften des Freiburger Kreises standen unter der programmatischen Überschrift: "Politische Gemeinschaftsordnung, ein Versuch zur Selbst-

bestimmung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit". Die ursprünglich im Januar 1943 abgeschlossenen Arbeiten sind dann von einer Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung von Erwin von Becherath weitergeführt worden. Es entstanden in der Zeit von März 1943 bis September 1944 mehr als 40 wirtschaftspolitische Gutachten, die den Übergang von der totalitär beherrschten Planwirtschaft zu einer sozialverantworteten Marktwirtschaft vorbereiten sollten.

Der Historiker Prof. Dr. Gerhard Ritter hat diese Freiburger-Denkschriften unmittelbar nach dem Kriege 1945 veröffentlicht und damit ein Vermächtnis weitergegeben, das in Deutschland zum Ausgangspunkt der Entwicklung einer Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft gewählt wurde, die dann von Ludwig Erhard, der in engem Kontakt zu Carl Goerdeler stand, zusammen mit Prof. Dr. Müller-Armack unter der politischen Verantwortung von Konrad Adenauer in das Programm der Sozialen Marktwirtschaft politisch umgesetzt wurde. Diese Pläne von Widerstand und Exil zur Neuordnung Deutschlands werden noch dieses Jahr in einer Publikation erneut vorliegen.

Einer der Mitwirkenden des Freiburger Kreises, Franz Böhm, hat Ludwig Erhard dann im Deutschen Bundestag maßgeblich mitgeholfen, die Grundentscheidungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland für eine solche Politik zu öffnen. Es war und ist ein offenes und dynamisches Konzept, das darauf angelegt war und ist, diese freiheitliche wie sozial verantwortete Ordnung unter den jeweiligen Gegebenheiten einer Wettbewerbsordnung und Kartellgesetzgebung an neue Entwicklungen und neue Fragestellungen anpassen zu können. Hier öffnet sich gerade im Blick auf die weltweite Fusionswelle ein neues Feld mit Problemen und politischen Spannungen.

Um einen Eindruck von der geistigen Formulierungskraft dieses Programms in Erinnerung zu rufen, will ich eine maßgebliche Stelle aus den Freiburger Denkschriften zitieren, die ganz deutlich werden lässt, in welchen Bezügen der Verantwortung gedacht wurde:

"Aufgabe einer gesunden, auf Grundsätzen christlicher Ethik ruhenden Wirtschaftsordnung muß also sein, die Wirtschaft so zu organisieren, dass

1. die Versuchung zum Missbrauch wirtschaftlicher Macht, zur egoistischen Ausbeutung des Nächsten, zum Arbeitseinsatz des Menschen seelenloser Maschinenteil, zu rücksichtslosen Niederkämpfen des Konkurrenten mit unlauteren Mitteln, zu tragem Genuß von Reichtümern möglichst vermindert wird und statt dessen
2. die Arbeit als Segen statt als Fluch empfunden wird, in dem sie die sittlichen und intellektuellen Kräfte des Wirtschaftenden anfeuert, statt sie zu lähmen und nie-

derzudrücken; dass möglichst viele ihr Werk mit Freude tun, weil der Tüchtige hoffen darf, ein Stück voranzukommen im wirtschaftlichen Lebenskampf, jeder aber auf zuverlässigen Schutz in wohl erworbenen Rechten und auf gerechte Entlohnung seiner Arbeit rechnen kann und nicht allzu große Sorge zu haben braucht, jede Arbeitstauglichkeit zu verlieren”.

Der Zusammenhang von wirtschaftlicher Tätigkeit und gleichzeitiger sozialer Mitverantwortung wird im nachfolgenden Zitat aus diesen Denkschriften deutlich: “Die Sozietas kann nicht lediglich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werden. Es war im 19. Jahrhundert ein weit verbreiteter Irrtum zu meinen, dass eine zweckmäßige wirtschaftliche Regelung von selbst eine sinnvolle soziale Ordnung schaffe. Zu einer Gesamtwirtschaftsordnung gehört vielmehr eine Sozialordnung, Wirtschaftsordnungspolitik ist nur ein – allerdings höchst wichtiger, ja unentbehrlicher – Teil der Sozialpolitik..”

Sieht man den Begriff der “verantwortlichen, ‘formierten’ Gesellschaft” des späteren Ludwig Erhard auf diesem Hintergrund, so gewinnt die Reformpolitik und die Korrektur von Besitzständen und Ansprüchen an den Staat und kollektivisierte Versorgungssysteme und die Staatsausgaben eine neue Dimension und Legitimation.

Es scheint so, als würden diese Gedanken heute wieder Aktualität gewinnen. Zitiert sei an dieser Stelle eine dringende Mahnung Zbigniew Brezinski’s in seiner bedeutsamen Analyse “Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft”: “Sich selbst überlassen, laufen die Europäer Gefahr, von ihren sozialen Problemen völlig vereinnahmt zu werden. Die wirtschaftliche Erholung Europas hat die langfristigen Kosten des scheinbaren Erfolgs verschleiert. Diese Kosten wirken sich ökonomisch und politisch schädigend aus. Die Krise der politischen Glaubwürdigkeit und des Wirtschaftswachstums, die Westeuropa zunehmend zu schaffen macht – und die es nicht zu überwinden vermag -, ist in der alle gesellschaftlichen Bereiche erfassenden Ausweitung des sozialstaatlichen Systems, das Eigenverantwortlichkeit klein schreibt und Protektionismus und Engstirnigkeit begünstigt, tief verwurzelt. Die Folge ist eine kulturelle Lethargie, eine Kombination von eskapistischem Hedonismus und geistiger Leere -, die nationalistische Extremisten oder dogmatische Ideologen für ihre Zwecke ausnützen könnten”.

Mit der Freiburger Denkschule war also ein deutlicher “antimaterialistischer” und sogar “antikapitalistischer” Schwerpunkt gesetzt. Es kam eben nicht darauf an, eine “wertfreie” kapitalistische Ordnung der Wirtschaft zu erhalten oder gar zu konservieren. Die Absicht bestand vielmehr, ausgehend von der Verantwortung

und Freiheit des Einzelnen, zu einer Ordnung der Gemeinschaft durchzustößen, die die Kräfte der Stärkeren in den sozialen Dienst der Schwächeren stellt. Subsidiarität und Solidarität folgen einander. Die Solidarität darf eben nicht die Subsidiarität verschütten. Deshalb wird auch zu Recht das Programm der Sozialen Marktwirtschaft als ein Programm der verantworteten Freiheit definiert. Die personale Verantwortung und Leistungsfähigkeit entscheiden über die Leistungskraft sozialer Ordnung. Wer dieses Verhältnis umkehrt, bringt Freiheit in Gefahr.

Die freiheitlich wirtschaftliche Tätigkeit wird mit sozialer Verantwortung verbunden, damit wirtschaftliche Kraft zur Lösung sozialer Probleme eingesetzt und damit ein Ausgleich gefunden werden kann, der uns erlaubt, Verteilungskämpfe, wie wir sie gerade im 19. Jahrhundert und auch zu Beginn dieses Jahrhunderts erlebt haben, endgültig zu überwinden und zu vermeiden.

Die massive Kritik der Wirtschaft an der Steuerpolitik der rot-grünen Koalition ist nur einer von vielen Hinweisen darauf, dass das Zukunftsvertrauen in die Wandlungsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft deutscher Politik schwindet und wir in eine “Wachstumsfalle” geraten, die uns ökonomisch schwer beschädigt und die Verteilungskämpfe in Deutschland verschärft. Alle demokratischen Parteien, auch die Unionspartei stehen heute schon vor der schwierigen Aufgabe, ihr wirtschaftspolitisches und sozialpolitisches Profil zu überdenken und deutlich werden zu lassen, in welcher Weise sie den notwendigen Wandel freiheitlich und sozial gestalten wollen. Die Legitimationsfrage ist unübersehbar gestellt. Alle Umfragen in Ost und West zeigen dies in bedrückender Weise.

In der Steuer- und Finanzpolitik ist in den zurückliegenden Wochen der grundlegende Unterschied zwischen Regierung und Opposition in der Anlage einer zukunftsorientierten Haushaltspolitik ebenso deutlich geworden, wie in der Frage welche Art von Steuerreform dieses Land benötigt, um zu einer Politik für Wachstum und Beschäftigung durchstoßen zu können. Es war und bleibt insoweit für die Parteien der CDU/CSU- und F.D.P.-Koalition richtig, an den Grundsatzentscheidungen der Petersberger Beschlüsse festzuhalten.

Die rot-grüne Regierung wird alsbald feststellen müssen, dass mit der nunmehr verabschiedeten ersten Stufe der rotgrünen Steuerreform keine Wachstumsimpulse und positiven Effekte auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen sind. Insoweit steht die Opposition jetzt und für die kommende Zeit in permanenter Auseinandersetzung mit der Koalition, zumal schwierigste Fragen der zukünftigen Steuer- und Finanzpolitik gerade mit

Blick auf die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Familienlastenausgleich und demnächst zur Rentenpolitik und Alterssicherung der Beamten noch vor uns stehen. Mit der sogenannten Öko-Steuer und den energiepolitischen Grundentscheidungen der Koalition stehen wir unübersehbar vor einer Belastungsprobe der deutschen Volkswirtschaft, die den Widerstand gegen die rot-grüne Koalition von Seiten der Wirtschaft nur noch verschärfen wird. Das sog. Bündnis für Arbeit steht an der Scheidegrenze, ob die Politik zur Wahrnehmung und Verarbeitung einer neuen Wirklichkeit bereit und fähig ist. Gelingt dies nicht, wird das Bündnis scheitern! Es gibt eine Grenze, Mitverantwortung für eine "Konsenspolitik" zu übernehmen, die diese Zahl verfehlt.

Wendet man seinen Blick der zukünftigen Struktur des Sozialvertrages zu, so gibt es keine Frage, die bedeutsamer ist, als die Frage nach den Konsequenzen, die wir aus der demographischen Entwicklung der vor uns liegenden Zeit ziehen werden. Es ist insoweit zutreffend, wenn uns von nationalen und internationalen Sachverständigen gesagt wird, dass die "demographische Tektonikplatte" das Wesen des kapitalistischen Systems von Grund auf ändern und den Generationenvertrag in einer Weise belasten wird, wie kaum eine andere Frage der Ordnung von Staat und Gesellschaft.

Wir befinden uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt in einem Zustand, den man als einen "Poker um die sozialen Sicherheitssysteme" ohne tragfähige Zukunftsperspektive bezeichnen kann. Das soziale Wohlfahrtsystem, das kollektive Arbeits- und Tarifsysteem und die flächendeckende Umverteilungspolitik belasten uns heute schon in einem Ausmaß, das gemessen am Verhältnis der Generationen nicht mehr zu rechtfertigen ist. Der Klassenkampf der Zukunft wird nicht mehr zwischen Arm und Reich stattfinden, sondern zwischen Jungen und Alten.

In der Renten- und Gesundheitspolitik stehen wir erst am Beginn der Auseinandersetzung, wenn wir nicht in eine Entwicklung geraten wollen, die schnell zu einer Überlastung der Produktivkraft unserer Volkswirtschaft führen wird. Wir werden also grundsätzlich entscheiden müssen, welchen Weg wir einschlagen wollen, um zu verhindern, dass die "Alterswelle" und die strukturelle Arbeitslosigkeit ein Risiko für die "soziale Akzeptanz" demokratischer Ordnung werden.

Dies ist eindrucksvoll im Rheinischen Merkur von Peter G. Peterson am 29. Januar 1999 beschrieben worden. Der amerikanische Bankier und Vorsitzende des Council on Foreign Relations hat zutreffend die Rentenansprüche und das Gesundheitswesen miteinander verbunden. Er vertritt die Auffassung, dass das Thema der Alters- und der zukünftigen Gesundheits-

versorgung als 64-Billionen-Dollar-Frage über der Zukunft der wohlhabenden Länder steht. Nach offiziellen Projektionen werden die Industriestaaten in 30 Jahren - so sagt er - mindestens 9 bis 16 % ihres Sozialproduktes zusätzlich ausgeben müssen, um die Ansprüche der alten Bürger zu erfüllen. So gesehen ist die Rente also keineswegs sicher. Wir stehen vielmehr vor wichtigsten strukturellen Entscheidungen moderner Wohlfahrtsstaaten, deren innere Souveränität davon abhängen wird, ob es gelingt, zu einem neuen tragfähigen sozialen Vertrag zwischen den Generationen und zu einer Neuordnung der Sozialordnung kommen können. Anpassung heißt Korrektur. Korrektur erzwingt Einschnitte in Besitzstände, neue Flexibilität und Kraft für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung.

Die demokratischen Parteien und die Sozialpartner stehen gleichermaßen vor der Aufgabe, die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschafts- und Sozialordnung neu zu definieren und auszurichten. Die Glaubwürdigkeit, die soziale wie ökonomische Akzeptanz einer Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft wird maßgeblich davon bestimmt werden, ob wir zu einer Politik der "neuen Bescheidenheit" und zu einer Neugewichtung von öffentlicher wie privater Verantwortung durchstoßen. Votiert man für eine Verbindung von marktwirtschaftlicher Ordnung und sozialer Mitverantwortung im Sinne von Subsidiarität und Solidarität, darf man dieser ordnungspolitischen Auseinandersetzung nicht ausweichen. Wo nötig, muß sie streitig ausgetragen werden.

Eine Neubestimmung des Verhältnisses von Bürger und Staat bedingt im grundsätzlichen eine Neugewichtung personaler, gesellschaftlicher und staatlicher Verantwortungsbezüge. Bei dem Staat stehen wir nicht nur an der Schwelle einer notwendigen Neuordnung der Staatsfinanzen und damit des Gefüges zwischen Gesamtstaat und den Ländern, also einer Neuordnung der förderalen Beziehungen. Wir stehen zugleich vor der Aufgabe, Staatsaufgaben neu zu ordnen, zurückzuführen und dann zuzuordnen. Die Privatisierung der staatlich geführten Unternehmungen war insoweit nur der Beginn einer umfassenden Neustrukturierung. Es folgt hieraus konsequent eine generelle Überprüfung staatlich veranlagter und ausgeteilter Subventionen. Damit stehen wir in umfassender Weise vor einer Neustrukturierung der Daseinsvorsorge und der gesamten Umverteilungspolitik. Dies wird nicht ohne schmerzhaftes Eingriffe ausgehen, sondern unmittelbar in den tradierten Bestand der originären und auch konkurrierenden Staatsaufgaben eingreifen.

Alle Wohlfahrtsstaaten, die mit unserem Ordnungssystem verglichen werden können, sind inzwischen an diese Aufgabe herangegangen, um dem "circulus vitiosus" steigender Staatsaufgaben und wei-

terer kollektiver Umverteilungszwänge entfliehen zu können. Werden die Staatsdefizite nicht zurückgeführt, werden die Steuerlasten und die Sozialsysteme in eine Falle geführt, die jede Aussicht auf neue Zukunftsinvestitionen, neues dynamisches Wachstum und restabilisierte Sozialsysteme erstickt.

Es hat in diesem Zusammenhang überhaupt keinen Sinn, das Schreckgespenst des Neo-Merkantilismus amerikanischer Provenienz an die Wand zu malen. Die enormen Wachstumsraten der USA im jetzt 9. Jahr, der permanente Zuwachs neuer Arbeitsplätze erlaubt bei ausgeprägter sozialer Verantwortung eine Vermeidung hieraus entstehender neuer unerbittlich sozialer Spannungen. Die rigide Staatsentschuldung ist ein Beitrag zur Schonung der privaten Einkommen, zur Beförderung marktwirtschaftlicher Investitionen und Stärkung der Wettbewerbskraft und damit zugleich ein Beitrag zu einer Gewährleistung stabil finanzierter Sozialsysteme.

Die Erfahrungen mit dem Polder-Modell in Holland geben einen deutlichen Hinweis darauf, dass nur über Einschnitte in tradierte Verteilungssysteme neue Dynamik zu gewinnen ist. Auch dort sind die Auseinandersetzungen keineswegs harmonisch verlaufen. Die entscheidenden Elemente des Erfolges sind Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben, Steuererleichterungen und damit Stärkung der Kaufkraft sowie eine überaus deutliche, langjährig angelegte Lohnzurückhaltung.

Das Leitmotto lässt sich kurz fassen: Mehr Markt, weniger Staat, weniger Korporativismus, weniger Vorschriften, mehr Arbeit. Damit gelang es auch, die Verringerung des Haushaltsdefizits zu erreichen, einen Abbau der Arbeitslosigkeit auf den Weg zu bringen und die Steuer- und Abgabenerleichterungen für Bürger und Unternehmen tatsächlich durchzusetzen. Das Geheimnis liegt also, - hier mögen Ideologen protestieren wie sie wollen -, in einer angebotsorientierten Politik und eben nicht in einer nachfrageorientierten Stimulierung, die immer zu einer weiteren Steigerung des Umverteilungsmechanismus führt.

Es ist also unverzichtbar, die uns aus Holland und den anderen Reformländern zugetragenen Bilanzen zu lesen. Es sei ausdrücklich verwiesen auf die Darstellung des Polder-Modells von Fritz Bolkenstein in der Neuen Züricher Zeitung vom 24./25. April 1999.

Im Kern ist Oskar Lafontaine nicht nur an dem währungspolitischen Unfug gescheitert, der ihm jede internationale Reputation entzogen hat. In Wahrheit hat die SPD erleben müssen, dass ihr nachfragereduziertes Konzept gescheitert ist. Dies war auch der eigentliche politische Grund für die allseits begrüßte Resignation

des Parteivorsitzenden und Finanzministers Oskar Lafontaine. Der Streit der Konzepte ist allerdings noch nicht abgeschlossen, weder in Deutschland, noch in Europa.

Orientieren sich die Christlich Demokratischen und Liberalen Parteien in Europa an diesen Erfahrungen, so können sie neue politische, ökonomische und damit zugleich soziale Legitimationen zu einer Wiedererringung der politischen Verantwortung gewinnen. Wollen wir in diesem Kontext an die Tradition der Sozialen Marktwirtschaft anschließen, so ist eine grundlegende Revision der Teile der Politik erforderlich, die auch die Unionsparteien in eine Erstarrung geführt haben, die insbesondere durch die zu späte Akzeptanz notwendiger Strukturreformen entstanden ist.

Verbrauchte Bilder waren in Wahrheit verbrauchte Ideen und zu zögerliche Entscheidungen. An dem Beispiel Tony Blairs in Großbritannien kann man überaus eindrucksvoll ablesen, dass er in Wahrheit der erste Schüler von Margret Thatcher ist. Keine der strukturellen Eingriffe der damaligen konservativen Regierung sind zurückgenommen, sondern zu Teilen sogar noch verschärft worden. Es muss einen schon sehr nachdenklich machen, wenn ausgerechnet in Großbritannien das Prinzip der Bedürftigkeit zum Ausgangspunkt der Neugewichtung sozialer Leistungen gemacht wird.

In der Gesundheitspolitik, bei der Neustrukturierung der Sozialhilfe, in der Frage der Neugewichtung der sozialen Transferleistungen stehen wir genau an der Schwelle dieser Herausforderung, die bewältigt werden muss, wenn wir neue Spielräume für eine an der personalen Verantwortung und der Mitverantwortung einer solidarischen Gesellschaft orientierte Finanz- und Steuerpolitik erreichen wollen.

Die Synthese der Ordnungsvorstellungen zwischen dem sog. "rheinischen Modell" und dem "mittelatlantischen Modell" beinhaltet in Wahrheit den Versuch einer konvergenten Betrachtung und Annäherung an neue Elemente wohlfahrtsstaatlicher Gestaltung unter dem Gebot zunehmender Knappheit. Dies ist der Ausdruck einer wettbewerblich orientierten und zugleich sozialgewichteten Ordnung. Wir greifen damit grundlegende Elemente einer Sozialen Marktwirtschaft auf, die immer wieder vor der Herausforderung stand, die Verschwendung öffentlicher Güter zu verhindern und die personale Verantwortung zum Ausgangspunkt gemeinschaftlicher Mitverantwortung zu machen.

Interpretiert man insoweit Ludwig Erhard, so war hinter dem Begriff der "formierten Gesellschaft" das Thema der persönlichen Verantwortung und zugleich die Frage einer gerechten Zuordnung von Verantwortung und Mitverantwortung bei zunehmender Knapp-

heit und Überforderung des umverteilenden Wohlfahrtsstaates angesprochen. Gerade die Christdemokratischen Parteien könnten sich auf einem solchen Verständnis neu finden und damit auch helfen, dass diese große Tradition aufgeklärter wirtschaftlicher und sozialverantwortlicher Beziehungen in Europa nicht verloren geht.

Die Europäische Union wird durch ein Neuaufleben kollektivistischer Vorstellungen und damit neuer Ideologien dem vielfach beschriebenen internationalen Wettbewerb der Standorte nicht gewachsen sein. Ganz im Gegenteil bedürfen wir für Deutschland und für die sich herausbildende Europäische Union, gerade im verfassungsbildenden Prozess der politischen Union einer deutlichen und ausgeprägten Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft unter den neuen Bedingungen von Knappheit und verschärften Wettbewerb.

Eine Gleichheitsideologie, die die harten ökonomischen Fakten vernachlässigt, steuert in eine ungerechte Gesellschaft. Die Gerechtigkeit, die sich an personaler und solidarischer Verantwortung orientiert, wird die Spannung zu einer umverteilenden Gleichheit immer wieder erneut erleben. Die Gleichheit aber steht im Dienste von Freiheit und Gerechtigkeit. Wer diese klassische Zuordnung und Rangfolge der Werte vernachlässigt, landet erst in einem ökonomischen und dann in einem tiefgreifenden sozialen Desaster.

Ziehen wir aber praktische Konsequenzen aus einer solchen, zugleich auch wirkungsgerechten Betrachtung der uns umgebenden Veränderung von Staat und Wirtschaft, sind wir auch im Stande, eine zukunftsgerichtete wirtschaftliche wie soziale Dimension von notwendigen Reformen zu gewinnen. Und nur, wer von der faktischen Unvermeidbarkeit solcher Reformen überzeugt ist, kann auch andere von der Notwendigkeit des Wandels überzeugen.

Wir bleiben dabei: Unser Glaube an die Zukunftsfähigkeit einer realitätsgerechten und dann auch mutig korrigierenden Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft ist ungebrochen. Das Freiheitsgebot steht am Beginn jeder Bemühung. Die Bereitschaft, Freiheit mit sozialer Verantwortung zu verbinden, ist Voraussetzung und Lebensprinzip eines solchen Modells.

Wenn wir nicht auf Kosten unserer Kinder leben wollen, dann müssen wir uns und der kommenden Generation ermöglichen, um unserer und ihrer Selbst willen zu leben. Wir müssen ihnen ermöglichen, neue Handlungsspielräume zu gewinnen, um mit strukturellen Verwerfungen rechtzeitig und nicht verspätet fertig zu werden. Die Knappheit ist keine Gefahr für die Gerechtigkeit. "Im Schlaraffenland ist die Gerechtigkeit arbeitslos" hat Prof. Dr. Ottfried Höffe (Universität

Tübingen" in einem bemerkenswerten Artikel in der Neuen Züricher Zeitung vom 23./24. Januar 1999 zutreffend in seinem Plädoyer für einen anspruchsvollen Liberalismus gesagt.

Wenn es richtig ist, dass der Staat nur eine "Kompensationspflicht" und "Auffangverantwortung" hat, dann müssen wir mit neuer Anstrengung daran arbeiten, dass personale Verantwortung und Pflicht im Interesse einer solidarischen und sozialverantworteten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch wahrgenommen werden kann und nachprüfbar wahrgenommen wird. Wir stehen also am Anfang einer anspruchsvollen Aufgabe, die nur mit anspruchsvoll denkenden und engagiert handelnden Menschen in Wirtschaft und Politik bestanden werden kann.

Der Soziologe Richard Sennett hat in seinem überaus interessanten Buch "Der flexible Mensch - Die Kultur des neuen Kapitalismus" zutreffend angemerkt: "Um verlässlich zu sein, muß der andere das Gefühl haben, gebraucht zu werden. Um das Gefühl zu haben, gebraucht zu werden, muß dieser andere auf uns angewiesen sein". Dies sagt Richard Sennett im Blick auf ökonomische und soziale Veränderungen, die den emanzipierten Menschen immer stärker dazu treiben, aus unflexiblen, durchherrschten und kollektivistischen Systemen zu fliehen. Die bürokratischen Riesen lernen das Tanzen. Die die individuelle Freiheit erdrückenden Kollektivsysteme und ihre Netzwerke beginnen zu zerreißen. Ihre Kosten werden stärker denn je als ungerechte Enteignung empfunden. Die soziale Kälte der Solidarsysteme hat ihren Grund in einer persönlich immer spürbarer werdenden Fehlallokation der finanziellen Ressourcen. Die Legitimität politischer Entscheidungen zu zwanghaften kollektiven Regelungen der Lebens-, Wirtschaft- und Arbeitsbeziehungen bricht ein. Die Legitimationsfrage an die Ordnung ist gestellt.

So gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen personaler und gemeinschaftlicher Verantwortung und staatlicher Aufgabenzuordnung. Wir müssen uns selbst und die Anderen verantwortlich in Anspruch nehmen und dürfen uns keinesfalls einer neuen Entmündigung aussetzen. Es ist und bleibt also ein Plädoyer für Freiheit und Verantwortung. Die neue Soziale Marktwirtschaft muss sich durch Flexibilität bewähren und das Risiko der Veränderung bejahen.-

"Was ist der Mensch? ... mit Ehre und Herrlichkeit hast du ihn gekrönt"

Predigt von Karl Martin

Schriftlesung aus Psalm 8,2 - 10:

Wenn ich sehe die Himmel, deiner Finger Werk,
den Mond und die Sterne, die du bereitet hast:
was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst,
und des Menschen Kind, dass du dich seiner annimmst?
Du hast ihn wenig niedriger gemacht als Gott,
mit Ehre und Herrlichkeit hast du ihn gekrönt.

Predigttext aus Psalm 8, Vers 5:
Was ist der Mensch?

Liebe Tagungsgemeinde,

dieser Gottesdienst umfasst mehrere Anlässe. Der erste Anlass ist das Datum des 31. Oktober. Wir feiern heute den Reformationstag. Unser Verständnis des Glaubens, unsere Art zu denken und mit ethisch-sozialen Problemen umzugehen, ist wesentlich von der Reformation geprägt worden. Der zweite Anlass ist die Tagung "Zum Verhältnis von Theologie und Ökonomie". Wir haben uns mit der Freiburger Denkschrift aus dem Jahr 1943 beschäftigt, um daraus für die Gegenwart zu lernen und unsere in die Zukunft hineinwirkende Verantwortung zu erkennen. Verantwortung ist ein zentraler Begriff in der theologischen Ethik Dietrich Bonhoeffers und im Denken des Freiburger "Bonhoeffer Kreises". Es handelt sich dabei um eine zutiefst personale Kategorie.

Während der Tagung zur Freiburger Denkschrift sind wir auf ein wichtiges Anliegen gestossen. Eine vom christlichen Glauben geprägte Wirtschafts- und Sozialpolitik muss das Ziel verfolgen, "dass der Mensch Subjekt seiner Arbeit bleibt oder wieder wird und nicht als Objekt bloßer Zuweisung eines für ihn Undurchschaubaren schließlich selbst zum dinglichen Produktionsmittel deklassiert wird". An die Wirtschafts- und Sozialordnung wird die Forderung zu richten sein, dass sie dazu beiträgt, die Personwürde oder - was dasselbe meint - die Subjektwürde des Menschen zu erhalten bzw. wiederzugewinnen. Als einen der Hauptlernpunkte der Tagung hatten wir gestern herausgestellt, dass die Person Sinnmitte und Tabugrenze aller menschlichen Ordnungen sei und zu bleiben habe.

Was ist der Mensch?, diese berühmte Frage stammt aus dem Psalm 8: Wenn ich die Himmel sehe, deiner Finger Werk, den Mond und die Sterne, die du bereitet hast: was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst, und des Menschen Kind, dass du dich seiner

annimmst? Die Frage bricht auf unter dem Nachthimmel mit den Gestirnen und der Tiefe des Weltraums. Das Weltall hat Gott - wie es der Psalmist ausdrückt - mit seinem Finger, mit dem Antippen seines Fingers geschaffen. Wenn das Weltall wie ein Wassertropfen auf dem Finger Gottes ist, welche Grösse, Unendlichkeit und Unfassbarkeit muss dann erst das Wesen Gottes ausmachen?

Im Vergleich dazu der Mensch: ein verletzlicher, gefährdeter Körper, eine verletzte, gefährdete Person, dem Werden und Vergehen unterworfen, voll Stolz - und gleichzeitig voll Angst, immer wieder unsicher in seinen Wahrnehmungen und Entscheidungen - die Gestirne sind ruhig, fest und klar auf ihrem Weg, aber der Mensch ist in seiner Freiheit verhalten und entscheidungsunsicher, gefährdet durch Irrtum und Blindheit, immer wieder eine Gefahr für sich, für die Mitmenschen, für die Mitschöpfung. Es ist unglaublich, was der Mensch anderen Menschen antun kann, wie weit er entarten, wie weit er sich von dem Ebenbild Gottes entfernen kann.

Wie lässt sich Personwürde, die Subjektwürde des Menschen erhalten bzw. wiedergewinnen? Psalm 8 macht die Aussage, dass der Mensch seine Person- und Subjektwürde nur im Gegenüber zu seinem Schöpfer, in der Anerkennung der Majestät Gottes festhalten kann. Gott hat dem Menschen seine Personwürde geschenkt. Der unendliche Gott hat sich des Staubkorns Mensch angenommen. Er hat sich ihm in Liebe zugewandt. Die Liebe Gottes ist ein unfassliches Wunder. Nur wenn dem Menschen das bewusst bleibt, bleibt er Person. Ist dieses Wissen heute noch Konsens in unserer Gesellschaft? Prägt dieses Wissen unser Denken und Verhalten?

Die Personwürde des Menschen hängt an verschiedenen Faktoren. Drei möchte ich heute morgen herausgreifen:

1. Wir brauchen als Menschen mit einer Personwürde eine ethische Basis von Grundüberzeugungen und Grundwerten.
2. Wir brauchen als Menschen mit einer Personwürde ein Beziehungsgeflecht von Mitmenschen, in dem sich immer wieder Dialog, gemeinsame Werte und Sinnzusammenhänge konstituieren.
3. Wir brauchen als Menschen mit einer Personwürde die Bereitschaft zum Risiko. Ein verantwortliches Leben kann dazu führen, dass wir für uns selbst Nachteile zu erleiden haben oder uns Gefährdungen aussetzen müs-

sen. Zu allen drei Faktoren wenige Bemerkungen, verbunden mit der Frage: Sind wir in diesen Faktoren autonom, oder sind wir in diesen Faktoren auf Gottes Gegenwart angewiesen?

Der 1. Faktor:

Wir brauchen als Menschen eine ethische Basis von Grundüberzeugungen und Grundwerten. In dem Freiburger "Bonhoeffer-Kreis", der 1942/43 die Freiburger Denkschrift erarbeitete, war umstritten, ob das natürliche Gewissen oder der geoffenbarte Gotteswille die Basis der gemeinschaftlichen Arbeit zu sein habe. Dahinter verbirgt sich das eigentliche Grundproblem: Ist der Mensch ein ethisch autonomes Wesen, das die Grundwerte in sich trägt und durch Selbstbefragung zu Wahrheit und Gewissheit kommen kann? Oder müssen dem Menschen die Grundwerte gesagt, geschenkt werden, von aussen ins Herz eingepflanzt werden? Muss auf den Menschen erst ein Wort zukommen, das ihn aufschreckt, überwältigt, verändert, tröstet, befreit? Bonhoeffer war fest davon überzeugt: Zur ethischen Gewissheit komme ich nur, wenn Gott mir seinen geoffenbarten Willen im Glauben zum Eigentum schenkt. Damit hat Bonhoeffer an der reformatorischen Erkenntnis festgehalten, dass wir uns nicht selbst gewiss machen können, sondern von Gott gerufen und zum Gutem befähigt werden müssen. Prof. Brakelmann hat diese reformatorische Einsicht am ersten Abend eindrucksvoll bestätigt.

Der 2. Faktor:

Wir brauchen als Menschen ein Beziehungsgeflecht von Mitmenschen, in dem sich immer wieder Dialog, gemeinsame Werte und Sinnzusammenhänge konstituieren. Für den Freiburger "Bonhoeffer-Kreis" war die Bekennende Kirche und die ökumenische Bewegung dieses Beziehungsgeflecht. Die Frage ist: Kann ich mir ein solches Beziehungsgeflecht selbst schaffen, oder muss es mir von Gott geschenkt werden? Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich müssen wir uns aktiv um Kontakte und Kommunikation bemühen. Für Wissenschaft und öffentliches Leben sind solche Kontaktbemühungen unabdingbare Voraussetzungen. Aber haben wir damit schon jene Beziehungen, die bis in die ethische Tiefendimension hineinreichen? Ist es nicht oft so: Es wird viel geredet, und wenn dann wieder der gewohnte Alltag kommt, dann ist man hilflos den übermächtigen Anpassungszwängen ausgeliefert? Vor die Frage des Tuns gestellt, vereinsamen wir. An sich sollte die Kirche ein solches Beziehungsgeflecht sein, das unseren Alltag, unsere Anpassungszwänge und unsere Entscheidungskonflikte mit einschliesst. Aber die Kirche ist das oft nicht. Sie ist es sehr, sehr oft nicht. Und das ist gut so. Negativ-Erfahrungen entziehen die Kirche der Dimension der Machbarkeit, Verwaltbarkeit. Die wirkliche Kirche ist ein Werk des Heiligen Geistes.

Nur die wirkliche Kirche gibt Halt, nur sie verbindet uns mit anderen Menschen in einer Qualität, die weit über das Machbare hinausgeht. Gestern Abend die Lesung aus dem Hafttagebuch von Constantin von Dietze und die musikalischen Darbietungen waren ein Aufblitzen dessen, was wirkliche Kirche ist und sein kann.

Der 3. Faktor:

Wir brauchen als Menschen die Bereitschaft zum Risiko. Ein verantwortliches Leben kann dazu führen, dass wir für uns selbst Nachteile zu erleiden haben oder uns Gefährdungen aussetzen müssen. Der Körper, das Leben und die Unversehrtheit eines Menschen sind zwar ein Tabu, das nicht überschritten werden darf. Diese Tabugrenze ist jedoch nicht so absolut, dass sie nicht vom Betroffenen - allerdings nur von ihm und nur für ihn selbst - relativiert werden dürfte. Der verantwortliche Mensch geht das Risiko ein, dass seine Befindlichkeit, sein Körper eingeschlossen, Nachteile und Gefährdungen erleidet. Und zwar geht es das Risiko ein, um seine Personwürde - und damit das Heilsein seiner Seele - zu bewahren. Um seine Gottebenbildlichkeit zu bewahren. Um weiter in einer lebendigen Gottesbeziehung leben zu dürfen. Wir sollen Gott mehr gehorchen als den Menschen. Wir sollen Gott auch mehr gehorchen als unseren Ängsten. Wir sollen Gott mehr gehorchen als unseren Bedürfnissen nach Wohlergehen, Sicherheit und Karriere. Wer sein Leben erhalten will, der wird es verlieren, wer aber sein Leben im Widerstand gegen lebensfeindliche Mächte Gefährdungen und Nachteilen aussetzt, der wird es letztendlich gewinnen. Es ist wichtig, dass wir uns durch Negativ-Rechnungen nicht einschüchtern lassen.

Was ist der Mensch?

Liebe Gemeinde, während wir noch überlegen, ob wir uns für oder gegen Autonomie, für oder gegen eine Gottesbeziehung entscheiden sollen, hat Gott sich uns längst zugewandt. Über alle intellektuellen Zweifel hinweg, an unseren Zweifeln vorbei oder durch sie hindurch will uns Gott seine Nähe und Liebe spüren lassen. Unsere Personwürde ist ein Geschenk unseres Gottes, sie ist bereits vorhanden, längst bevor wir uns in unserem Bewusstsein dazu verhalten können. Eine Vorgabe ohne unser Machen und Zutun, ohne jede Werkgerechtigkeit, alleine aus Gnade. Gott hat den Menschen mit Ehre und Herrlichkeit gekrönt. Ehre und Herrlichkeit meinen Personwürde und Subjektverantwortung. Lasst uns darauf achthaben, dass wir unsere Personwürde und die unserer Mitmenschen nicht geringachten, wegwerfen, schänden und zertreten lassen. Lasst uns Gott dafür danken, dass wir als Menschen, ausgestattet mit Personwürde, in seiner Nähe und Liebe leben dürfen.

Amen.

Vorstand des dbv

Die Sitzungen des Vorstandes finden in den meisten Fällen in den Räumen Am Heienberg 2 in Wiesbaden-Sonnenberg statt, die von dem Offenen Forum Wiesbaden und dem Dietrich-Bonhoeffer-Verein gemeinsam genutzt werden. Zu den Mahlzeiten wird der Vorstand von Rosmarie Daser-Martin bewirtet - jedesmal neu richten sich frohe Erwartungen auf die Sitzungspausen, in denen Köstlichkeiten aus Keller und Küche die Gäste überraschen.

Mitarbeiterbewirtung

Nachdem diese Praxis über viele Jahre so geübt worden ist, hat der Vorstand nunmehr das erste Mal seinerseits die Gastgeberrolle übernommen, um allen denen zu danken, die durch Einsatzbereitschaft, Mithilfe und Kooperation zum Gelingen der Vereinsarbeit beitragen. Bei einem Abendessen am Freitag, den 28. April 2000, in einem Waldlokal in Wiesbaden-Sonnenberg richtete sich der Dank an Rosmarie Daser-Martin für leibliche Betreuung und menschliches Wohlfühlen, an Irmela Milch für vielfältige Schreibarbeiten und Bürotätigkeiten, an Claudia Sievers für das aufwendige Erstellen des Layouts der „Verantwortung“, und an Ingrid Schwind für das schnelle und präzise Korrekturlesen der Druckvorlagen. Außerdem wurde dem Pfarrer und Künstler Willy Beppler gedankt, der seit Jahren für die Gestaltung der Titelseite der Verantwortung Graphiken zur Verfügung stellt, so auch wieder in dieser Ausgabe..

Dank an Hajo Stabenau

Wegen beruflicher Belastungen und aus gesundheitlichen Gründen mußte Hajo Stabenau aus dem Vorstand ausscheiden. Er war viele Jahre engagierter stellvertretender Vorsitzender des dbv. Die Leitung der Arbeitsgruppe „Kultur- und Sozialsteuer“ gehörte zu den Schwerpunkten seiner Mitarbeit. Hajo Stabenau, seit seiner Jugend von den Werten des christlichen Glaubens geprägt, tritt für eine Erneuerung und Verlebendigung der Kirche ein. So wie er in seiner beruflichen Arbeit als Kommunikationstrainer zur Verbesserung zwischenmenschlicher Beziehungen beitragen möchte, betont er für das kirchliche Leben die Wichtigkeit verlässlicher, auf Transparenz, Offenheit und Vertrauen gegründeter Organisationsstrukturen. Mit großer Dankbarkeit blickt der dbv auf die langjährige Tätigkeit von Hajo Stabenau zurück. Wir werden ihn und seine Frau Anne Stabenau stets gerne in unserer Mitte begrüßen.

Mitgliederversammlung 2000

Die Jahrestagung des dbv vom 19.-31. Mai 2000 in der Ev. Akademie Mülheim an der Ruhr wurde seitens der Akademie von dem Studienleiter Dr. Hans-Jürgen Fischbeck begleitet. Seit vielen Jahren fühlt sich der dbv mit Hans-

Jürgen Fischbeck in den Fragen der Friedensethik und des Zivilen Friedensdienstes verbunden (vgl. Verantwortung 18/96, S. 384). Bei der Beratung und Verabschiedung der Resolutionen in der Mitgliederversammlung erwiesen sich die Themen Soldatenseelsorge und Friedensverantwortung als besonders aktuell und dringlich. Die Rahmenvereinbarung für die Soldatenseelsorge in den neuen Bundesländern läuft im Jahr 2003 aus. Die Evangelische Kirche in Deutschland will in diesem Jahr mit der Bundesregierung über eine Anschlussregelung verhandeln. In der nächsten Verantwortung Heft 26 werden die Resolutionen aus Mülheim abgedruckt werden. Wer die Resolutionen sofort braucht, kann sie beim Büro des dbv anfordern:
Am Heienberg 2, 65193 Wiesbaden, Tel: (0611) 542179.

Kultur- und Sozialsteuer

Die Arbeitsgruppe „Kultur- und Sozialsteuer“ hat mit dem Diskussionspapier „Kultur- und Sozialsteuer statt staatlicher Kirchensteuereinzug - Reformmodell für die Gemeinwohlfinanzierung in einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft“ ein wichtiges Zwischenergebnis vorgelegt (erhältlich über den dbv oder über das Internet: www.kirchensteuern.de/tafel2.htm - dort unter Stichwort „Mai 2000“). Auf der Basis dieses Papiers soll die Debatte verbreitert und weiterentwickelt werden. Am Samstag, den 25. November 2000, trifft sich die Arbeitsgruppe zu ihrer nächsten Sitzung, um eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Streitfall Kirchensteuer“ im März 2001 in Frankfurt am Main vorzubereiten. Außerdem hat sich die Arbeitsgruppe an das Präsidium des Deutschen Ev. Kirchentages in Fulda gewandt und angeregt, das Thema Kirchenfinanzierung in das Programm für den nächsten Kirchentag vom 13.-17. Juni 2001 in Frankfurt am Main aufzunehmen.

dbv im Internet

Der dbv kann und will sich nicht der technischen Entwicklung verschließen. Seit mehreren Sitzungen wird in Vorstand und Kuratorium die Entwicklung einer eigenen E-mail-Adresse und einer Homepage beraten. In DIKE, dem Digitalen Informations- und Kommunikationssystem in der Ev. Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), hat der dbv einen leistungsfähigen Partner gefunden. Ab sofort stehen folgende Internet-Adressen zur Verfügung:
E-mail: dietrich-bonhoeffer-verein@dike.de
Homepage: www.dietrich-bonhoeffer-verein.dike.de
Im Augenblick ist eine vorläufige Homepage eingestellt. Die endgültige Homepage wird derzeit von einem Mitarbeiter des Internet-Cafes des Ev. Stadtjugendpfarramts Wiesbaden erstellt. In Zukunft können jederzeit Adressen, Termine und Veranstaltungen, Pressemitteilungen, Resolutionen sowie Beiträge der Zeitschrift „Verantwortung“ über das Internet eingesehen und ausgedruckt werden.
TERMINE

Herbsttagung 2000

Das Herbstseminar vom 27. -29. Oktober 2000 in Halle/Saale wird mit den Kooperationspartnern Ev. Markt-gemeinde Halle/Saale und Offenes Forum Wiesbaden ver-anstaltet. Mit dem Thema „Gewissenskonflikte - unentbehrlich oder überflüssig? - Was kann Kirche zur Werteorien-tierung beitragen?“ sollen Grundfragen christlicher Ethik zur Sprache kommen. Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr aus Berlin, Vorsitzender des Komitees für Grundrechte und Demo-kratie, wird von den Berliner Prozessen berichten, in denen sich die Angeklagten wegen eines Aufrufs an die Soldaten, die Beteiligung an dem Kosovo-Krieg zu verweigern, zu verantworten haben. Anmeldungen beim Büro des dbv Tel: (0611) 542179.

Jahrestagung 2001

Die Jahrestagung 2001 findet vom 4. -6. Mai in München in Zusammenarbeit mit der Stiftung Weiße Rose und der Ev. Erlösergemeinde statt. Mit dem Thema „Die Kraft: Nein zu sagen“ wollen wir ganz dicht an die menschliche und politi-sche Erfahrungswirklichkeit herankommen. Als Veran-staltungsort für die Vorträge werden wir Räume der Ludwig-Maximilians-Universität benutzen. Übernachtung und Verpflegung werden in der Innenstadt Münchens angebo-ten. Die Jahrestagung 2001 mitten im Zentrum einer inter-essanten Großstadt, ausgerichtet mit ganz neuen Organisations- und Kooperationsformen, wird zu einem interessanten, spannenden Ereignis werden.

Kuratoriumssitzung 2000

Die Kuratoriumssitzung 2001 wird am Samstag, den 30 Juni 2001, in Frankfurt/Main im Gemeindehaus der Ev. Weißfrauengemeinde durchgeführt.

Jahrestagung 2002

Die Jahrestagung 2002 ist auf den 24. -26. Mai festgelegt worden. Wir werden in der Ev. Akademie Iserlohn zu Gast sein.

Hinweis in eigener Sache: Niemöller-Tagung

Martin Niemöller im Kalten Krieg - Die Arbeit für Frieden und Gerechtigkeit damals und heute
Tagung der Martin-Niemöller-Stiftung und der Ev. Akademie Arnoldshain vom 3. bis 5. November 2000
Geschichtliche Erfahrungen versinken rasch. Schlussstriche scheinen ebenso beliebt wie naheliegend zu sein. Aber es gibt auch eine Fortsetzung des Kalten Krieges, die ein Freund-Feind Denken in die Gegenwart verlängert.

"Du kannst nicht Gott und dem Mammon dienen!"

Renate Börger im Gespräch mit Eugen Drewermann über sein Buch:
"Jesus von Nazareth - Befreiung zum Frieden"

In seinem Buch "Jesus von Nazareth - Befreiung zum Frieden" beschäftigt sich Eugen Drewermann unter anderem mit der Frage des Geldes, insbesondere des Zinssystems und seiner selbstverstärkenden Dynamik in der Weltwirtschaft, einer Dynamik, die die Geldvermögen weltweit in gigantische Höhen treibt und sie zu immer neuen Anlagen, zu immer weiterer Rendite zwingt. Damit einher geht der Zwang zum Wirtschaftswachstum, der den zu verteilenden Kuchen vergrößern soll, aber die zunehmende Verteilungs-ungerechtigkeit nur verschleiert, von den ökologischen Folgen des Wirtschaftswachstums einmal abgesehen. Der Zinseszinsseffekt treibt die Schere zwischen Besit-zenden und Nichtbesitzenden immer weiter auseinan-der und führt dazu, dass - wie er sagt - aus der Ge-meinsamkeit aller Menschen ein weltweites Schuld-nersyndikat wird. Zwischen den Industrieländern und den Ländern der dritten Welt, aber auch inzwischen in den Industrieländern selbst, in denen die Staatsver-schuldung brisant ansteigt und die Geldvermögen auf der anderen Seite eskalieren.

Eugen Drewermann hat sich zu einem vehe-menten Kapitalismuskritiker entwickelt und es ist sei-ner Meinung nach höchste Zeit, die kirchliche Dis-kussion um den Zins und um Fragen christlicher Ver-antwortung in der Weltwirtschaft deutlicher zu führen, als es im Sozialwort der Kirchen zum Ausdruck kommt. Seine Kritik gilt der wachsenden Ungerechtig-keit in der Dynamik, dass die Mehrheit der Menschen mit ihrer Arbeitskraft einen immer absurder wachsen-den Kapitalmarkt bedienen und sich dieser in immer weniger Händen und Machtkonglomeraten konzen-triert.

Eugen Drewermann:

"Die besondere Dynamik des kapitalistischen Wirtschaftssystems besteht darin, dass Geld und Zins miteinander verbunden werden bei der Kreditvergabe und der Kreditnahme. Rein mathematisch reißt der Zins die Menschen auseinander: Diejenigen, die an der Armut zugrunde gehen und diejenigen, die an der Zahlungsnot des Kreditnehmers immer reicher werden. Je länger die Laufzeiten der Kredite sind, desto reicher wird ja ohne einen Handschlag der Kredit-

geber über die Zinseszinsspirale. Sein Pech ist, dass er mit der Nichtzahlungsfähigkeit seiner Schuldner selbst in den Schuldturm kommt. Wenn nichts mehr zu holen ist, ist er selbst am Ende. Mit einem Wort: Es ist ein Wirtschaftssystem, das sich selber ruiniert. Es kommt hinzu, dass durch den Zins eine enorme Dynamik, ein enormer Druck auf jede wirtschaftliche Gestaltung im Kapitalismus herrscht. Man nimmt Kredite auf, um investieren zu können; dann muß man auf dem Markt die Kredite plus Zins und Zinseszins wieder einfangen. Über den Zins ist die Wirtschaft zu ständiger Expansion gezwungen, deshalb ist die kapitalistische Wirtschaftsform die ‚dynamischste‘ und in gewissem Sinn - was die Ausbeutung der Welt betrifft - effizienteste Wirtschaftsform, die in der Geschichte gefunden wurde. Gleichzeitig ist sie die gefährlichste, denn ein System, das ständig expandieren muß, stößt in einer endlichen Welt sehr bald auf seine Grenzen."

Die endliche Welt vergleicht Eugen Drewermann mit einem Organismus, in dem alle Teile miteinander kooperieren und in dem es ausgeschlossen sein muß, dass ein einzelnes Organ einseitig wächst. Denn ein solches wucherndes Wachstum bedeutet Krebs und zerstört die Gesamtheit des balancierten Zusammenspiels.

"Kapitalismus und Natur miteinander zu vergleichen, ist so, wie wenn wir in unserem Magen ein Krebsgeschwür definieren. Es expandiert immer weiter und belastet den Gesamtorganismus, der es erhält, zunehmend - bis zur Todesgrenze. Wir kommen, solange der Zins uns in die Schraube von Schuld und Abtragung von Schuld hineinbannt, nie dazu, Gleichgewichtssysteme zu bilden, wo unsere Wirtschaft und darin die Menschen mit sich selbst in Ruhe kommen, und mit der Natur ringsum. Wir müssen immer mehr machen und haben am Ende immer weniger. Die Zirkulation Geld - Ware - Kapital muß sich immer rascher drehen, und dazwischen sitzen wir wie die Hamster in der Trommel."

Die christliche Auseinandersetzung mit dem Zins müßte seiner Meinung nach wieder aufgenommen werden, als Frage ökonomischer Zukunftsfähigkeit, aber auch als moralische Frage. Gelöst wurde das Problem in den meisten Weltreligionen äußerst zweifelhaft dadurch, dass zwar unter den eigenen Glaubensbrüdern und -schwestern das Zinsnehmen verpönt war, doch anderen gegenüber keineswegs.

Die Bibel lehnt das Zinsnehmen eindeutig ab. Im 3. Buch Moses (25,36) steht geschrieben: "Nimm keinen Zins, wenn Du leihst" und im Lukasevangelium 6,35 sagt Jesus: "Leihst, ohne Zins zu nehmen". Doch aus dem kirchlichen Kanon wurde das Zinsverbot offiziell gestrichen - (übrigens erst in den achtziger Jahren!)

"Speziell beim Zins allerdings hat man über lange Zeiten hinweg ein schlechtes Gewissen gehabt. Den

Zins hat man den Juden aufgebürdet, obwohl man aus der jüdischen Bibel das Zinsverbot gelernt hat ... reine Schizophrenie. Auch die Muslime im Koran haben dieses Problem. Sie haben von Mohammed (Anm.: richtige Textwiedergabe?) ebenfalls Zinsverbot auferlegt bekommen, dürfen Zinsen aber von denen nehmen, die keine Muslime sind! Aber wir müssen doch sagen: es sind alles Menschen!"

Eugen Drewermann wäre nicht er selbst, wenn er nicht neben den theologischen Aspekten die Psychologie sorgfältig im Blick hätte.

"Die eine Frage ist, warum das Geld diese ungeheure Macht hat, sich als absoluter Wert an die Stelle Gottes zu setzen. Die wenigsten würden es so zugeben, aber schauen wir, wie wir leben, dann ist es immer so, dass wir fundamentale Ängste unseres Daseins mit Geld zu lösen versuchen. Ein Mensch fühlt sich in seiner Selbstachtung zu gering, er wird dazu neigen, irgend etwas zu kaufen, wofür man ihn mehr achten würde und was er sein eigen nennen kann. Ein anderer fühlt sich ohnmächtig, aber er spürt, wenn er erst einmal Geld in den Händen hat, kann er sich Macht kaufen. Geld wird auch benutzt als Ersatz für persönliche Nähe."

Mittenhinein in den Bereich der Zwischenmenschlichkeit möchte Eugen Drewermann - zumindest in unserem Bewußtsein - die Zinsfrage zurückholen; von der verschleiern den Anonymität der Aktien und Bankkonten zurück zu der ganz persönlichen Frage: Wie halte ich es mit dem Geld im Angesichte meiner Mitmenschen?

"Wieso kannst Du, wenn Du soviel Geld hast, dass Du es verleihen kannst, wie kannst Du dann einen Menschen, der es benötigt, hernehmen, um noch reicher zu werden, als Du schon bist? Du würdest doch kein Geld verleihen, wenn Du es nicht überflüssig hättest! Das Geld treibt die, die es haben und die, die es brauchen, auseinander. Es macht aus einem Freund einen Feind, aus einem Bruder einen Sklaven, aus einem Mitmenschen einen Abhängigen. Willst Du das wirklich? Vor Gott, vor den Menschen? Was macht das mit Dir, wenn Du das tun kannst und denkst, das sei so in der Ordnung? Was verstehst Du von Gott, von den Menschen, von Dir selber??"

Eugen Drewermann, Glauben in Freiheit: Bd 2: Jesus von Nazareth: Befreiung zum Frieden, 819 S., 4 farb. Abb., Leinen, Preis: DM 89.00, ISBN: 3-530-16897-1. Walter-Verlag/CVK, 4. Aufl. 1998.

Eine großartige Einladung zum Dialog

von Martin Stöhr

Fritz A. Rothschild, vor der Shoa in die USA aus Deutschland gerettet, jüdischer Religionsphilosoph in New York, oft Gastprofessor in verschiedenen Ländern, kennt die Gewalt der Kirchengeschichte, die zum geringeren Teil Perioden der Duldung kannte. Immer wurde die jüdische Minderheit nach den Gesetzen der christlichen Mehrheit behandelt, auch als die Gesellschaft längst säkularisiert war. Rothschild erinnert mit wichtigen Beispielen an die Erfahrungen der Geschichte, z.B. an die Zwangsdisputationen zwischen Christen und Juden, in denen rücksichtslos die Vormachtstellung der christlichen Veranstalter die Fragestellung und das oft tödliche Ende bestimmte. Ein Dialog unter Nachbarn oder wissenschaftlichen Kollegen war selten, vor allem nach dem Kreuzzügen.

Als Christ, der die inspirierende Erfahrung gegenwärtiger Begegnungen macht, muss ich an dieser Stelle sagen, dass die erste Aufgabe der Christen in diesem Dialog heute heißt: Selbstreinigung des Christentums in Lehre, Predigt, Unterricht und Alltag von allen Antijudaismen. Dass dieser Dialog erst nach Auschwitz geführt wurde, gehört zu den bitteren Erfahrungen der Geschichte und zu den Gefährdungen der christlichen Glaubwürdigkeit.

Rothschild hilft mit seinem Buch, wichtigen jüdischen Stimmen zuzuhören und nicht über die Juden, sondern mit ihnen zu sprechen. Allzulange wurde in der Mehrheitsgesellschaft - trotz des biblischen Bilderverbotes - mit Bildern und Projektionen vom Judentum gearbeitet, anstatt das jüdische Selbstverständnis in seinem großen Reichtum wahrzunehmen und ernstzunehmen. Dass aus dieser Neubegegnung nach der Shoa mehr geworden ist, verdankt sich der Arbeit eines pontifex maximus, eines Brückenbauers wie Rothschild, und der von ihm vorgestellten jüdischen Denker L. Baeck, M. Buber, F. Rosenzweig, W. Herberg, A.J. Heschel.

Die Präsentation der fünf großen Theologen des jüdischen Volkes in diesem Jahrhundert geschieht einmal durch eine historisch wie theologisch informative Einführung von F. A. Rothschild selbst. Sie besticht durch sorgfältig erarbeitete Anmerkungen. Sie sind als Notizen zum Verständnis der fünf Autoren und ihres geschichtlichen Hintergrundes nötig. Ergänzt wird diese Arbeit durch eine präzise Bibliografie, die zum Weiterlesen einlädt. Zum anderen leuchtet die sehr geschickte Auswahl aus den umfangreichen Werken

der fünf jüdischen Gelehrten ein. Hier werden Schlüsseltexte zur Diskussion gestellt, die wieder und wieder zu lesen lohnen. Sie sagen ebenso viel aus über jüdisches Selbstverständnis, seine Traditionen und Entfaltungen wie über die Beziehungen zum Christentum. Das Buch ist ein Musterbeispiel dafür, wie dialogisch gelernt werden kann: "Alles wirkliche Leben ist Begegnung" (Martin Buber).

Zum dialogischen Charakter dieses Buches gehört aber auch, dass Rothschild christliche Gelehrte gewann, ihrerseits in Leben und Werk von Baeck, Buber, Rosenzweig, Herberg und Heschel einzuführen. Liest man das Buch, denkt man neu über eine alte These und ihre Problematik nach. Die These heißt: Das Christentum müsse sich mit dem Judentum befassen. Ohne seine Wurzeln zu kennen, könne es die eigene Identität weder verstehen noch gestalten. Dagegen müsse sich das Judentum nicht mit dem Christentum befassen, es sei denn so, wie es sich mit anderen Religionen befasst. Die erste Hälfte dieser These ist sicher richtig. Sie weist auf eine Asymmetrie hin, die in Bezug auf die gemeinsame Bibel, die Hebräische Bibel besteht. Diese macht den größeren Teil der christlichen Bibel aus. Die Hebräische Bibel wird nicht nur übereinstimmend gelesen und verstanden, sondern durchaus verschieden. Die Asymmetrie zeigt sich aber auch im Ausspielen von Macht und Normen der Christenheit gegenüber der jüdischen Minderheit. Es ist eine in der Tat singuläre Beziehung einer Tochterreligion zur Mutterreligion.

Aber stimmt auch die zweite Hälfte der These? Rothschild hält die Zeit für gekommen, dass von jüdischer wie von christlicher Seite aus darüber nachgedacht wird, was es bedeutet, dass in hebräischen Kategorien und auch unter positiver Aufnahme der Hebräischen Bibel das Christentum seinen Weg in die Welt nahm. Was bedeuten Gemeinsamkeiten und Unterschiede jetzt, da hoffentlich Gewalt aus den Beziehungen zwischen den beiden ein für alle Mal verschwunden ist. Rothschilds Buch lädt ein anhand der jüdischen und christlichen Texte die doppelte These zu überprüfen.

Zur bitteren Realität gehört allerdings, dass die fünf Autoren auf ihre Gedanken zu ihren Lebzeiten kaum eine Antwort von christlichen Kollegen oder aus den Kirchen bekamen. Das gilt zumindest für den deutschen Sprachraum. Es gilt weniger für eine offene Gesellschaft wie die der USA, in der eine andere Tradition religiöser Toleranz praktiziert wird. Das Buch von F. A. Rothschild, das 1990 und 1996 auf englisch erschien (in New York), liegt jetzt glücklicherweise auch auf deutsch vor. Das sehr verdienstvolle Institut Kirche und Judentum in Berlin hat es 1998 publiziert. Im englischsprachigen wie im deutschsprachigen Raum liegt damit ein Standardwerk des geleb-

ten und immer neu zu lebenden Dialogs vor. Es kann Juden und Christen "daran erinnern, dass das Leben kein Problem darstellt, das zu lösen ist, sondern eine Aufgabe, die auferlegt ist, und eine Gnade, die geschenkt wurde" (F.A. Rothschild).

Fritz A. Rothschild (Hg): Christentum aus jüdischer Sicht.

Fünf jüdische Denker des 20. Jahrhunderts über das Christentum und sein Verhältnis zum Judentum.

Leo Baeck - Martin Buber - Franz Rosenzweig - Will Herberg - Abraham J. Heschel

Berlin: Institut Kirche und Judentum 1998. 380

Der vergessene Widerstand - Deutsche Akademie im Exil

Verlagsinformation

Mit dieser Publikation wird die erste umfassende Darstellung der 1936 von Hubertus Prinz zu Löwenstein zusammen mit Richard A. Bermann (Arnold Höllriegel) in New York gegründeten "Deutschen Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil" (Exilakademie) vorgelegt, eines Zusammenschlusses der von den Nazis vertriebenen geistigen Elite Deutschlands. Präsidenten der Deutschen Akademie im Exil waren Thomas Mann und Sigmund Freud.

Inhalt

- * Der kulturelle Widerstand aus dem Exil als Entsprechung des aktiven Widerstands im Innern Deutschlands
- * Geistige Grundlagen der Exilakademie und ihrer praktischen Arbeit
- * Beitrag der in der Exilakademie zusammengeschlossenen deutschsprachigen Emigranten auf Kultur und Wissenschaft in Amerika sowie auf die Nachkriegsentwicklung in Europa
- * Berlin als "Wiege" der Exilakademie.

Die Publikation über die Exilakademie ist zugleich eine der Grundlagen für eine Veranstaltungsreihe, die regelmäßig am Jahrestag des Attentats vom 20. Juli 1944 unter dem Titel "Kultur als Waffe - Intellektuelle im Exil" stattfinden soll. Darin soll sowohl an den "vergessenen" kulturellen Widerstand nach 1933 als auch an den Widerstand der Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler aus aller Welt erinnert werden, die, in ihren Herkunftsländern aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen verfolgt, heute in Deutschland Zuflucht gefunden haben. Bei der Veranstaltung am 20. Juli 2000

in Berlin wird der Direktor des Jüdischen Museums Berlin, W. Michael Blumenthal und der Präsident des P.E.N.-Zentrums Deutschland, Christoph Hein, in den Abend einführen. Die Lesung von Briefen verfolgter Intellektueller sowie ein Gespräch mit den Zeitzeugen Dr. Volkmar Zühlsdorff (Autor des Bandes) und Friedrich Gorenstein, Schriftsteller aus der ehemaligen UdSSR, werden im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen.

Hintergrund

Die Exilakademie war während der Zeit des Nationalsozialismus eine der bedeutendsten Institutionen des Widerstands. In ihr war ein Großteil der geistigen Elite Deutschlands zusammengeschlossen - prominente Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler, die vor der Weltöffentlichkeit deutlich machten, dass Hitler und Deutschland entgegen der Goebbels-Propaganda zweierlei waren, und dass Deutschland nach dem Sturz des Diktators wieder seine traditionelle Rolle als eine freiheitlichen Idealen verpflichtete Kulturnation in der Mitte Europas übernehmen werde.

1936 in New York auf Initiative von Hubertus Prinz zu Löwenstein gegründet, wurde die Exilakademie unter der Präsidenschaft von Thomas Mann und Sigmund Freud in kurzer Zeit zum Sprachrohr der von den Nazis aus Deutschland vertriebenen Intellektuellen. Mit ihrem Kampf gegen Unrecht und Gewalt für Freiheit, Recht und Menschenwürde schufen sie mit die Voraussetzungen dafür, dass nach Beendigung des Krieges aus ehemaligen Gegnern schon bald Verbündete, Partner und schließlich Freunde wurden.

Ohne die ideelle und finanzielle Hilfe der USA - die notwendigen Fördermittel wurden über eine private amerikanische Hilfsorganisation, die American Guild für German Cultural Freedom, aufgebracht - wären Gründung und Arbeit der Exilakademie nicht möglich gewesen. Insofern spiegelt die Exilakademie über den persönlichen Einsatz ihrer Mitglieder hinaus auch gemeinsame Wertvorstellungen zwischen Deutschen und Amerikanern wider.

Mit der Darstellung des kulturellen Widerstands aus dem Exil als Ergänzung und Verstärkung des aktiven (auch militärischen) Widerstands im Innern Deutschlands soll die Diskussion über den deutschen Widerstand neu belebt werden. Es waren die in der Exilakademie zusammengeschlossenen Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler, die vor der Weltöffentlichkeit das andere Deutschland verkörperten, dabei auch für diejenigen sprechend, denen zu sprechen im Innern Deutschlands verwehrt war.

Ziel ihres Kampfes war - in der Nachfolge der Außenpolitik Gustav Stresemanns - die Schaffung eines

demokratischen Deutschland in einem sich vereinigen- den Europa. In diesem Sinn hatte Prinz Löwenstein schon vor 1933 eine Europäische Gemeinschaft gefor- dert..

Die Exilakademie stand in enger Verbindung zu der New Yorker New School für Social Research, die damals unter der Leitung von Alvin Johnson als "Uni- versity in Exile" neu begründet wurde. Johnson sorgte dafür, dass viele prominente deutsche Wissenschaftler, vor allem Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, an die New School verpflichtet wurden.

Der Einfluß der New School auf Kultur und Wis- senschaft in Amerika sowie auch auf die Nachkriegs- entwicklung in Europa war groß: Amerikanische Stellen holten während des Krieges immer wieder den Rat von an der New School lehrenden deutschen Wissenschaft- lern ein, deutsche Soziologen stellten sich den Admini- strationen Truman und Eisenhower als Berater zur Ver- fügung.

Eine wichtige Rolle spielte damals auch der im Council of a Democratic Germany zusammengeschlos- sene Kreis um Paul Tillich, dessen Mitglieder ebenfalls der Exilakademie angehörten. Der Council trat 1944 in New York mit einem "Manifest zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" hervor, in dem - in direkter Konfrontation mit dem Morgenthau-Plan - die Wieder- eingliederung Deutschlands in die demokratische Staa- tengemeinschaft gefordert wurde. Daß der Morgen- thau-Plan schließlich nicht, wie von Roosevelt beab- sichtigt, verwirklicht wurde, ist mit ein Verdienst der Exilakademie.

Obwohl die Mitglieder der Akademie in tausenden Büchern, Anthologien und Broschüren, dazu 600 Zeitschriften und Periodika, als Verkörperung und Sprecher des deutschen Widerstands seinerzeit starken Einfluß auf die internationale öffentliche Meinung aus- übten und nach dem Krieg aktiv beim Wiederaufbau halfen, blieb ihr Wirken bis heute in Deutschland nahe- zu unbeachtet.

Eine umfassende Darstellung der Exilakademie gibt es bisher nicht, ausgenommen eine 1993 erstmals gezeigte Ausstellung der Deutschen Bibliothek mit einem umfangreichen, inzwischen bereits vergriffenen eindrucksvollen Katalog.

Mitglieder der Exilakademie waren u.a.:

Literatur:
Bertolt Brecht, Max Brod, Hermann Broch, Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger, Bruno Frank, Leonhard Frank, Oskar Maria Graf, John Heartfield, Kurt Hiller, Helmut Hirsch, Arnold Höllriegel, Alfred Kantorowicz, Hermann Kesten, Irmgard Keun, Egon Erwin Kisch, Annette Kolb, Siegfried

Kracauer, Arne Laurin, Otto Lehmann-Russbuedt, Rudolf Leonhard, Heinrich Mann, Thomas Mann, Ludwig Marcuse, Walter Mehring, Robert Musil, Alfred Neumann, Rudolf Olden, Alfred Polgar, Ludwig Renn, Josph Roth, Hans Sahl, René Schickele, Anne Seghers, Wilhelm Speyer, Jesse Thoor, Ernst Toller, Fritz von Unruh, Ernst Weiss, Franz Werfel, Paul Zech, Hermynia zur Mühlen, Arnold Zweig, Ste-fan Zweig;

Musik/Komponisten:

Paul Hindemith, Hugo Kauder, Erich Korngold, Ernst Krenek, Arnold Schönberg, Ernst Toch, Wladimir Vogel, Kurt Weill, Alexander von Zemlinski; *Interpreten:* Adolf Busch, Artur Bodanzky, Bronislaw Hubermann, Otto Klemperer, Lotte Lehmann, Arthur Schnabel, Rudolf Serkin, Leopold Stojowski, Ignaz Waghalter, Bruno Walter;

Malerei:

Lionel Feininger, Karl Hofer, Paul Klee, Maximilian Mopp, Laszlo Moholy-Nagy; Renée Sintenis (Bildhauerin);

Architektur:

Walter Gropius, Erich Mendelssohn, Mies van der Rohe;

Theater:

Albert Bassermann, Elisabeth Bergner, Lotte Goslar, Hanya Holm, Fritz Lang, Erwin Piscator, Max Reinhardt, Bessie Schönberg;

Wissenschaft:

Hannah Ahrendt, Karl Barth, Maximilian Beck, Ernst Cassirer, Albert Einstein, Ernst Ferrand, Ernst Fraenkel, Heinrich Fränkel, Sigmund Freud, Max Graf, Eduard Heimann, Hans von Hentig, Friedrich Hertz, Richard Hönigswald, Erich von Kahler, Frederic J. Kiesler, Emil Ladenburg, Emil Lederer, Leopold Lichtwitz, Julius E. Lips, Rudolf Lipschitz, Siegfried Marck, Siegfried Neumann, Georg Friedrich Nicolai, Erwin Panofsky, Edith Porada, Paul Schrecker, Ernst Schroedinger, Hans Staudinger, Paul Tillich, Veit Valentin.

Über den Autor:

Volkmar Zühlsdorff, Diplomat und Publizist, geb. 9.12.1912 in Finow (Brandenburg). Seit 1931 Mitglied des "Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" und stellvertretender Leiter von dessen Nachwuchsorgani- sation. Emigrierte im Mai 1933 nach Österreich, später nach Frankreich, England, in die Schweiz und in die USA, wo er von 1938 bis Okto-ber 1946 lebte. Ge- schäftsführer Deutschen Akademie im Exil. Nach 1947 Sprecher der Bürgerrechtsbewegung "Deutsche Aktion" mit dem Ziel der Beendigung der Bombardierung Helgolands durch die britische Luftwaffe sowie der Rückgliederung des Saarlands an Deutschland. 1952 bis 1956 politischer Redakteur der Wochenzeitschrift "Die Zeit", 1959 bis 1977 im Auswärtigen Dienst tätig.

Volkmar Zühlsdorff, *Der Vergessene Widerstand - Deutsche Akademie im Exil*, EMV Ernst Martin Verlag Ber-lin 1999, 286 Seiten, 36,80 DM, ISBN 3-930886-03-0

Autoren und Autorinnen dieser Ausgabe

Dr. Johannes Bickel

Mitarbeiter der Aktion "Erlassjahr 2000"
Mauerfeldstr. 59 b, 61440 Oberursel
Tel: (06171) 8257 Fax: (06171) 702509

Prof. Dr. Günter Brakelmann

em. Ordinarius für christliche Gesellschaftslehre, Ruhr-Universität Bochum
Gropiusweg 35, 44801 Bochum
Tel: (0234) 704783 Fax: (0234) 7090741

Renate Börger

Freie Journalistin und Mitarbeiterin des Kirchenfunks des BR
Walshornstr. 1, 82110 Germering
Tel: (089) 8414960 Mobil: (0172) 8939041

Eugen Drewermann

Katholischer Theologe und freier Schriftsteller
c/o Dr. W. Hein, Parkstr. 14, 59597 Erwitte
Tel. + Fax: (02943) 486842
oder über Hotel IBIS,
Paderwall 3, 33102 Paderborn
Tel: (05251) 124-5 Fax: 124-888

Dr. Norbert Friedrich

Wiss. Assistent am Lehrstuhl für christl. Gesellschaftslehre Ruhr-Universität Bochum
Universitätsstr. 150, 44801 Bochum
Tel: (0234) 32-26875 Fax: (0234) 32-14722

Prof. Dr. Erhard Gerstenberger

em. Ordinarius für Altes Testament
Universität Marburg
Fasanenweg 29, 35394 Gießen
Tel: (0641) 47196

Prof. Dr. Christian Gremmels

Vorsitzender der Internationalen Bonhoeffer-Gesellschaft, Sektion BRDeutschland
Villaweg 16 1/2, 34359 Reinhardshagen
Tel: (05544) 7884 Fax: (05544) 645

Dr. Traugott Roser

Institut für Praktische Theologie der LMUniversität München
Boschetsrieder Str. 17, 81379 München
Tel: (089) 72308522

Ingrid Schwind

Sprecherin des Offenen Forums Wiesbaden
Schuppstraße 5, 65191 Wiesbaden
Tel. (0611) 542689

Prof. D. Martin Stöhr

Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung Fröbelstr. 10,
61118 Bad Vilbel
Tel: (06101) 89474 Fax: (06101) 127727

Rüdiger von Voss

Bundesgeschäftsführer d. Wirtschaftsrats d. CDU
Fritz-Schäffer-Str. 28, 53113 Bonn
Tel: (0228) 203100

EMV Ernst-Martin-Verlag

Mommsenstr. 10
10629 Berlin
Tel: (030) 3277351-0 Fax: (030) 3277351-9
Email: Ernst.Martin@uumail.de

Pfarrer Wolfgang Lauer

Bockstr. 33 A
30966 Hemmingen
Tel: (05101) 925364 Fax: (05101) 925367

Bestellschein

- Ich bitte um Zusendung eines Probeexemplars der Zeitschrift "Verantwortung" (DM 6,- zuzüglich Porto).
- Ich abonniere die Zeitschrift "Verantwortung" (Jahresabo - 2 Ausgaben - DM 16,- incl. Porto).
- Ich interessiere mich für die Arbeit des dbv und erbitte weitere Unterlagen.
- Ich bitte um Eintragung in die Liste der Freunde des dbv (Jahrespauschale DM 25,-; Zeitschrift "Verantwortung" kostenlos).
- Ich trete dem dbv als Mitglied bei (Jahresbeitrag DM 50,-; Zeitschrift "Verantwortung" kostenlos).
- Ich unterstütze die Arbeit des dbv mit einer Spende auf das Konto Nr. 8441 bei der Sparkasse Speyer BLZ 54750010

Name: _____ Straße: _____

PLZ und Ort: _____

Ich bin mit der Abbuchung des fälligen Betrages einverstanden:

Bank: _____ Konto-Nr: _____ BLZ: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Die Zeitschrift "Verantwortung" wird im Auftrag des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins zur Förderung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft e.V. (dbv) herausgegeben. Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionsteams bzw. des Herausgebers wieder.



Herausgeber im Auftrag des dbv

Redaktionsadresse :

Dr. Karl Martin Am Heienberg 2
65193 Wiesbaden Sonnenberg
Tel: (0611) 542179; Fax: 9545911
Mail: Karl.Martin@gmx.de

Redaktion:

Franz Meyer Hauptstr. 34, 04703 Leisnig-Tragnitz
Tel: (034321) 12109; Fax: 12162
Mail: Meyer-Leisnig@t-online.de
Juliane Rau Am Kirchhof 4, 06193 Löbejün
Tel: (034603) 77774
Mail: pal.rau@t-online.de

Layout:

Claudia Sievers Martin-Niemöller-Stiftung
Overbeckstr. 55, 65187 Wiesbaden
Tel: (0611) 9545486; Fax: 806985
Mail: MNiemoeSt@aol.com

Ständige MitarbeiterInnen:

Willy Beppler, Eltville
Gustav Köbbemann, Mainz
Irmela Milch, Wiesbaden
Dr. Konrad Moll, Esslingen
Ingrid Schwind, Wiesbaden

Leserbriefe, Artikel und Anzeigen bitte an die Redaktionsadresse, wenn möglich als Word 6.0 oder Word 97 Dokument.

Verlag Fenestra-Verlag
Bad Harzburg; ISBN-Verlagsnummer
3-9805071; Ersatz-Nummer 86033

Druck: Evangelisches Dekanat Wiesbaden

Der "Verantwortung" 25/2000
ist als Einlage beigefügt das Faltblatt
"Kultur als Waffe - Intellektuelle im Exil".

Bezug:

s. Bestellschein auf voriger Seite

Titelbild:

aus: Willy Beppler, Triptychon, 1989,
Linoldruck, 48x70

Vorstand des dbv:

Vorsitzender: Dr. Karl Martin
(Adr.s.linke Spalte)
Kassenwart: Uwe Kranz
Meisenweg 18, 67346 Speyer
Tel: (06232) 4714, Fax: 440385
Schriftführer: Hermann Ritter
Bettinastraße 34, 81739 München
Tel: (089) 6019837, Fax: 6016390
Beisitzer: Hanna-Elisabeth Fetkötter
Porrendeich 6, 25889 Uelvesbüll
Dr. Dieter Meßner
Kastanienweg 1, 65207 Wiesbaden
Franz Meyer, (Adr. s. links)
Juliane Rau (Adr. s.links)

Büro des dbv:

Am Heienberg 2, 65193 Wiesbaden-Sonnenberg
Tel: (0611) 542179; Fax 9545911
Mail: dietrich-bonhoeffer-verein@dike.de
Homepage: dietrich-bonhoeffer-verein.dike.de

Weitere Homepages mit Hinweisen auf den dbv:
evlka.de/extern/laatzen/arnum/pastor/d_bonhoe.htm
Kirchensteuern.de/tafel2.htm
kirchensteuern.de/links.htm
kirchensteuern.de/Texte/Bonhoeffer Reformmodell.htm

Bankverbindung:

Sparkasse Speyer
BLZ 547 500 10, Konto-Nr. 8441

Der dbv ist als gemeinnützig anerkannt und berechtigt, Spendenbestätigungen für steuerliche Zwecke auszustellen. Die Mitgliedsbeiträge für den dbv sind wie Spenden abziehbar. Wenn Sie Kontakt aufnehmen und mitarbeiten möchten, schreiben Sie uns oder rufen Sie uns einfach an!

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv), gegründet 1983, will der Förderung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft dienen. Die Vereinsmitglieder sehen in dem Leben und Werk Dietrich Bonhoeffers eine unverändert gültige Herausforderung zum kritischen Glauben, Denken und Handeln.

IN Kirche und Gesellschaft arbeitet der dbv für Enthierarchisierung und Entmilitarisierung des Denkens und der sozialen Strukturen.

FRIEDEN wagen ..., Kirche für andere sein..., mit diesen Themen greift der dbv Formulierungen Dietrich Bonhoeffers auf, in denen sich seine Anliegen besonders verdichten.

SO wie Bonhoeffer weiß sich der dbv dem Anliegen der Ökumene verpflichtet. Unter Ökumene versteht er die Gemeinschaft aller Christen.

IN der Konsequenz der Theologie Bonhoeffers beteiligt sich der dbv an der Weiterführung des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

AM Prozess der öffentlichen Meinungsbildung beteiligt sich der dbv durch Herausgabe der Zeitschrift "Verantwortung", Pressemitteilungen, Resolutionen, Tagungen und Seminare.

TAGUNGEN und Seminare des dbv sind jederfrau und jedermann zugänglich. In diesen Dialogsituationen sehen wir Möglichkeiten, christliche Verantwortung persönlich und mit anderen zu praktizieren.

Wir laden Sie herzlich ein, sich an den aktuellen Diskussionen des dbv zu beteiligen. Sie können Mitglied bei uns werden oder sich in die Liste der Freunde des dbv eintragen lassen. Wir freuen uns über Ihr Interesse und Ihre Unterstützung unserer Anliegen.

Wenn Sie Kontakt aufnehmen und mitarbeiten möchten, schreiben Sie uns - oder rufen Sie uns einfach an!
Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv)
Dr. Karl Martin, Vorsitzender
Am Heienberg 4, 65193 Wiesbaden
Telefon (0611) 54 21 79 Fax : (0611) 9 54 59 11
E-mail: Karl.Martin@gmx.de

"Ich glaube, daß Gott uns in jeder Notlage soviel Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen. Aber er gibt sie nicht im Voraus, damit wir uns nicht auf uns selbst, sondern auf ihn verlassen. In solchem Glauben müßte alle Angst vor der Zukunft überwunden sein."

Dietrich Bonhoeffer an der Wende
zum Jahr 1943



Dietrich Bonhoeffer nach
der Rückkehr aus Amerika
im Juli 1939 in London

1906 Dietrich Bonhoeffer, geboren am 4. Februar 1906 in Breslau, evangelischer Theologe, Habilitation, Studentenfarrer in Berlin.

1933 Bereits 1933 gilt er als entschiedener Gegner der Nationalsozialisten. Er tritt für die Pflicht der Christen zum Widerstand gegen staatliche Unrechtshandlungen ein. Als Mitarbeiter der Bekennenden Kirche wird er zu einem der führenden Theologen der kirchlichen Oppositionsbewegung.

1938 wird Dietrich Bonhoeffer in die Staatsstreich-Planungen um Beck, Canaris und v. Dohnanyi eingeweiht. 1940 vom Widerstandskreis im Oberkommando der Wehrmacht als "V-Mann" der Spionage-Abwehr getarnt und mit Reise-Papieren versorgt, benutzt er seine kirchlichen Kontakte, um im Ausland politische Unterstützung für den Widerstand in Deutschland zu suchen.

1943 wird Dietrich Bonhoeffer verhaftet und bleibt ohne Gerichtsverfahren im Wehrmacht-Untersuchungsgefängnis in Berlin-Tegel inhaftiert. Hier entstehen die Briefe und Texte für das Buch "Widerstand und Ergebung".

1945 Am 9. April wird Dietrich Bonhoeffer im KZ Flossenbürg nach einem SS-Standgerichtsverfahren hingerichtet.